



33. Sitzung

Mittwoch, 8. Juni 2005

Vorsitzende: Präsident Berndt Röder, Erste Vizepräsidentin Barbara Duden, Vizepräsidentin Bettina Bliebenich und Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe

Inhalt:

Mitteilungen des Präsidenten	1663 A	Dr. Mathias Petersen SPD	1673 D
Abwicklung und Ergänzung der Tagesordnung	1663 A	Roland Heintze CDU	1674 B
		Christa Goetsch GAL	1675 B
		Petra Brinkmann SPD	1676 B
Ausscheiden eines Abgeordneten (Wolfgang Drews CDU)	1663 A	Fraktion der GAL:	
Nachrücken eines Abgeordneten (Hans Lafrenz CDU)	1663 A	In der Vorrunde disqualifiziert: Sportstadt Hamburg, Tor zur Provinz	
Aktuelle Stunde	1663 B	Dr. Verena Lappe GAL	1677 B
		Dr. Andreas Mattner CDU	1678 B
Fraktion der CDU:			
Dennoch: Die Europäische Union braucht eine Verfassung		Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:	
Stefan Kraxner CDU	1663 B	Wahl eines vertretenden Mitglieds des Hamburgischen Verfassungsgerichts – Drs 18/2230 –	1679 A
Günter Frank SPD	1664 B		
Manuel Sarrazin GAL	1665 B		
Ole von Beust, Erster Bürgermeister	1666 B	Ergebnis	1679 C
Michael Neumann SPD	1667 A	Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:	
Dr. Willfried Maier GAL	1667 D	Wahl eines ehrenamtlichen Mitglieds der Kommission für Bodenordnung – Drs 18/2290 –	1679 D
Rolf Harlinghausen CDU	1668 B		
Fraktion der SPD:			
Sozialpolitik nur noch in Guten Zeiten – oder wer unsere Hilfe braucht, wird sie bekommen?		und	
Gesine Dräger SPD	1669 B	Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:	
Karen Koop CDU	1670 A	Wahl einer oder eines Deputierten der Justizbehörde – Drs 18/2308 –	1680 A
Martina Gregersen GAL	1671 A		
Birgit Schnieber-Jastram, Zweite Bürgermeisterin	1671 C	sowie	

Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:		Dr. Till Steffen GAL	1692 D
Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Bildung und Sport – Drs 18/2316 –	1680 A	Karl-Heinz Warnholz CDU	1694 A
und		Beschlüsse	1695 A
Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:		Bericht des Schulausschusses:	
Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Soziales und Familie – Drs 18/2347 –	1680 A	Sechstes Gesetzes zur Änderung des Hamburgischen Schulgesetzes – Drs 18/2315 –	1695 D
Ergebnisse	1680 A	Britta Ernst SPD	1696 A
Senatsantrag:		Robert Heinemann CDU	1697 A, 1703 D
Abberufung eines stellvertretenden Vorsitzenden der Kommission für Bodenordnung – Drs 18/2301 –	1679 D	Christa Goetsch GAL	1698 B
Beschluss	1680 A	Alexandra Dinges-Dierig, Senatorin	1699 A
Antrag der Fraktion der GAL:		Jürgen Schmidt SPD	1700 A
25 Jahre Christopher-Street-Day in Hamburg – Drs 18/2317 –	1680 B	Lars Dietrich CDU	1701 A
dazu		Christiane Blömeke GAL	1702 B
Antrag der Fraktion der SPD:		Wilfried Buss SPD	1702 D
Gleichstellung von Lebenspartnerschaften – Drs 18/2378 –	1680 C	Beschlüsse	1704 B
Farid Müller GAL	1680 C	Große Anfrage der Fraktion der CDU:	
Roland Heintze CDU	1681 C	Familienpolitik in Hamburg – Drs 18/2165 –	1704 D
Lutz Kretschmann-Johannsen SPD	1683 A	Karen Koop CDU	1704 D
Beschlüsse	1684 A	Carola Veit SPD	1706 D
Bericht des Innenausschusses gemeinsam mit dem mitberatenden Rechtsausschusses:		Christiane Blömeke GAL	1708 D
Gesetz zur Erhöhung der öffentlichen Sicherheit in Hamburg – Drs 18/2288 –	1684 A	Birgit Schnieber-Jastram, Zweite Bürgermeisterin	1710 B
dazu		Besprechung erfolgt	1710 D
Antrag der Fraktion der SPD:		Antrag der Fraktion der CDU:	
Novellierung des Hamburgischen SOG und PoIDVG – Drs 18/2379 –	1684 B	Aus der Region – für die Region – Drs 18/2297 –	1710 D
Christoph Ahlhaus CDU	1684 B	Barbara Ahrons CDU	1710 D
Dr. Andreas Dressel SPD	1685 D, 1691 D	Jenspeter Rosenfeldt SPD	1711 D
Antje Möller GAL	1687 C	Christian Maaß GAL	1712 B
Udo Nagel, Senator	1688 D	Beschluss	1712 D
Viviane Spethmann CDU	1690 D	Antrag der Fraktion der CDU:	
		Familienfreundliches Wohnen für die Elbinseln – Drs 18/2298 –	1713 A
		Henning Finck CDU	1713 A
		Wolfgang Marx SPD	1714 B
		Claudius Lieven GAL	1715 B
		Rüdiger Schulz SPD	1716 A
		Beschlüsse	1716 C

Bericht des Rechtsausschusses:

Veränderungen im Bereich der sozialtherapeutischen Anstalten Altengamme, Bergedorf, Moritz-Liepmann-Haus – Drs 18/2280 –	1716 C	Bericht des Wissenschaftsausschusses:
Rolf-Dieter Kloos SPD	1716 D	Gründung einer Theaterakademie an der Hochschule für Musik und Theater – Drs 18/2299 –
Kai Voet van Vormizeele CDU	1717 D	1720 A
Dr. Till Steffen GAL	1718 B	Beschlüsse
Beschluss	1718 D	1720 A

Bericht des Eingabenausschusses:

Eingaben – Drs 18/2120 –	1719 A	Antrag der Fraktion der SPD:
		Bestände des ehemaligen Landesmedienzentrums sichern – Drs 18/2312 –

Bericht des Eingabenausschusses:

Eingaben – Drs 18/2285 –	1719 A	Antrag der Fraktion der CDU:
		über dieselbe Thematik – Drs 18/2397 –

Bericht des Eingabenausschusses:

Eingaben – Drs 18/2286 –	1719 A	Beschlüsse
------------------------------------	--------	------------

Bericht des Eingabenausschusses:

Eingaben – Drs 18/2287 –	1719 A
------------------------------------	--------

Beschlüsse	1719 A
------------	--------

Sammelübersicht	1719 C
------------------------	--------

Beschlüsse	1719 C
------------	--------

Große Anfrage der Fraktion der GAL:

Hamburger Öffentliche Bücherhallen – Drs 18/1990 –	1719 D
--	--------

Beschlüsse	1719 D
------------	--------

Senatsmitteilung:

Regelmäßige Unterrichtung der Bürgerschaft über die Polizeiliche Kriminalstatistik – Drs 18/2300 –	1719 D
--	--------

Beschluss	1719 D
-----------	--------

Bericht des Innenausschusses:

Härtefallregelung für afghanische Flüchtlinge – Drs 18/2289 –	1720 A
---	--------

Beschlüsse	1720 A
------------	--------

A **Beginn: 15.01 Uhr**

Präsident Berndt Röder: Meine Damen und Herren, die Sitzung ist eröffnet.

Mit Schreiben vom heutigen Tage hat mir der Abgeordnete Wolfgang Drews mitgeteilt, dass er sein Bürgerschaftsmandat aus beruflichen Gründen mit sofortiger Wirkung niederlege.

Herr Drews war seit Oktober 1997 Mitglied der Bürgerschaft. Er wirkte während dieser Zeit in zahlreichen Ausschüssen mit, unter anderem im Jugend- und Sportausschuss, im Europaausschuss, im Kultur- und im Schulausschuss.

In der 17. Wahlperiode bekleidete er im Schulausschuss das Amt des Vorsitzenden. Die Bürgerschaft dankt Herrn Drews für die geleistete Arbeit.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Nach Mitteilung des Landeswahlleiters ist auf der Liste der CDU Herr Hans Lafrenz nachgerückt. Herr Lafrenz, ich begrüße Sie in unserer Mitte

(Beifall bei allen Fraktionen)

und wünsche Ihnen viel Freude an Ihrer neuen Aufgabe.

Abweichend von der Empfehlung des Ältestenrats haben die Fraktionen vereinbart, dass die Tagesordnung um einen Punkt erweitert wird. Es handelt sich um die Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Soziales und Familie, Drucksache 18/2347. Diese wurde als Tagesordnungspunkt 6 a nachträglich in die Tagesordnung aufgenommen.

Wir kommen zur

Aktuellen Stunde

Dazu sind drei Themen angemeldet worden, und zwar von der CDU-Fraktion

Dennoch: Die Europäische Union braucht eine Verfassung

von der SPD-Fraktion

Sozialpolitik nur noch in Guten Zeiten – oder wer unsere Hilfe braucht, wird sie bekommen?

und von der GAL-Fraktion

In der Vorrunde disqualifiziert:
Sportstadt Hamburg, Tor zur Provinz

Ich rufe nunmehr das erste Thema auf und damit den Abgeordneten Kraxner.

Stefan Kraxner CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Europa steht vor neuen Herausforderungen. Nachdem der Deutsche Bundestag und der Bundesrat mit einer breiten Mehrheit dem EU-Verfassungsvertrag zugestimmt haben, haben unsere Partner in den Nachbarstaaten Frankreich und den Niederlanden eine Ratifizierung in den letzten Tagen abgelehnt.

Getreu dem alten Sprichwort

"Wo Licht ist, ist auch Schatten",

verwundert es nicht, dass das schwierige und komplexe Unterfangen, für das Haus Europa eine gemeinsame Verfassung zu schaffen, auch erste Rückschläge verkraften muss. Diese Ablehnung wirft den Prozess eines gemeinsamen Verfassungsvertrages zurück. Von einem Ende jedoch kann keine Rede sein.

Die europäische Einigung ist eine Geschichte krisenhafter Entwicklungen, die schließlich erfolgreich überwunden wurden. Die große Aufregung über die Zukunft der EU ist nachvollziehbar, jedoch unbegründet.

Aus deutscher Sicht erscheint in diesen Tagen die Feststellung, dass in unserem Lande eine parteiübergreifende Einigkeit die Bemühungen um die Zustimmung zu diesem wichtigen Verfassungswerk vorangetrieben hat, als außerordentlich wichtig. Diesem Bestreben liegen die Erkenntnisse um die wichtigen Errungenschaften und Chancen einer zukünftigen EU-Verfassung zugrunde: mehr Transparenz, mehr Rechte für die nationalen Parlamente, eine Stärkung der Handlungsfähigkeit der Europäischen Union, mehr außenpolitisches Gewicht der EU.

Nicht zu erkennen ist die besondere Bedeutung, die gerade eine gemeinsame Europäische Verfassung und die damit einhergehende Schaffung gemeinsamer Rechte und Werte für Hamburg hat. Hamburg profitiert von seiner wirtschaftsgeografischen Lage als Drehscheibe in die Region Ost- und Mittelosteuropa und wird daher von den neuen EU-Ländern als Standort benutzt.

Hamburg liegt im Zentrum expandierender Märkte. Eine gemeinsame EU-Verfassung schafft die Voraussetzungen, dieses Potenzial sowohl in wirtschaftlicher als auch in sozialer und kultureller Hinsicht noch besser zu nutzen.

Die CDU-Bürgerschaftsfraktion sagt Ja zu einer gemeinsamen EU-Verfassung, die die Einigung Europas institutionell weiter verfestigt.

(Beifall bei der CDU und vereinzelter Beifall bei der SPD und der GAL)

Wir vergessen nicht die Lehre derer, die vor uns politische Verantwortung trugen, die Lehren aus den Katastrophen der beiden Weltkriege auf europäischem Boden. Europa als Friedens- und Wertegemeinschaft zu stärken, dazu gibt es keine Alternative. Die Einheit Europas war ein Traum von wenigen, sie wurde eine Hoffnung für viele. Sie ist heute eine Notwendigkeit für alle. Das sagte einst Konrad Adenauer und er hat Recht behalten.

Europa hat seit 1945 eine wechselvolle Geschichte erlebt: stürmischer Beginn mit der Montanunion, Phasen des Leerlaufs und dann wieder eine große Renaissance der Integrationsgeschichte. Immer waren insbesondere Deutschland und Frankreich als Motor an dieser europäischen Einigung beteiligt. Während das Ratifizierungsverfahren in Deutschland abgeschlossen ist, hat sich die Mehrheit der Franzosen gegen die Ratifizierung des EU-Verfassungsvertrags gestellt. Dieses Nein der französischen Bevölkerung gilt es zu respektieren. Frankreich ist damit natürlich nicht europafeindlich, ebenso wenig sind dieses unsere Nachbarn in den Niederlanden. Die Gründe für das Scheitern der Ratifizierung in unseren Partnerländern sind vielschichtig und im Wesentlichen innenpolitisch motiviert. Der Ausgang des Referendums in Frankreich spiegelt vor allem die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit ihrer eigenen Regierung wider.

C

D

A (Klaus-Peter Hesse CDU: Na gut, dass wir hier nicht abgestimmt haben!)

Zu kurz greift man jedoch, wenn man die Ursachen der Abstimmungsniederlagen in diesen Ländern nur auf innenpolitische Erwägungen stützt. Vielmehr sind wir gut beraten, die Ängste der Bürgerinnen und Bürger vor einem europäischen Superstaat und vor dem Wasserkopf Brüssel ernst zu nehmen und als Chance zu begreifen. Es gilt, die Vorzüge einer gemeinsamen EU-Verfassung unter einem Dach Europa noch deutlicher herauszuarbeiten.

Die Entwicklung der Europäischen Union ist nicht nur die Antwort auf die europäische Geschichte und die Erfahrung von Leid, Zerrissenheit und Krieg. Sie ist vor allem ein Zukunftsbündnis für ein Europa des Friedens, der Demokratie, der Stabilität und der gemeinsamen Sicherheit.

Dies ist der Rahmen, der uns vorgegeben ist, dies sind die Höhen, die zu bewältigen sind. Was wir brauchen, ist eine verantwortungsvolle Politik, die diese Hürden überwindet und aus der äußeren Gemeinschaft eine innere und praktizierende Gemeinschaft werden lässt. Europa braucht keine Bürokratie, die die Einheitlichkeit der Wasserqualität von Portugal bis Polen vorschreibt und kontrolliert. Europa braucht den Wettbewerb der politischen Ideen und Gestaltungsformen. Europa braucht einen Stabilitätspakt.

Die Haushaltspolitik der rotgrünen geführten Bundesregierung,

(Michael Neumann SPD: Na endlich, ich habe schon darauf gewartet!)

die zum vierten Mal infolge gegen das Defizitkriterium verstößt, ist wahrlich kein Vorbild für Europa.

(Beifall bei der CDU)

Niemand will den Rückfall in einen lockeren Bund von Staaten.

(Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Herr Abgeordneter, Sie müssen zum Schluss kommen.

Stefan Kraxner (fortfahrend): Gut.

(Michael Neumann SPD: Nicht nur inhaltlich!)

– Nicht nur inhaltlich.

Meine Damen und Herren! Die Bürgerinnen und Bürger in Frankreich und in den Niederlanden haben uns jetzt eine Denkpause verordnet. Dennoch sage ich zumindest für uns als Bürgerschaftsfraktion: Die Europäische Union braucht eine Verfassung. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Berndt Röder: Das Wort erhält der Abgeordnete Frank.

Günter Frank SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Europa ist unbestritten in einer schweren Krise, aber nicht, weil die Europäische Verfassung so schlecht ist, im Gegenteil, sie ist gut, sie ist notwendig, sie macht Europa demokratischer, handlungsfähiger und sie macht Europa bürger näher. Deshalb brau-

chen wir sie und da haben wir eine breite Übereinstimmung in diesem Parlament. C

(Beifall bei der SDP und vereinzelter Beifall bei der CDU und der GAL)

Die Europäische Union ist in einer Krise, weil die Menschen in den beiden Gründungsstaaten – Frankreich und den Niederlanden – die Abstimmung über die Europäische Verfassung zum Ventil genommen haben für ihr Unbehagen an der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung ihres Landes und in Verbindung damit auch als Ventil für ihre Unzufriedenheit über die europäische Entwicklung. Herr Kraxner, das ist mit Sicherheit nicht nur ausschließlich innenpolitisch begründet.

Möglicherweise wäre das in Deutschland auch nicht anders ausgegangen. Großbritannien hat sich erst einmal von der Verfassung verabschiedet und in einigen anderen Staaten steht das auf der Kippe. Es ist gut, dass wir darüber diskutieren. Ich will auf Ihren kurzen Angriff auf die rotgrüne Koalition nicht weiter eingehen – das stört hier ein bisschen –, sonst müsste man über Ihre Blockadepolitik reden.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Es ist gut, dass wir darüber diskutieren, meine Damen und Herren, denn man muss gerade jetzt den Kräften in Europa entgegentreten – den europaskeptischen und mancherorts sogar europafeindlichen –, die dabei sind, Europa und die Europäische Verfassung über Bord werfen zu wollen.

Man sollte immer wieder auch an dieser Stelle an die Ausgangsdee nach 1945 erinnern. Sie war und sie ist es geblieben, nämlich Europa zu einem Kontinent der Friedenssicherung zu machen. Dieser Traum ist für die Menschen in Europa in Erfüllung gegangen. D

Meine Damen und Herren, das ist historisch, das ist einmalig, das ist großartig und daran muss man erinnern. Aber Europa ist mehr, es ist auch ein ehrgeiziges Projekt für mehr Wohlstand und Beschäftigung, für soziale Gerechtigkeit, für die Gleichstellung, für die Stärke des Rechts und für die Würde des Menschen. Das macht Europa sehr stark und deshalb ist die jetzige Krise keine existenzielle, aber es ist eine sehr ernste.

Ob die Europäische Verfassung zu retten ist, ob der Ratifizierungsprozess fortgesetzt werden kann und ob in der Verlängerung des Ratifizierungsprozesses eine Chance liegen könnte, das wird auf dem EU-Gipfel in der nächsten Woche, am 16. Juni in Brüssel zu klären sein, dem jetzt eine sehr, sehr große Bedeutung zukommt.

Aus meiner Sicht kommt es jetzt auf drei Themen an. Die Verfassung werden wir nicht retten nach dem Motto "Augen zu und durch" und durch die Hintertür wird sie auch nicht kommen können.

(Beifall bei der SPD und vereinzelter Beifall bei der GAL)

Es ist jetzt Aufgabe der Staats- und Regierungschefs, einen Weg zu vereinbaren, der zur Annahme dieser Verfassung führen kann. Sie haben zu klären, wie die Europäische Union ihre Handlungsfähigkeit auch in Zukunft behält.

Zweitens gibt es einen erheblichen Vertrauensverlust bei den Menschen. Die europäische Politik wird ihre Sorgen und Ängste sehr ernst nehmen müssen. Vor dem Hinter-

A grund der wirtschaftlichen Globalisierung erwarten viele Menschen von der europäischen Entwicklung nicht nur Vorteile, sondern leider auch zu viele Nachteile, insbesondere was ihren Arbeitsplatz und ihre soziale Sicherheit angeht. Die Menschen erwarten zu Recht europäische und nationale Maßnahmen, die sie – bei aller Liberalisierung der Märkte – vor Arbeitslosigkeit, Sozialdumping und Lohndumping schützen. Auf die Tagesordnung des EU-Gipfels in Brüssel gehört das Thema Sozialmodell Europa. Europa muss das Vertrauen der Menschen insbesondere in der Wirtschafts- und Sozialpolitik wieder zurückgewinnen, aber Europa muss die Menschen auch mitnehmen, sonst funktioniert das nicht.

Meine letzte Anmerkung, meine Damen und Herren. Der EU-Gipfel wird das Thema Erweiterung der Europäischen Union, die Frage des Tempos, die Frage der Finanzierbarkeit Europas und die Frage der Akzeptanz nicht mehr ausklammern können. Auch hier gilt, Europa muss die Menschen auch in diesen Fragen mitnehmen, wenn es weiterkommen möchte, gerade auch im Sinne der Europäischen Verfassung.

Meine Damen und Herren, kurzum, die Hamburgische Bürgerschaft – anders verstehe ich diese Beiträge hier gar nicht – sagt gerade in dieser jetzigen und schwierigen Situation noch einmal ganz deutlich: Ja, zur Europäischen Verfassung. – Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD und der GAL sowie vereinzelter Beifall bei der CDU)

B **Präsident Berndt Röder:** Das Wort bekommt der Abgeordnete Sarrazin.

Manuel Sarrazin GAL: Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wieder einmal scheint die Zeit gekommen für eine Analyse einer Krise der Europäischen Union – nicht zum ersten Mal. Lassen Sie mich sagen, Bündnis 90/Die Grünen und auch die GAL in Hamburg haben den Verfassungsprozess seit dem Europäischen Konvent – also von Anfang an – aktiv unterstützt. Wir haben Joschka Fischer als erstes hochrangiges Regierungsmitglied persönlich in den Konvent geschickt. Wir haben das aus unserer Überzeugung heraus getan: Veränderungen in der Europäischen Union sind notwendig, die Europäische Union muss für die Bürgerinnen und Bürger fassbarer, transparenter und in sich selbst entscheidungsfähiger werden.

(Beifall bei der GAL und bei Hans-Christoff Dees SPD)

Mit den gescheiterten Referenden über die Verfassung in Frankreich und in den Niederlanden scheint dieser Weg zunächst wieder verbaut. Wir müssen beachten, das ganz unterschiedliche Motivationen bei den Verfassungsgegnern zu ihrer Ablehnung geführt haben. Den einen bedeutete die Verfassung zu wenig Europa, den anderen bedeutete sie zu viel Verlust an nationalstaatlicher Macht. Man kann das Ergebnis der Referenden also nicht als reine Europaskepsis lesen. Wir alle wissen, wie europäisch unsere Nachbarn in Frankreich und in Holland denken und wie sie fühlen. Wir müssen es als einen Auftrag verstehen, in Zukunft Europa besser zu machen.

(Beifall bei der GAL und vereinzelter Beifall bei der SPD)

C Eines haben die Referenden auch gezeigt, der Druck, dieses Europa in Zukunft besser zu machen, ist politisch da. Wir meinen, an dem Ratifizierungsprozess in den noch ausstehenden Staaten muss jetzt natürlich festgehalten werden. In der EU haben alle Mitgliedstaaten mit zu entscheiden, jedes Land muss die Möglichkeit haben, zu diesem Verfassungsentwurf Stellung zu beziehen. Erst danach können wir ausgewogen endgültig entscheiden, wie es weitergehen soll.

Natürlich ist es ärgerlich, wenn sich vieles an Kritik an der Verfassung an Bereichen festmacht, in denen die Verfassung selber einen klaren Fortschritt gegenüber dem jetzt gültigen Stand von Nizza darstellt. Natürlich würden wir Europapolitiker die Integration auch schneller haben wollen, als sie jetzt vielleicht kommen wird. Aber, ich denke, wir alle in diesem Raum sollten unsere persönlichen Lehren aus den Ergebnissen in Frankreich und in Holland ziehen. Wir müssen verstehen, die Menschen wollen Europa, die Menschen wollen den Wirtschaftsraum Europa, sie wollen die Freizügigkeit, sie wollen die Sicherheit und den Frieden. Die Menschen in Europa wollen aber auch ein soziales und ein nachhaltiges Europa und es ist unsere Aufgabe zu erklären, warum die EU auch das für sie leistet.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Manch einer unter uns in diesem Saal mag in diesen Tagen geneigt sein zu lamentieren. Das mache ich auch öfter und gar nicht so ungern.

(Michael Neumann SPD: Nur in Harburg!)

D Warum, fragen wir uns, schicken die Menschen kein Stoßgebet in Richtung Brüssel, wenn sie zum Telefonhörer greifen und billiger telefonieren als vor einigen Jahren? Warum dankt es niemand der Europäischen Union, dass jetzt ausgezeichnet werden muss, wenn Gentechnik in ihrem Essen ist? Warum belohnt niemand Brüssel dafür, dass er jetzt zwei Jahre lang seinen Fernseher zurückgeben kann und nicht wie vorher nur ein halbes Jahr? Warum verstehen noch nicht einmal hamburgische Senatoren, dass Vorhaben wie die Feinstaubrichtlinie oder die Chemikalienverordnung der Gesundheit unserer Bürgerinnen und Bürger dienen und nicht irgendwelcher Bürokratie?

(Beifall bei der GAL und vereinzelter Beifall bei der SPD)

Ich bin davon überzeugt, nur ein Weg führt aus dieser Sackgasse: Wir müssen Europa wieder mehr an die Menschen bringen und ich bin überzeugt, wir müssen Europa in Hamburg diskutieren, und zwar ernster, sachlicher und vor allem früher, als wir es bisher getan haben.

Das heißt für alle 121 Abgeordneten der Bürgerschaft, wir brauchen in der Bürgerschaft mehr öffentlichen Streit über konkrete Vorhaben der Europäischen Union und nicht nur Interessenpolitik in Hinterzimmern von Regierungen oder Sonntagsreden einzelner Politiker.

(Beifall bei der GAL, vereinzelter Beifall bei der SPD und Zuruf von der CDU)

– Sie haben das Thema zur Debatte angemeldet, ein erster Schritt, hoffentlich machen Sie auch weiter in der Richtung. Dazu kommen wir gleich.

Lassen Sie uns nämlich künftig über mehr wichtige europäische Themen fachlich anspruchsvoll im Europaaus-

A schuss und in der Bürgerschaft streiten. Nur so können wir zu einer lokalen Meinungsbildung beitragen und so können wir auch die Auswirkungen, die Europa in Hamburg hat, für die Menschen deutlich machen. Lassen Sie uns gemeinsam der Bürgerschaft mehr Informationen und Mitwirkung an der Europapolitik Hamburgs im Bundesrat gewähren. Dazu haben wir einen Antrag vorgelegt. Also gehen Sie den zweiten Schritt, nachdem Sie das Thema zur Debatte angemeldet haben, und stimmen Sie auf der nächsten Sitzung unserem Antrag zu, Herr Hesse.

(Beifall bei der GAL und vereinzelter Beifall bei der SPD)

Ich möchte zum letzten Punkt kommen, zur Vorbildfunktion von Abgeordneten, von der oft geredet wird. Ich möchte, dass wir 121 hamburgische Bürgerschaftsabgeordnete als Vorbild gemeinsam vorangehen und die Verfassung, die bei uns ja ratifiziert worden ist, zum Auftrag nehmen, unsere eigene Arbeit zu überdenken. Ich möchte mit Ihnen allen gemeinsam künftig auch in Hamburg so konsequent über europäische Entscheidungen streiten und versuchen, an ihnen teilzunehmen, dass wir in Hamburg mehr Bewusstsein sowohl in Parteien als auch in den Medien als auch in der Bevölkerung schaffen, dass auch wir Hamburgerinnen und Hamburger europäische Bürgerinnen und Bürger sind.

(Beifall bei der GAL und vereinzelter Beifall bei der SPD – Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Herr Abgeordneter, Sie können allenfalls noch einen kurzen Schlussatz sagen.

B

Manuel Sarrazin (fortfahrend): Ich glaube, dem ist nichts mehr hinzuzufügen. – Danke sehr.

(Beifall bei der GAL und vereinzelter Beifall bei der SPD)

Präsident Berndt Röder: Das Wort erhält der Erste Bürgermeister.

Erster Bürgermeister Ole von Beust: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich teile die Auffassung des Hauses, dass wir in Hamburg viele gute Gründe haben, das Ergebnis der Volksabstimmung und damit die Verzögerung des Prozesses der Ratifizierung der Europäischen Verfassung zu bedauern. Wenn wir Bilanz ziehen zwischen der heutigen Situation Europas und der Entwicklung seit dem Krieg bis heute, müssen wir aus Hamburger Sicht und als Europäer feststellen, dass uns der europäische Einigungsprozess in vielen grundsätzlichen Fragen Vorteile gebracht hat. Dass wir in Europa seit 60 Jahren Frieden haben, ist ein Ergebnis dieses Einigungsprozesses, den man gar nicht überschätzen kann. Das ist mit dem größten Verdienst des sich vereinigenden Europas.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Ein weiterer Aspekt ist natürlich, dass wir in Hamburg Nutznießer dieser Entwicklung sind. Unsere guten Zahlen im Außenhandel sind zum großen Teil auf die Erweiterung der Europäischen Union zurückzuführen. Auch der Wegfall von Handelsschranken hat unserer Stadt, die vom Außenhandel lebt, und der Region natürlich große Vorteile gebracht.

Gerade in Zeiten der Globalisierung ist es wichtig, für alle Menschen in Europa verbindliche soziale Standards zu vereinbaren, und zwar nicht nur in einem Land, sondern in einer ganzen Region, auf einem ganzen Kontinent. Das wird uns die Kraft geben können, die Globalisierung erträglicher zu machen. Auch das ist nicht zu unterschätzen.

C

Wie soll es weitergehen, meine Damen und Herren? Wir haben verschiedene Meinungen gehört. Die Ergebnisse der Volksabstimmungen in Frankreich und in Holland und auch das Zurücknehmen der Volksabstimmung in Großbritannien, weil man ein Nein befürchtete, sind nicht die Ursache dieser Krise Europas, sondern sie sind ein Symptom dieser Krise. Worin liegt diese Krise begründet?

Ich glaube, dass wir alle, die wir von Europa sprechen, lange dazu geneigt haben, die Schwierigkeiten und die Divergenzen, die es objektiv gibt, mit Schönwetterreden zu verkleistern. Machen wir uns nichts vor, es gibt unterschiedliche Auffassungen über die Aufgaben des weiter zusammenwachsenden Europas, unabhängig vom Text der Verfassung. Die Franzosen sagen zum Beispiel: Wir wollen im Zuge der Globalisierung nicht auf die mittel-europäische Tradition der Daseinsvorsorge verzichten, wir wollen gewisse soziale Standards vom Staat garantiert bekommen, wir wollen darum im Prinzip eher weniger als mehr Markt. In Großbritannien ist das Gegenteil die herrschende Meinung. Dort wird gesagt: Mehr Liberalität, mehr Markt, mehr angelsächsische Prinzipien. Das ist hoch umstritten zwischen diesen Völkern.

Darüber hinaus stellt sich die Frage, ob wir die EU erweitern oder vertiefen wollen. Wenn man ehrlich ist, muss man feststellen, dass das in vielen Ländern umstritten ist. Nicht umsonst argumentiert die Regierung in Großbritannien, aber auch die Bevölkerung, eher für eine Erweiterung, weil von ihr erhofft wird, dass Europa mehr in Richtung lockerer Staatenbund geht, während andere Länder mehr in Richtung Bundesstaat gehen wollen.

D

Machen wir uns nichts vor, die Finanzbeziehungen zwischen den Staaten Europas sind völlig ungeklärt. Die Frage, wie die neuen Fördergebiete finanziert werden sollen, ob zulasten Portugals oder Spaniens, ist umstritten. Wie die Erweiterung bezahlt werden soll – wollen wir mehr für Europa bezahlen oder wollen wir die Gelder anders verteilen –, ist umstritten. Die Frage der Beiträge einzelner Länder, allen voran des deutschen Beitrags – wir sind nach wie vor Netto-Meistereinzahler in Europa –, ist umstritten. Die Frage des "Thatcher-Rabattes" für Großbritannien ist umstritten. Das heißt, trotz der guten Regelungen in der Verfassung sind viele Punkte, die für Europas Zukunft wichtig sind, nach wie vor in der Europäischen Union hoch strittig. Das muss man zur Kenntnis nehmen.

Vor diesem Hintergrund ist es auch unklug, "auf Deubel komm raus" den Ratifizierungsprozess fortzusetzen. Das ist meine ganz persönliche Überzeugung und hat mit der CDU gar nichts zu tun. Wir wollen ja streiten, hatten Sie vorhin gesagt, Herr Kollege. Ich glaube, dass es daher klug ist, eine Denkpause zu machen und zu versuchen, diese Fragen offen zu benennen und zu lösen und dann zu sagen, wir gehen diesen Prozess nach Klärung dieser Fragen weiter. Meine große Sorge ist – das zeigen auch die Umfragen –, dass die Fortsetzung des Ratifizierungsprozesses dort, wo es Volksabstimmungen gibt, dazu führen wird, dass immer mehr Länder nein sagen werden. Machen wir uns bitte nichts vor über die Stimmung der

- A deutschen Bevölkerung. Das muss nicht unbedingt Maßstab für das politische Handeln sein, darüber sind wir uns einig.

(*Michael Neumann SPD: LBK, Krankenhäuser!*)

– Herr Neumann, es ist witzig, dass Sie Krankenhäuser nennen. Auf Regierungsseite wird gesagt, man solle den Ratifizierungsprozess fortsetzen, obwohl in Holland und Frankreich nein gesagt wurde. Sie sagen, egal wie die abgestimmt haben, wir machen weiter, und hier sagen Sie das Gegenteil. Das ist ein bisschen drollig.

(Beifall bei der CDU)

Wer das Zusammenwachsen Europas will, was ich persönlich will, wer die Europäische Verfassung will, die ich will, wer will, dass wir diese Region Stück für Stück erweitern und auch Hilfsbereitschaft gegenüber schwächeren Länder zeigen, der muss zunächst diese offenen Fragen klären, sie dann vertiefen und weitermachen. Ich fürchte, der Weg, weiterzumachen wie bisher, der wird nicht gut gehen. – Danke schön.

(Anhaltender Beifall bei der CDU)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Neumann.

Michael Neumann SPD:* Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen, meine Herren! Ich habe mich gefragt, warum die CDU dieses Thema in der Hamburgischen Bürgerschaft angemeldet hat.

(*Bernd Reinert CDU: Weil es wichtig ist!*)

- B Nach dem Beitrag des Bürgermeisters war es mir klar. Man suchte wieder einen relativ schönen Anlass, eine inhaltslose Sonntagsrede zu halten und dem Bürgermeister damit ein Podium zu bieten.

(Beifall bei der SPD)

Der Kollege Sarrazin hat das Stichwort "Sonntagsrede" angesprochen. Was hat der Bürgermeister gerade abge liefert? Er hat wieder wunderbar aufgezählt, welche Probleme es in Europa gibt. Aber gab es in irgendeiner Form, in irgendeiner Frage seitens dieses Bürgermeisters das Zeigen von Führung, von Entscheidungskraft? Hat er gesagt, was er in Europa will? – Fehlanzeige.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Sie mögen mir das verzeihen, Sie haben zu Ihrem und dem Lieblingsthema der Konservativen in diesem Land bemerkenswerterweise nichts gesagt. Volker Rühe hat schon seine persönlichen Konsequenzen ob der Zerstreittheit der Hamburger CDU gezogen.

(Ah-Rufe bei der CDU)

Wir haben das Phänomen, dass Sie, Herr Bürgermeister, für die Aufnahme der Beitrittsverhandlung mit der Türkei eintreten, dass aber Ihre Partei, Ihre Fraktion, einen völlig gegensätzlichen Kurs fährt. Auch dazu haben Sie heute, Herr Bürgermeister, wieder nichts gesagt.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Sie sagten, lassen sie uns mit offenem Visier streiten. Mit offenem Visier zu streiten, wenn nichts im Helm ist, geht nicht, Herr von Beust.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Sie haben weiterhin den Streit der Systeme angesprochen: das französische System auf der einen Seite, das angelsächsische auf der anderen Seite. Nun tun Sie doch nicht so, als wenn das nur ein Streit zwischen den Völkern wäre. Es ist auch ein Streit in den anderen Völkern und es ist bekanntermaßen auch ein Streit zwischen uns Parteien und auch innerhalb der eigenen Parteien, welchen Weg wir in Deutschland in Europa weiter fortsetzen wollen. Von daher sind die Probleme, die Europa diskutiert und für sich entscheiden muss, auch Probleme, die wir in Deutschland diskutieren und über die wir am 18. September bei den vorgezogenen Bundestagswahlen in Deutschland abstimmen werden, nämlich zwischen dem schrankenlosen Neoliberalismus auf der einen Seite oder einer sozialen Marktwirtschaft, wie Sozialdemokraten sie vertreten.

(Beifall bei der SPD – *Klaus-Peter Hesse CDU: Das glauben Sie doch selber nicht! – Bernd Reinert CDU: Jetzt berufen Sie sich gleich auf den berühmten Sozialdemokraten Ludwig Erhard!*)

Ich bin nach dem Beitrag des Bürgermeisters, der wirklich die Stadt bewegt hat – Herr Reinert hat gesagt, es ist ein wichtiges Thema –, auch auf die Beiträge des Bürgermeisters gespannt, die er heute zum Debattenpunkt Sozialpolitik halten wird – das Thema bewegt die Stadt vielleicht stärker als die Europäische Verfassung –, ebenso zum Thema Bildungs- und Sportpolitik, das die Kollegen von der GAL angemeldet haben.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Ein letzter Satz zur Ratifikation durch das Volk. Sie haben es wirklich geschafft, eine Rolle rückwärts in einen flüchtigen Handstand zu machen, Herr von Beust. Sie sagten, weil die Bevölkerung in Großbritannien offensichtlich, aber in Frankreich und in den Niederlanden faktisch gegen die Verfassung entschieden haben, müsse man das Volk ernst nehmen und deswegen den Ratifizierungsprozess einstellen. Auf der anderen Seite nehmen Sie in Hamburg 600 000 Menschen, die unsere Krankenhäuser nicht verscherbeln wollen, nicht ernst. Das müssen Sie uns noch in aller Breite erklären. Diese Rolle rückwärts kann niemand nachvollziehen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Deshalb ist es auf der einen Seite zwar richtig und wichtig, dass wir über Europa sprechen – es gibt den schönen Satz "Europa wird immer wichtiger", den ich auch schon seit langer Zeit in diesem Parlament höre –, aber wir müssen auf der anderen Seite auch den Mut finden, Farbe zu bekennen. Deswegen bitte ich Sie in aller gebotenen Höflichkeit, uns zu sagen, wie Sie zur Frage der Aufnahme der Türkei, Bulgarien und Rumänien stehen. Dann können wir mit offenem Visier mit Ihnen darüber streiten. Darauf freue ich mich.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Dr. Maier.

Dr. Willfried Maier GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Bürgermeister, ich glaube, dass Sie in einem Punkt Recht haben. Der Ratifizierungsprozess wird sich mit Sicherheit verlangsamen und er kann nicht einfach so fortgesetzt werden, wie er vor den Abstimmungen geplant war; das liegt auf der Hand. Vermutlich ist es

A sogar so, dass man nicht noch einmal just genau das Gleiche zur Abstimmung stellen kann, weil das offenkundig ein Übergehen des Willens breiter Bevölkerungskreise in Westeuropa wäre. Bei uns sähe es vermutlich nicht sehr viel anders aus.

Woran liegt es aber, dass wir ein solches Problem haben, dass die Eliten in Europa Jubler sind, während die normalen Menschen, die einfacheren Menschen keineswegs die gleiche Begeisterung verströmen? Das hängt ganz offenbar damit zusammen, wie die Europäische Gemeinschaft entstanden ist und was sie im Wesentlichen regelt. Sie ist entstanden als ein gemeinsamer Markt und der Markt konnte nur gemeinsam werden, indem nationale Schranken beseitigt wurden und ein übernationales Marktregime errichtet wurde – das ist im Wesentlichen der Inhalt der Europäischen Union –, während die gesamten Solidarsysteme, die die Menschen zum Leben in einer modernen Gesellschaft brauchen, nicht europäisch, sondern nationalstaatlich sind. Das geht von den Versicherungen über die Sozialhilfe, was auch immer. All das ist nationalstaatlich und darum spielt für das individuelle Lebensschicksal der Appell an diesen Nationalstaat, der mir die Versicherungsleistungen, der mir die Rente, der mir dies und das bietet, eine viel größere Rolle und darum ist auch die emotionale Orientierung daran immer noch sehr viel größer; es ist nicht nur ein Sprachenproblem.

Wenn das aber so ist und die EU gerade daran scheitert, dass wir zwar immer sagen, die EU sei ein Instrument, um der schrankenlosen Globalisierung einen Rahmen zu geben, gleichzeitig sie die Leute aber als ein zusätzliches Liberalisierungsinstrument erleben, dann müssen wir doch überlegen, wie man in den Prozess der EU-Einigung Elemente einbeziehen kann, die die EU als eine Solidargemeinschaft erkennbar werden lassen. Das ist bisher auf der Ebene der Agrarpolitik in bestimmtem Umfang und bei den Strukturfonds der Fall. Nur wirken Letztere nicht in Bezug auf den einzelnen Bürger, sondern in Bezug auf Regierungen und Amtsträger, die dann irgendwelche Fonds anzapfen können. Um die Europäische Union auch bei den Menschen in Europa zu einem Erfolg werden zu lassen, wird es von zentraler Bedeutung werden, ob Elemente der Daseinsvorsorge eingebracht werden können als ein gemeinsamer Schritt, der nicht nur die Daseinsvorsorge zu einem Element der Nationalstaaten werden lässt, sondern auch zu einem Element der Europäischen Gemeinschaft. Sonst wird die Europäische Gemeinschaft als eine sehr kalte Vereinigung wahrgenommen werden, die für den einzelnen Bürger und die einzelne Bürgerin nichts leistet. Es ist aber nötig, dass wir an diesem Punkt ein Stück weiter kommen und dazu müsste auch auf Ihrer Seite und der politischen Richtung, die Sie vertreten, überlegt werden, eine bestimmte Polemik künftig zu unterlassen, wenn es darum geht, solche Elemente, solche Rahmensetzungen, die die Lage des Einzelnen verbessern, anzugreifen. – Danke schön.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Präsident Berndt Röder: Dann bekommt das Wort der Abgeordnete Harlinghausen.

Rolf Harlinghausen CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zunächst zu Ihnen, Herr Neumann. Ich empfehle Ihnen dringend ein wenig Lektüre in Bezug auf europäische Dinge, denn dieses scheint Ihnen nicht am Herzen zu liegen. Ihr Ziel ist es nur, egal bei welchem

Thema, dem Bürgermeister möglichst einen mitzugeben. Das ist ein bisschen polemisch und flach, hier geht es um mehr.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD und der GAL)

Der 482 Seiten starke Vertrag ist nicht durch den französischen und holländischen TÜV gekommen. Werfen Sie Ihr Auto gleich weg, verschrotten Sie es, wenn es einmal nicht durch den TÜV kommt? Es muss daran gearbeitet werden, das ist auch durch die Vorredner gesagt worden, und das sollten wir tun. Aber das Nein der Franzosen und Niederländer kam so überraschend nicht. Das europäische Haus steht in Flammen und einige Spitzenpolitiker waren von Anfang an wenig glaubhaft in der Rolle der Feuerwehrmänner. Sie selbst haben daran in den letzten Jahren hin und wieder auch gezündelt. Läuft etwas im eigenen Land schief, dann gibt man häufig Brüssel die Schuld, vergisst aber, wer denn im Rat sitzt und die Entscheidungen dort trifft. Auch deutsche Politiker sind dort vielleicht mit einem Wort versehen; da hört man allerdings wenig. Die Verwunderung darüber, dass es nach diesem kontinuierlichen Funkenflug tatsächlich zum Entzünden des Volkszorns kam, scheint mir auch ein wenig naiv. Es sind, wie wir gehört haben, vor allem innenpolitische Gründe gewesen, die zu der zweifachen Ablehnung führten. Daraus im Umkehrschluss zu folgern, die Bevölkerung beider Staaten sei im Grunde für eine Europäische Verfassung, wäre aber dennoch falsch. Europa ist viel mehr – und das gilt für viele andere Staaten, darunter auch Deutschland – gleichermaßen immer noch nichts, wofür die Bürgerinnen und Bürger sich mit Leidenschaft einsetzen. Nur deshalb waren sie bereit, die europäische Integration zu opfern, um ihren Staatsoberhäuptern eine kleine Ohrfeige zu erteilen.

C

D

Bei aller Enttäuschung über die Absage an den so mühsam errungenen Verfassungskompromiss meine ich, dass das so klare Nein zweier Gründerstaaten der Europäischen Union dennoch auch eine kleine Chance sein sollte und so begriffen werden sollte. Die europäischen Bürger haben den Politikern damit deutlich gemacht, dass wir den europäischen Integrationsprozess nicht auf die leichte Schulter nehmen dürfen. Integration ist nichts, was auf Gipfeln und in den Amtsstuben der Europäischen Kommission den Europäern per Verordnung übergestülpt werden kann.

Wie Meinungsumfragen beweisen, sind die Vorteile der europäischen Einigung, die großen europäischen Ideen, wie das friedliche Zusammenleben in einem wiedervereinigten Europa, den Europäern sehr bewusst. Was die Wähler kritisieren, ist Europas Schwerfälligkeit, seine Lethargie in entscheidenden Fragen, sein bürokratisches Dickicht und andere Auswüchse. So ist es wirklich kaum jemandem begreiflich zu machen, warum wir hier oben im Flachland ein Seilbahngesetz beschließen mussten.

Meine Damen und Herren! Das Non und das Nee unserer beiden Nachbarstaaten ist auch für uns in Hamburg eine Chance. Vor allen Dingen hier hat man enorm von der europäischen Erweiterung profitiert. Vor allen Dingen hier weiß man das Zusammenwachsen der europäischen Märkte zu schätzen und vor allem hier ist uns klar, dass bürokratische Hürden, Undurchschaubarkeit und Unübersichtlichkeit die ärgsten Feinde einer prosperierenden Zukunft sind.

A Die europäische Idee wird nur dann lebendig, wenn wir überzeugende Persönlichkeiten für sie werben. Helmut Kohl und Francoise Mitterand ist dies gelungen, den danach folgenden Politikern nicht so sehr; die waren da etwas glücklos. Was wir brauchen, ist ein starkes Be-kenntnis zur europäischen Einigung; von scheidenden Politikern ist das kaum noch zu erwarten.

(*Michael Neumann SPD: Meinen Sie den Bürgermeister?*)

– Ich meine den noch amtierenden Kanzler, Herr Neumann, damit das für Sie klar ist. Das passt genau wieder zu Ihrer Linie: flach, Hauptsache unter die Bauchlinie.

(Beifall bei der CDU)

Umso entscheidender ist es auch für uns, an diesen Aufgaben zu arbeiten. In den politischen Gremien, in denen wir in Europa Einfluss nehmen – es ist natürlich nicht so, dass wir der Mittelpunkt Europas sind, jedenfalls noch nicht, aber wir können noch etwas tun –, sollten wir arbeiten und das geschieht auch. Unser Staatsrat leistet hervorragende Arbeit. Was der Bürgermeister Ihnen gesagt hat, haben Sie ja gehört. Er ist ein echter Europäer und mit dem Herzen Europäer, nicht nur aus Opportunismus für eine Rede, Herr Neumann.

(Beifall bei der CDU)

Wir müssen die Kakophonie nationaler Schulduweisungen überwinden und Europa wieder handlungsfähig machen. Wir müssen darauf achten, dass nach der Ablehnung kein Dominoeffekt einsetzt. Ich vermute, hoffe und bin voller Zuversicht, dass der Gipfel in einer Woche etwas dazu beitragen wird. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Berndt Röder: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann rufe ich das zweite Thema auf, und zwar

Sozialpolitik nur noch in Guten Zeiten – oder wer unsere Hilfe braucht, wird sie bekommen?

Die Abgeordnete Dräger bekommt das Wort.

Gesine Dräger SPD:* Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Bürgermeister, Sie haben eben in schöner Breite die Fragen aufgezählt, die die Menschen in Europa bewegen, und die Auseinandersetzungen, die es gibt. Sie sind auch auf die Frage eingegangen, wie wir es denn zukünftig mit der Daseinsvorsorge, mit der Sozialstaatlichkeit halten. Nun haben Sie sich nicht getraut, in diesem Hause auch zu sagen, wie Sie es denn mit der Sozialstaatlichkeit halten. In der Zeitung konnte man es lesen: Sozialstaatlichkeit ist eine Gut-Wetter-Angelegenheit, ist etwas, das wir machen, wenn wir wieder ein bisschen Geld haben und ansonsten ist es ein Thema, für das wir jetzt leider weder Interesse, Geld noch Zeit haben. Tut uns Leid, liebe Menschen, die Ihr jetzt geboren seid, jetzt alt geworden seid, es ist halt das falsche Jahrzehnt. Da gibt es eben nichts zu holen und nichts zu verteilen.

Als die Verfassungsväter und -mütter 1949 das Grundgesetz formuliert haben, war die Bundesrepublik in einer denkbar schlechten wirtschaftlichen Verfassung und man kann wirklich nicht davon reden, dass es damals etwas zu verteilen gegeben habe. Trotzdem haben die sich

getraut, einfach in das Grundgesetz hineinzuschreiben, die Bundesrepublik sei ein demokratischer und sozialer Bundesstaat. Sie haben es für die Länder auch noch einmal formuliert und gesagt, es gehe um den sozialen Rechtsstaat und sie haben nicht das geschrieben, was Sie so gerne hineinlesen würden. Sie haben nicht geschrieben, das gelte alles nur dann, wenn die wirtschaftliche Lage gut sei. Es war keine Nachlässigkeit der Autorinnen und Autoren, das nicht so zu formulieren, sondern es war die Absicht und ist der Anspruch und die Erkenntnis, dass der Staat immer in der Verantwortung steht, für den sozialen Ausgleich zu sorgen.

Es ist schon sehr spannend zu sehen – wie gesagt, hier im Hause trauen Sie sich ja nicht, gegenüber der Presse ist es einfacher –, wie weit man sich als Bürgermeister, als Ministerpräsident eines Landes von der Verfassung und ihren Prinzipien entfernen kann.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Man kann über die Ausgestaltung des Sozialstaats streiten; das ist keine Frage, man muss es auch. Man kann auch über einzelne Leistungen streiten. Und sagen Sie nicht, Sozialdemokraten auf Bundesebene hätten das nicht getan und sich dieser Debatte in den vergangenen Jahren nicht gestellt. Wir haben das getan, die Konzepte liegen vor und soweit wir sie gegen den Widerstand des Bundesrats durchsetzen konnten, haben wir das auch getan.

Sie haben bei aller Schmerhaftigkeit für uns und für die Menschen ein Ziel. Sie haben das Ziel des Erhalts des Sozialsystems und das ist für Sie nur eine Gut-Wetter-Veranstaltung. Sie machen nur die Backen dick und reden davon, es sei alles schwierig, alle hätten Einschnitte vor sich, der Staat müsse überall sparen. Das sagt der Bürgermeister und Herr Peiner nicht bedeutungsschwanger dazu. Ach, wenn Sie es doch täten.

Schauen wir auf die Zahlen, nehmen wir dieses hübsche, kleine, blaue Buch, den Finanzbericht 2005/2006. Was ist denn die Realität? Die Betriebsausgaben steigen, die Verschuldung auch und das, obwohl der Bund Sie um die Lasten erleichtert hat, die Sie bisher für 110 000 ehemalige Sozialhilfeempfänger und -empfängerinnen in Hamburg leisten mussten. 120 Millionen Euro sind im Sozialbereich aus Ihrem Haushalt herausgegangen und wohin? In die Konsolidierung und Steigerung der Betriebsausgaben. Na, dann herzlichen Glückwunsch!

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Sie üben sich in einer Rhetorik des sparsamen Haushalters mit Krokodilstränen, mit großen Schmerzen, mit denen Sie den Bürgerinnen und Bürgern die Lasten auferlegen. Das ist aber nicht die Realität. Dahinter steckt der große Zampano, der seine Prestigeobjekte, seine Leuchttürme finanziert. Im Licht dieser Leuchttürme dürfen dann die lesen, die sich leider ihren Strom nicht mehr leisten können. Sie haben auch noch genug Geld für die dritte und vierte Marketinggesellschaft und Ihre Hochglanzbroschüren, aber kein Geld für Frauenhäuser und Kinderkuren.

Hamburg ist ein ganz schlechtes Beispiel, ein fatales Beispiel dafür, was wir erwarten können, wenn Unionspolitiker in der Regierungsverantwortung sind, auch in Berlin. Wenn das käme, dann können wir das erleben, was wir hier erleben. Sie reden von Verantwortung für Familien und erhöhen allerorten die Gebühren, so bei der

C

D

A Kinderbetreuung bei gleichzeitiger Absenkung der Standards. Sie nehmen damit bewusst in Kauf, viele Menschen

(*Marcus Weinberg CDU: Ihr Niveau, Frau Dräger!*)

und auch zukünftige Generationen von der Teilhabe auszuschließen. Sie reden davon, wie wichtig Bildung für den Sozialstaat sei. Sie reden das als Standortfaktor hoch und was machen Sie gleichzeitig? Sie machen die Vorschule kostenpflichtig und den Schulbesuch und das Studium teuer. Das ist Ihre Realität: Sie reden von Einstreben, von Gürtel-enger-Schnallen, aber das nur bei den sozial Schwachen. Wir sind froh, dass wir allen sagen können, wie es in Hamburg läuft, damit wir es in Berlin verhindern können. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Koop.

(*Ingo Egloff SPD: Jetzt wird es philosophisch!*)

Karen Koop CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Dräger, wir haben einen anderen Blick auf die Sozialpolitik als Sie, das ist richtig.

(*Uwe Grund SPD: Das merken wir jeden Tag!*)

Wir sehen ganz klar eine Verzahnung zwischen der Wirtschaftspolitik und der Sozialpolitik, die bei Ihnen irgendwo verloren geht. Sie haben doch Wirtschaftspolitiker unter Ihnen und die müssen Ihnen doch klar machen, dass man das Geld, das man ausgeben will, erst einmal erwirtschaften muss.

(Beifall bei der CDU – Zuruf)

– Das ist das Bedauerliche, wenn Sie sich dann dahin stellen.

Wir wollen wenig Staat und Sie wollen viel Staat. Das ist eine ganz klare, unterschiedliche Einstellung. Wir wollen große Eigenverantwortung und Sie wollen den Leuten möglichst viel Eigenverantwortung abnehmen. Sie wollen, dass sie sich selber in Ihren Institutionen verwirklichen und schaffen vielleicht da Arbeitsplätze. Aber für uns ist das sozial, was Arbeit schafft, und die Arbeit schafft nun einmal nicht der Staat.

(Beifall bei der CDU)

Das hat Ihr großer Vorsitzender hier gestern im Interview ganz klar dargelegt. Die Rahmenbedingungen können wir setzen, aber wir müssen natürlich dafür sorgen, dass in diese Stadt auch etwas hinein kommt.

Und wenn Sie von den Leuchttürmen sprechen: Hamburg steht in der globalen Entwicklung in Konkurrenz zu vielen, vielen anderen Städten. Wenn wir wollen, dass sich hier ein grundsolides Wirtschaftswachstum entwickelt, dann müssen wir auch attraktiv sein und etwas bieten können.

(*Dr. Monika Schaal SPD: Ihre Fraktion ist schon gegangen!*)

Sie sehen – das habe ich beim letzten Mal hier schon gesagt – in erster Linie die Risiken, die sich für einen Menschen ergeben. Sie sehen die Defizite, die ein Mensch entwickelt. Aber wir sehen die Chancen, die er hat, und wir sehen die Möglichkeiten, seine Potenziale.

Und wenn ich jemanden habe, der seine Ausbildung nicht in ausreichendem Maße hat,

(*Gesine Dräger SPD: Schulgeld, Studiengebühren!*)

dann muss ich ihn nicht alimentieren, sondern ihn dazu bringen, dass er seinen Lebensunterhalt wieder selber verdienen kann und das haben wir in unser Programm geschrieben.

(Beifall bei der CDU – *Gesine Dräger SPD: Vorschulgebühren!*)

Ich finde es sehr bedauerlich, dass wir diese Debatte im Stakkato der Aktuellen Stunde abhalten. Wir sollten darüber diskutieren, was wirklich sozial ist, und sozial ist schlicht und ergrifend – das haben wir gestern auf dem Parteitag festgelegt –, was Arbeit schafft; das ist doch wunderbar.

(Lachen und Ah-Rufe bei der SPD)

Finden Sie es sozial, dass die Versicherungsbeiträge hochgehen? Finden Sie das alles sozial oder sollten wir uns nicht darauf konzentrieren, bei uns in Deutschland ...

(Unruhe im Hause – Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Sie haben nur noch Redezeit, aber ich will die Munterkeit wieder ein wenig dämpfen, damit Sie mit Ihrer Stimme auch zum Durchbruch kommen.

Karen Koop (fortfahrend): Eine verantwortungsbewusste Sozialpolitik blickt eben nicht nur auf die augenblickliche Generation, sondern auch dahin, was der nächsten Generation an Lasten aufgebürdet wird.

(*Michael Neumann SPD: Deswegen Einstieg in die Atomenergie!*)

– Ach, Herr Neumann, lesen Sie sich einmal Ihr Interview von gestern im "Hamburger Abendblatt" durch. Da kann man doch nur sagen: Der Bebel für Hanseaten hat gesprochen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Wir haben uns auf die Fahnen geschrieben, unseren Kindern nicht noch zusätzliche Kosten zu denen, die wir heute schon haben, aufzubürden. Und wenn Sie das mit der Haushaltkskonsolidierung hier so lächerlich machen, so ist das ein Grund, warum wir uns auch mit den Bevölkerungsschichten anlegen.

(*Petra Brinkmann SPD: Sie geben doch mehr aus!*)

Das muss sein, wir können es nicht ändern. Wenn es nach Ihnen beiden gegangen wäre, dann hätten Sie es doch laufen lassen.

(Zurufe von der SPD – *Michael Neumann SPD: Deswegen geben Sie jedes Jahr mehr aus!*)

Wir sind der Meinung, dass man in Zukunft sehen muss, dass demjenigen gegeben wird, der es braucht. Aber demjenigen, der es nicht braucht, muss man schrittweise – vielleicht nicht unbedingt

(*Michael Neumann SPD: Herr Präsident, helfen Sie ihr!*)

A mit allzu großem Druck – die Möglichkeit geben, sich selber seinen Lebensunterhalt zu verdienen. Unsere Sozialpolitik ist eben auf Nachhaltigkeit ausgerichtet und nicht auf die augenblickliche Situation und das ist der richtige Weg.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Gregersen.

Martina Gregersen GAL: Herr Vorsitzender, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist sehr interessant, dass die CDU wieder nicht da ist, wenn es um Sozialpolitik geht.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Aber noch interessanter finde ich, dass wir jetzt wissen, dass der CDU-Parteitag Sozialpolitik festlegt. Eigentlich steht so etwas im Grundgesetz und da braucht die CDU nicht zu beschließen, was sozial ist.

Frau Schnieber-Jastram, Sie haben stets davon gesprochen und wir haben es eben auch wieder gehört, dass diejenigen Menschen, die unsere Hilfe brauchen, diese auch bekommen. Diese Aussage ist für mich eine bloße Hülle, denn das, was sie bedeutete, war seit Jahren ein Standard an Abbau in Hamburg: Abschaffung des Sozialtickets, Kürzung des Blindengelds, Schließung von sozialen Einrichtungen oder Kürzungen bei den Bücherhallen, um nur einige Beispiele zu nennen. Die Sparvorgaben des Senats grenzen Hilfsbedürftige systematisch aus, ohne ihnen eine Perspektive zu geben, und auch Sie, Frau Koop, haben eben keine Perspektive gegeben.

B

Dennoch transportierte die Aussage als solche zumindest eine gemeinsame Grundüberzeugung aller demokratischen Parteien, dass wir nämlich eine solidarische Gesellschaft sind. Aber Herr von Beust hat mit seiner Bemerkung, wir könnten uns soziale Dinge erst wieder leisten, wenn es uns besser gehe, nun sämtliche rhetorischen Hüllen fallen gelassen. Er zeigt sein wahres Gesicht und hat mit seiner Äußerung endgültig den Boden gemeinsam geteilter Grundüberzeugungen verlassen. Er diffamiert Sozialpolitik, er kündigt Solidarität auf. Sozialpolitik, Herr von Beust, ist kein Luxus, den man sich mal eben in guten Zeiten gönnen möchte. Sozialpolitik ist vielmehr die notwendige Absicherung gesellschaftlicher Lebensrisiken. Sie ist notwendiger Ausgleich von gesellschaftlichen Benachteiligungen. Jede und jeder von uns kann betroffen sein. Sozialpolitik leitet sich unmittelbar vom Grundgesetz ab, Sozialpolitik zielt auf gesellschaftliche Integration anstatt auf Ausgrenzung und sie hat in der Vergangenheit enorm zur Legitimation und Stabilität unserer Wirtschaft, aber auch unserer Gesellschaftsordnung, beigetragen.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Wer dieses nun aufkündigt, stellt den Zusammenhalt unserer Gesellschaft total in Frage.

Aber auch aus einem anderen Grund, Herr von Beust, ist Ihre Aussage falsch und gefährlich. Gerade in der Krise sind soziale Ausgaben sehr erforderlich. Wenn es uns gut geht, müssen wir nicht so viele und so hohe Sozialleistungen finanzieren. Wenn der allgemeine Wohlstand wächst, können Menschen mehr eigenes Geld beispielsweise für Bildung ausgeben. Aber wenn er sinkt, muss

der Staat korrigieren und Geld für Bücherhallen oder Volkshochschulen bereitstellen. C

(*Dr. Diethelm Stehr CDU: Und woher?*)

Es zeigt sich immer mehr, dass gerade Bildung der Zugang und ihr Schlüssel vor allem für Kinder aus benachteiligten Familien ist.

(Beifall bei der GAL)

Die benachteiligten Kinder müssen herausgeführt werden aus dem Teufelskreis, teilweise über Generationen hinweg in der verfestigten Unterschichtkultur zu leben. Sie müssen den Satz "diejenigen, die Hilfe brauchen" endlich ernst nehmen. Wir brauchen einen Sozialstaat, der Lösungen für Probleme bietet. Wir brauchen eine soziale Grundsicherung, wir brauchen gerechte Bildungschancen, damit Teilhabe und soziale Gerechtigkeit möglich werden. Aber was wir überhaupt nicht brauchen, Herr Bürgermeister, ist die Aufkündigung der solidarischen Grundpfeiler unseres sozialen Rechtsstaats.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Präsident Berndt Röder: Das Wort erhält Senatorin Schnieber-Jastram.

(*Michael Neumann SPD: Wir reden über Sozialpolitik, warum kommt die?*)

Zweite Bürgermeisterin Birgit Schnieber-Jastram: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wer mit dem Finger auf andere zeigt, der sollte nachzählen, wie viele Finger er dabei auf sich selbst richtet. D

(*Gesine Dräger SPD: Ja, dann zählen Sie mal!*)

Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit für einen Moment auf einen Themenbereich lenken, der für die finanzielle Situation der Freien und Hansestadt Hamburg von erheblicher Bedeutung ist und für den Sie im Bund, jedenfalls noch, selber Verantwortung tragen:

Die aktuelle Mai-Steuerschätzung hat bundesweit erneut gravierende Steuermindereinnahmen ergeben. Bund, Länder und Gemeinden müssen mit Ausfällen von insgesamt rund 66,8 Milliarden Euro für die Jahre 2005 bis 2008 rechnen. Hauptursache – denken Sie wirklich einmal darüber nach – ist die unbefriedigende Lage auf dem Arbeitsmarkt.

(*Gesine Dräger SPD: In Hamburg!*)

Denken Sie an die Realität und hören Sie auf, im finanziellen Bereich Milchmädchenrechnungen anzustellen, die überhaupt nicht tragfähig sind.

(Beifall bei der CDU)

Von guten Zeiten kann nun wirklich nicht gesprochen werden. Es bleibt festzuhalten, dass die Arbeitsmarktpolitik der Bundesregierung fatale Folgen hat,

(*Ingo Egloff SPD: Wo waren Sie denn im Vermittlungsausschuss?*)

vor allen Dingen für die sozialen Sicherungssysteme wie Renten-, Pflege-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung. Aufgabe der Bundesregierung ist es, diese abzumildern oder auch zu angemessenen Lösungen zu kommen; beides haben Sie nach meinem Verständnis nicht getan.

A (Beifall bei der CDU – *Bernd Reinert CDU: Richtig!*)

Ich will heute nicht in die Wahlkampfauseinandersetzungen darüber eintreten, was von Ihnen bisherigen Versuchen und allen Ideen zu halten ist. Ich möchte mich deswegen viel lieber mit den Realitäten in unserer Stadt und auch mit der Politik dieses Senats befassen. Die pauschale Unterstellung im angemeldeten Thema, dass Hilfebedürftige in Hamburg in finanziell schwierigen Zeiten keine Hilfe erhielten, geht an der Wirklichkeit vorbei.

(Beifall bei der CDU – *Michael Fuchs CDU: Sehr richtig!*)

Sicher, wir haben Einsparungen vornehmen müssen, zum Beispiel beim Blindengeld. Klar ist auch, dass jede Einsparung den betroffenen Menschen schmerzt, auch wenn sie noch so verständlich und noch so einleuchtend ist. Jeder kennt aber auch die Notwendigkeit, die staatlichen Ausgaben zu begrenzen, weil eben nicht mehr Geld da ist, aber auch, weil die staatlichen Ressourcen in der Vergangenheit oftmals nicht sehr sinnvoll eingesetzt wurden.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD)

Dieser Senat steht vor dem Hintergrund ausbleibender Steuereinnahmen und hoher Arbeitslosigkeit vor der wirklich schwierigen Herausforderung, eine ausgewogene Sozialpolitik zu gewährleisten.

(*Dirk Kienscherf SPD: Das machen Sie doch nicht!*)

B Dabei ist unser oberster Leitgedanke, mit den Steuergeldern verantwortungsbewusst umzugehen und gleichzeitig vernünftige und ausreichende Hilfen für hilfsbedürftige Menschen anzubieten.

(*Dirk Kienscherf SPD: Das passiert ja nicht!*)

Es ist unser Maßstab, demjenigen, der unsere Hilfe benötigt, auch und gerade in schlechten Zeiten die notwendige Hilfe zukommen zu lassen. Wer sich selbst helfen kann, aber nicht will, der kann mit unserer Hilfe nicht rechnen. An diesem Maßstab hat sich nichts geändert.

(Beifall bei der CDU – Erste Vizepräsidentin Barbara Duden übernimmt den Vorsitz.)

Ich bin auch der festen Überzeugung, dass dieses nur gerecht ist, gerecht im Sinne eines modernen Sozialstaats. Es ist auch menschenwürdiger, als Bürger dauerhaft von staatlichen Leistungen abhängig zu machen. Und, Herr Neumann, das hat überhaupt nichts mit Ihrem polemischen Wort vom schrankenlosen Neoliberalismus zu tun.

(*Dr. Andrea Hilgers SPD: Doch!*)

Lassen Sie mich noch einen Gedanken zur Wahrhaftigkeit äußern. Ich darf, mit Genehmigung der Präsidentin, aus dem "Hamburger Abendblatt" von gestern zitieren. Dort stellte der Journalist fest, Herr Neumann:

"Unseres Wissens sind die bisher härtesten Einschnitte ins soziale Netz von der SPD zu verantworten."

(*Doris Mandel SPD: Welche denn?*)

Und Sie haben geantwortet:

"Ja. Und meinen Sie, es hat Spaß gemacht, dafür Prügel zu kriegen?"

(*Ingo Egloff SPD: Und Sie tauchen weg!*)

C

Wenn Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, meinen, die Existenzangst gerade der kleinen Leute durch vermeintliche Horrorszenarien, für die Sie eigentlich die Verantwortung tragen,

(*Ingo Egloff SPD: Sie tragen die Verantwortung!*)

schüren zu müssen, dann tun Sie das.

(Beifall bei der CDU – *Ingo Egloff SPD: Das ist nicht die Wahrheit!*)

– Herr Egloff, Sie wissen genau, dass das die Wahrheit ist. Niemand anderes als Sie tragen im Bund die Verantwortung gemeinsam mit den Grünen.

(Beifall bei der CDU – *Gesine Dräger SPD: Realitätsverlust!*)

Ich sage Ihnen eines sehr deutlich: Wir werden da nicht mitmachen, wir werden den Menschen klipp und klar sagen, was Sache ist. Das hat auch der Bürgermeister sehr deutlich gemacht. Wir sind nicht in einer Zeit, in der es zusätzliche Leistungen geben kann.

(Zurufe von der SPD und der GAL)

Ich will Ihnen noch etwas sagen, Sie hätten es eigentlich schon spüren müssen.

Die Wählerinnen und Wähler haben das längst verstanden. Sie haben auch ein Gefühl für den Unterschied von Reden und Tun. Denken Sie einmal an Schleswig-Holstein und an Nordrhein-Westfalen; für Hamburg gilt genau das Gleiche.

(Beifall bei der CDU)

D

Man kann es nicht oft und deutlich genug wiederholen – Frau Koop hat es gesagt –: Die beste Sozialpolitik ist die, die Arbeit schafft und nicht die, die zusätzliche Wohltaten zulasten künftiger Generationen verspricht.

(Beifall bei der CDU)

Fit für den Arbeitsmarkt zu sein, heißt zum Beispiel, Familie und Beruf miteinander vereinbaren zu können. Hamburg bietet eine verlässliche, eine umfangreiche Kindertagesbetreuung,

(Zurufe von der SPD: Und das war Ihre Idee?)

wie es sie in keiner anderen westdeutschen Großstadt gibt. Seit Beginn des Jahres 2005 besteht für alle Dreibis Sechsjährigen ein Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz. Ab dem 1. August 2006 besteht eine Betreuungsgarantie für alle Kinder berufstätiger Eltern im Alter bis 14 Jahren. Das gibt es in keinem anderen westlichen Bundesland.

(Beifall bei der CDU)

Ein weiteres Beispiel für unsere solide Sozialpolitik betrifft den Umgang mit dem Problem der Obdachlosigkeit. Dass in der Vergangenheit unter der anspruchsvollen Überschrift "Armutsbereich" über Definitionen und Datenprobleme seitenweise berichtet wurde, hat zur Verbesserung des Hilfesystems überhaupt nichts beigetragen.

(*Gerhard Lein SPD: Aber Sie!*)

Wir handeln. Zum 1. Juli 2005, also in Kürze, werden in den Bezirken Fachstellen für Wohnungsnotfälle eingerichtet. Ihre Aufgabe besteht darin, alle Hilfen für Wohnungs-

A lose unter einem Dach zu bündeln; dazu gehört die Sicherung und die Vermittlung von Wohnraum,

(*Dirk Kienscherf SPD*: Mit welchen Wohnungsunternehmen?)

auch die Unterbringung in Wohnunterkünften in Notfällen und die Kooperation mit Wohnungsunternehmen. Ich könnte diese Beispiele noch fortsetzen.

Im Zuge dieser Neuordnung des Hilfesystems für Wohnungslose ist die Straßensozialarbeit auch ein wichtiger Baustein, um obdachlose Menschen zu erreichen, die das bestehende Hilfesystem bisher nicht angenommen haben. Zu den Aufgaben der Straßensozialarbeit wird neben der aufsuchenden Arbeit auch die Weitervermittlung ins Hilfesystem gehören, also die Beratung, die Begleitung zu Einrichtungen und der Besuch von Ärzten.

(*Petra Brinkmann SPD*: Das hat Ihnen der Jugendrichter gerade ins Stammbuch geschrieben!)

Wollen Sie wirklich behaupten, dass der Senat Hilfebedürftige nicht im Blick hat?

(Zurufe von der SPD und der GAL: Ja!)

Ich will Ihnen ein weiteres Beispiel für die Unhaltbarkeit Ihrer Behauptung nennen.

(*Petra Brinkmann SPD*: Lassen Sie es lieber!)

– Hören Sie ruhig zu. Ich kann noch lange fortfahren, denn es gibt noch viele Beispiele.

Eines möchte ich noch nennen.

B (*Michael Neumann SPD*: Missachtung des Parlaments ist das hier! – und weitere Zurufe von der SPD und der GAL)

Im Bereich der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen sind wesentliche Strukturreformen notwendig. Noch leben zu viele Menschen gut versorgt, aber unabhängig in vollstationären Einrichtungen.

(*Dr. Till Steffen GAL*: Sie müssen jetzt nicht jeden Mitarbeiter persönlich loben!)

Im Zentrum steht deshalb die Bemühung, ihnen durch Umzug in ambulant betreutes Wohnen ein Stück ihrer Autonomie, ein Stück ihrer Selbstbestimmung zurückzugeben, ohne dass sie deshalb schlechter versorgt werden.

(*Uwe Grund SPD*: Da passiert doch nichts, das erzählen Sie nur!)

Im Gegenteil. Mit dem selbst bestimmten Leben in einer funktionierenden Nachbarschaft steigen typischerweise auch die Kompetenzen und die Lebensfreude. Dass die durchschnittlichen Fallkosten im ambulanten Bereich unter denen der stationären Versorgung liegen, hilft wiederum, die finanzielle Belastung durch die demografisch bedingte Fallzahlsteigerung zu tragen. Das ist in der Tat ein gewollter Nebeneffekt.

Lassen Sie also ruhig Ihren Geist weiter über den Tellerrand schweifen. Die Problematik ist sehr viel größer, als Sie es erkennen wollen. Ich will Ihnen die Qual ersparen, die Liste weiter zu verlängern.

(Beifall bei *Dr. Till Steffen GAL* und *Michael Neumann SPD*)

Eines dürfte deutlich geworden sein: Ihr Vorwurf geht völlig an der Realität vorbei. C

(Beifall bei der CDU – *Petra Brinkmann SPD*: Das glauben nur Sie!)

Der Senat geht mit Steuergeldern sehr sorgfältig um

(*Christiane Blömeke GAL*: Das merkt man!)

und prüft, welche Hilfe in der bisherigen Form weiter geleistet werden muss, welche effektiviert werden kann, welche verzichtbar ist und was an diese Stelle zu treten hat.

Lassen Sie mich zum Abschluss noch einmal auf das Thema dieser Debatte zurückkommen

(*Michael Neumann SPD*: Das wäre nicht schlecht!)

und es wie folgt abwandeln: Sozialpolitik in guten und in schwierigen Zeiten. Wer unsere Hilfe braucht, weil er sich nicht selbst helfen kann, wird sie bekommen. Und zwar nicht mit einem Fragezeichen, sondern mit einem Ausrufungszeichen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU – *Michael Neumann SPD*: Dafür gibt es viele Beispiele! – *Dr. Willfried Maier GAL*: Wie lange hat die Senatorin geredet? – Gegenruf von *Petra Brinkmann SPD*: Zu lange! Das ist das ungerecht!)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Petersen.

Dr. Mathias Petersen SPD: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Bürgermeisterin, mit welcher Selbstverständlichkeit Sie hier die Fairnessregeln des Parlaments missbrauchen, indem Sie statt einer fünfminütige eine lange Rede halten, ist unglaublich. D

(Beifall bei der SPD)

"Wir schenken denen die besondere Aufmerksamkeit der Gesellschaft, die drohen, unverschuldet zu Leidtragenden des Wandels zu werden, denn wir wollen Gerechtigkeit. ... Wir dürfen uns nicht schulterzuckend abwenden mit der Begründung, so seien halt die Gesetze des Marktes, so sei halt die Kehrseite der Globalisierung. Nein, das Soziale in der sozialen Marktwirtschaft bleibt für uns ein wichtiger Ansporn und Anspruch."

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

– Dazu sollte eigentlich nicht die Seite klatschen, sondern Sie. Diese Aussage habe ich wortwörtlich aus der Regierungserklärung des Bürgermeisters von Beust vom 31. März 2004 entnommen. Das war eine Sonntagsrede.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Was Sie wahrhaftig meinen, das haben Sie in einem Interview gesagt:

"Soziale Dinge können wir uns wieder leisten, wenn es uns besser geht."

Welche soziale Ungerechtigkeit ist hier am größten? – Die Langzeitarbeitslosigkeit.

(*Barbara Ahrons CDU*: Da hat Berlin großen Anteil! – *Karen Koop CDU*: Das kommt aus Berlin!)

A Schauen wir uns den Arbeitsmarkt und die Arbeitsmarktpolitik in Hamburg an und wie Sie damit umgehen, Frau Koop.

(*Karen Koop CDU*: Ja, das ist Ihnen unangenehm!)

Sie haben seit 2002 mehr als 50 Millionen Euro im Bereich der Beschäftigungsförderung gestrichen, die Menschen eine Chance gegeben hätten, wieder Arbeit zu erlangen. Das ist Ihre Sozialpolitik.

(Beifall bei der SPD)

Den Sportvereinen, die Sozialpolitik machen, indem sie die Jugendlichen von der Straße holen, weil sie mit ihnen trainieren, streichen Sie 2,5 Millionen Euro, damit sie die Sportstätten selbst bezahlen. Das ist Ihre Sozialpolitik.

Schauen wir uns den Bildungsbereich an, der ein ganz wichtiger Teil der Sozialpolitik ist. Sozial gerecht ist, wenn wir den Menschen gleiche Bildungschancen geben. Was tun Sie? – Sie streichen bei den Schulbüchern 2,5 Millionen Euro, beim Schulschwimmen 2 Millionen Euro, bei der Vorschule 5 Millionen Euro, bei den Studiengebühren 32 Millionen Euro und bei der Jugendmusikschule 1,2 Millionen Euro. Das ist Ihre Sozialpolitik.

(Beifall bei der SPD und bei *Christa Goetsch GAL*)

Beim sozialen Wohnungsbau werden 31 Millionen Euro gestrichen. Das ist Ihre Sozialpolitik.

Man kann sich nun fragen, was Sie stattdessen tun? – Sparen? – Nein, das tun Sie nicht. Sie investieren in große Projekte wie zum Beispiel in die U 4. Ich glaube, diese ist im Hinblick auf die zu erwartenden Steuereinnahmen in Hamburg deutlich zu überdenken.

Sie legen einen Innovationsfonds "Wachsende Stadt" von 3,7 Millionen Euro und einen Investitionsfonds "Hamburg 2010" von 5 Millionen Euro auf, Sie starten eine internationale Marketingkampagne, die 4,7 Millionen Euro kostet. Das sind insgesamt 13,4 Millionen Euro. Dafür könnten Sie den Sportvereinen ihre Steuern erlassen, Sie könnten die Vorschule und die Schulbücher unentgeltlich lassen und das Schulschwimmen wieder finanzieren. Das ist die Sozialpolitik, die wir fordern und auf die Sie nicht eingehen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Herr Bürgermeister, Sie haben uns gesagt, dass wir ein moralisches Dilemma hätten. Wenn man hier einerseits eine Regierungserklärung abgibt und deutlich macht, in Hamburg eine soziale Politik machen zu wollen, aber andererseits eine solche kalte Sozialpolitik macht, dann geht das nicht. Das werden wir den Menschen bis zum Herbst deutlich sagen. Wir werden dann sehen, wie sie sich entscheiden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Heintze.

Roland Heintze CDU: Herr Petersen, ich hätte mir eines gewünscht: Dass Sie heute die Debatte nutzen, um Ihr Dilemma bei der sozial- und wirtschaftspolitischen Standortbestimmung einmal aufzulösen. Sie haben stattdessen eine Forderung an die andere gereicht. Ich habe mir auch noch einmal die letzte Haushaltsdebatte angeschaut.

Auch dort gab es keine Antworten, wohin Sie wollen. Es wurden Masterpläne, ein bisschen Umverteilung und auch noch die Anbindung der Arbeitsplätze an die HafenCity gefordert.

(*Michael Neumann SPD*: Pendlerpauschale! Eigenheimzulage!)

Das ist sicherlich keine Alternative zu unserer Sozialpolitik in dieser Stadt. Das ist für mich enttäuschend.

(Beifall bei der CDU – *Dr. Andrea Hilgers SPD*: Sie sind peinlich!)

Warum diese Debatte, die mit starken Worten angemeldet wurde: Sozialpolitik nur noch in guten Zeiten – oder wer unsere Hilfe braucht, wird sie bekommen? Ich glaube, Sie wollen mit dieser Debatte die verpasste Chance bei der Kapitalismusdebatte nachholen. Diese Debatte war mehr als verunglückt und Ihr heutiger Aufschlag ist es ebenso.

(Beifall bei der CDU)

Hinzu kommt, dass Sie hier ein grandioses Eigentorschließen. Denn gerade bei der SPD und bei den Grünen bekommt niemand die Hilfe, die er braucht. Sie verweigern den Menschen in Deutschland die Rahmenbedingungen, die mehr Beschäftigung entstehen lassen. Wo helfen Sie da auch nur irgendjemandem?

(Beifall bei der CDU)

Dabei war man doch 2001 so ambitioniert gestartet. Es gab ein Schröder-Blair-Papier mit dem Tenor, mehr Markt zuzulassen, in Klammern, dann klappe es schon mit dem Arbeitsmarkt. Es klappt mit dem Arbeitsmarkt in Großbritannien, nur leider nicht hier. Das muss an der Bundesregierung liegen.

(Beifall bei der CDU)

Großbritannien hat eine Arbeitslosenquote von 5 Prozent, was ökonomisch als Vollbeschäftigung bezeichnet wird. In Deutschland steigen die Arbeitslosenzahlen kontinuierlich.

(*Manuel Sarrazin GAL*: Und in Hamburg noch mehr!)

Beide Länder sind Staaten der EU, beide haben zum Glück die gleichen weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen und – das kann Herr Kerstan sicherlich noch umdefinieren – auch die Bevölkerungsstruktur ist annähernd gleich. Worin bestand der Unterschied?

(*Gesine Dräger SPD*: Im Bundesrat!)

Das kann ich Ihnen sagen: Sie haben es versäumt, Rahmenbedingungen zu schaffen, die eine gute Sozialpolitik möglich machen. Jetzt versuchen Sie, in Hamburg der CDU dafür die Schuld zu geben. So funktioniert das nicht.

(Beifall bei der CDU)

Nun soll von diesem wirtschafts- und sozialpolitischen Versagen rechtzeitig zum Wahlkampf mittels Rhetorik und der Forderung nach mehr Geld für soziale Aufgaben abgelenkt werden. Das ist ziemlich durchsichtig. Dazu sage ich: Das machen wir nicht mit, denn unser Weg ist ein anderer. Wir stehen zu dem, was Sie in Zeitungsinterviews als dringend notwendige soziale Marktwirtschaft bezeichnen. Das haben wir in Hamburg bereits erfolgreich praktiziert. Was tun wir nun konkret?

A Wir ermöglichen den Marktteilnehmern mehr Eigenverantwortung. Das erhöht die Dynamik und führt letztendlich zu mehr Wachstum und Wohlstand. Denn nur so haben wir in der Gesellschaft die Kraft zur notwendigen Solidarität. Das ist eine Basis, die Sie in den letzten Jahren systematisch zerstört haben und wo wir versuchen, umzusteuern. Dazu sind die ersten Schritte auch schon gelungen.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie sich selbst ernst nehmen, würden Sie nicht ständig von dem Gegeneinander, das Sie gern hätten, sondern von der sozialen Marktwirtschaft als sittlichen Wert an sich sprechen. Politik muss Anreize für Eigenverantwortung schaffen, um die Kräfte des Einzelnen zu mobilisieren. Unsere Politik in Hamburg bedeutet nicht den Untergang, sondern das Wesen der sozialen Marktwirtschaft. Daran werden wir festhalten, egal, wie Sie Ihre Debatten hier benennen.

(Beifall bei der CDU)

Allerdings gebe ich Ihnen einen Aspekt zu, den Ihre Sozialpolitiker aus Unkenntnis gern verdrängen. Das hat erneut auch Herr Neumann in seinem Interview im "Hamburger Abendblatt" bewiesen. Er hat die Rückkehr zur sozialen Marktwirtschaft gefordert und dargestellt, wie wichtig das alles für uns sei und dabei völlig verkannt, dass genau diese Politik vom Hamburger Senat betrieben wird. Herr Neumann, schauen Sie in ein Geschichtsbuch, kümmern Sie sich um Ihre Positionsbestimmung und dann melden Sie die Debatte wieder an. – Danke.

(Beifall bei der CDU)

B **Erste Vizepräsidentin Barbara Duden:** Das Wort bekommt Frau Goetsch.

(Uwe Grund SPD: So'n e hohle Nummer!)

Christa Goetsch GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Schnieber-Jastram, Sie haben mir gerade durch Ihre Rede jegliche Lust genommen, überhaupt auf Sie einzugehen.

(Karl-Heinz Warnholz CDU: Dann setzen Sie sich!)

Abgesehen davon, dass Sie es im letzten Jahr wirklich geschafft haben, die Goldene Palme für Abwesenheit in den Ausschüssen zu bekommen, haben Sie jegliches Vertrauen verloren,

(Beifall bei der GAL und der SPD)

wenn Sie die Arbeit – egal ob im Schul- oder im Jugendausschuss – nicht ernst nehmen. Selbst bei den Befragungen im Sonderausschuss "Vernachlässigte Kinder" haben Sie sich einen weißen Fuß gemacht. Sie sind nicht erschienen und lassen stattdessen Ihren Meisterschüler Staatsrat die Arbeit machen und entziehen sich mit Lyrik Ihrer eigentlichen Verantwortung.

(Wolfgang Beuß CDU: Kommen Sie mal zur Sache!)

Das zeigt, dass es sinnvoller ist, sich an Ihren Präsidenten zu wenden. Ich wende mich deswegen jetzt direkt an Herrn von Beust.

Herr von Beust, ich habe Sie in der Haushaltsdebatte im letzten Jahr gefragt, welchen Standpunkt Sie zum den Themen Integration, soziale Gerechtigkeit und Bildung

haben. Wir haben uns damals nie darüber auseinander setzen können, weil Sie sich dazu nie geäußert haben. Ich hatte Sie aufgefordert, dafür Verantwortung zu tragen und gesagt, dass Wegdücken nicht gilt.

Jetzt haben Sie sich geäußert und uns deutlich gemacht, wie Sie zu diesen Themen stehen und klar – das haben viele meiner Vorrednerinnen schon gesagt – den Common aufgekündigt. Ich halte das für ausgesprochen gefährlich, welche Katze Sie da aus dem Sack gelassen haben. Das ist letztendlich eine Gefährdung des Gemeinwesens, die soziale Gerechtigkeit – neben der Wirtschaftspolitik – nicht mehr in den Mittelpunkt der Stadtpolitik zu stellen. Die Ausrede, dass kein Geld da sei, zählt nicht. Wir würden auch nicht mehr Geld ausgeben, aber wir würden andere Schwerpunkte setzen. Daran liegt es.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Auch Ihre Umschichtungen sind unseres Erachtens falsch. Wenn Sie hier – das hat auch die große Finanzexpertin Frau Schnieber-Jastram getan – von Konsolidierung sprechen, dann wissen wir ganz genau, dass Sie überhaupt nicht konsolidieren, dass in den letzten drei Jahren nicht konsolidiert worden ist, sondern dass der Haushalt ausgeweitet wurde. Es ist – wie wir auch in der letzten Woche sehen konnten – eine Mogelpackung. Auf der anderen Seite müssen Sie sich, wenn Sie das immer auf Berlin schieben, fragen lassen: Wer hat denn die Verschärfungen bei Hartz IV und für die sozial Benachteiligten verhandelt? Doch nicht wir, sondern das war die CDU im Bundesrat.

(Beifall bei der GAL und der SPD – Petra Brinkmann SPD: So ist es!)

Wer blockiert die Gegenfinanzierung – das kann man nicht oft genug sagen –, auch wenn Ihre Finanzministerkollegen im Häuslebauer- und Autobauerland plötzlich sagen, dass dies durch die Eigenheim- und die Pendlerpauschalen geschehen könnte? Sie haben eben gesagt, dass die Einnahmen fehlen würden. Aber Sie haben jahrelang die Einnahmen von jährlich 15 Millionen blockiert, die wir anders hätten einsetzen können.

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Milliarden!)

Hier müssen Sie den Finger auf sich zeigen lassen.

(Beifall bei der GAL und der SPD – Klaus-Peter Hesse CDU: Brutto gleich netto!)

Wer hat denn die Familienpolitik in den letzten drei Jahren in Hamburg gemacht? Wer hat denn die Familien unterstützt, indem man zum Beispiel den ALG-II-Bereichern jetzt die kostenlosen Schulbücher streicht und dadurch die sozialen Lücken entstehen. Wo ist die Scheide weiter auseinander gegangen? Wo gibt es denn weniger Kita-Plätze, wenn nicht auf der Veddel?

(Bernd Reinert CDU: Das ist schlicht falsch, was Sie behaupten!)

– Herr Reinert, dort gibt es 30 Prozent weniger Ganztagessitze. Das ist genau dort, wo sie dringend nötig sind, um die Kinder aus dem Milieu herauszuholen.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Da kommen wir wieder auf den Punkt, dass Armut und Benachteiligung kein Schicksal oder kein Pech ist. Das beginnt ganz früh. Es geht darum, die Schwerpunkte

C

D

A anders zu setzen und frühzeitig diese strukturellen Ungerechtigkeiten abzubauen, nämlich die Zugänge zu Bildung und zur Betreuung – das heißt Bildung gleich Sozialpolitik – zu gestalten. Was Sie hier bisher an den Tag gelegt haben – das können wir jeden Tag nachlesen – ist mehr als Stückwerk.

(*Doris Mandel SPD: Nullstandard!*)

Das kann ich gar nicht alles aufführen, weil ich für diesen Schwachsinn,

(*Bernd Reinert CDU: Schwachsinn, Frau Präsidentin?*)

der in der Schulbehörde auf Kosten der Beteiligten verzapft worden ist, mindestens eine Viertelstunde benötigen würde. Egal, ob ich einen Ordnungsruf dafür bekomme, ich stehe dazu. Das ist Ihre Sozialpolitik.

(Beifall bei der GAL – *Wolfgang Beuß CDU: Das ist parteiisch!*)

Wir haben mit dem gleichen Haushalt andere Schwerpunkte gesetzt und zum Thema Sozialpolitik eine ganze Reihe von Vorschlägen gemacht. Es gibt ganz andere strukturelle Maßnahmen, um Geld für eine gebührenfreie Vorschulbildung zu haben. Wir könnten viele andere Systeme verändern, um tatsächlich dort anzusetzen, wo Sozialpolitik dringend nötig wäre.

Ich kann Sie zum Schluss nur auffordern, Herr von Beust, damit aufzuhören, den netten Landesvater zu spielen, Schwäne zu füttern, Störche zu beobachten und andere schöne Sachen zu machen. Sie sollten einmal in die Quartiere gehen. Herr von Beust, ich meine es ernst, dass Sie nicht wirklich wissen,

(*Glocke*)

– ich komme zum Schluss –, was vor Ort los ist. Sie gehen nicht vor Ort und wissen eigentlich gar nicht, was dort angesagt ist und wie es dort aussieht. Ich glaube, das wäre dringend nötig, denn dann würde Hamburg eine andere Sozialpolitik bekommen. – Danke.

(Beifall bei der GAL und der SPD – *Bernd Reinert CDU: Was ist mit dem Wort "Schwachsinn"?* – Gegenruf von *Wolfgang Beuß CDU: Das würde mich auch mal interessieren!*)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Brinkmann.

Petra Brinkmann SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Senatorin, ganz unbeteiligt an den schmerhaften Bundesbeschlüssen waren Sie nicht; das wissen Sie auch ganz genau.

Wer hat denn die Standards im Bundesrat heruntergefahren?

(*Klaus-Peter Hesse CDU: Wer regiert denn in Berlin?*)

Wer hat zum Beispiel bei der Gesundheitsreform für das Eintrittsgeld von 10 Euro beim Arzt gesorgt? Wer hat die Leistungen für Zahnersatz herausgenommen? Wer hat bei Hartz IV die Kompromisse nicht finden können?

(Beifall bei der SPD)

Tun Sie nicht so, als hätten Sie damit nichts zu tun. Im Unterschied zu Ihnen stehen wir dazu. Wir lassen uns

dafür prügeln. Auch heute haben Sie wieder gezeigt, dass Sie wegtauchen und damit angeblich nichts zu tun haben wollen.

Frau Koop, seien Sie ganz unbesorgt. Die Zusammenarbeit mit unseren Wirtschaftspolitikern klappt wunderbar.

(*Wolfhard Ploog CDU: Dann ist ja gut!*)

Wir wissen auch, dass das Geld erst verdient werden muss, aber darüber reden wir nicht. Wir wollen gar nicht mehr Geld, sondern – genau wie es Frau Goetsch gesagt hat – das Geld anders verteilen.

Wir wollen nicht wie Sie neue Polizeiuniformen. Das hat man heute schon vergessen. Wir wollen keinen – wie Sie es getan haben – Straßenausbau wie beim Jungfernstieg und anderswo, sondern wir sind dafür, dass die Dinge im Sozialbereich so bleiben, wie sie waren.

(*Wolfgang Beuß CDU: Sie haben ja keine Ahnung!*)

Wir wollen uns das einmal ganz genau anschauen, was Sie auf Ihrem gestrigen Parteitag festgelegt haben, wie die Sozialpolitik für die CDU in Hamburg aussehen soll.

Ich will nicht – wie Frau Gregersen – nur ein oder zwei Beispiele bringen, weil die Bürgerinnen und Bürger immer sehr schnell vergessen. Ich will auf die letzten vier Jahre, die diese Sozialsenatorin zu verantworten hat, und auf einzelne Maßnahmen eingehen. Leider ist die Geschäftsordnung der Bürgerschaft ungerecht. Sie haben länger reden können, aber ich muss mich sehr ranhalten und kann nur stichwortartig die lange Liste vortragen, weil ich sonst mit der fünfminütigen Redezeit nicht auskommen würde.

(*Klaus-Peter Hesse CDU: Dann machen Sie man weiter, Frau Brinkmann!*)

Kein anderer Haushalt hat in den letzten Jahren zur angeblichen Konsolidierung so stark beigetragen wie der Sozialhaushalt. Aus Ihrer Sicht sind leider 90 Prozent der Ausgaben dieses Etats gesetzlich vorgegeben, sonst hätten Sie auch diese noch beschnitten und noch mehr gespart.

2002 musste der Sozialhaushalt 18 Millionen Euro an Einsparungen vornehmen. Es wurden die Mittel für die Frauenberatungsstellen zu 60 Prozent und für die Opferhilfe gekürzt. Bei den Begegnungsstätten für ausländische Mitbürger wurden sogar die Leistungsvereinbarungen aufgekündigt und gebrochen und 500 000 Euro eingespart.

2003 gingen Sie dann an die älteren und an die behinderten Menschen in dieser Stadt heran. Die Rentenberatungsstellen wurden abgeschafft; es gibt nur noch eine zentrale Rentenberatungsstelle für die gesamte Stadt. Bei der Behindertenberatung konnten wir zum Glück durch den öffentlichen Druck verhindern, dass es in der Stadt nur noch eine Beratungsstelle gibt. Dadurch ist es uns gelungen, dass wenigstens noch zwei, drei Beratungsstellen vorhanden sind.

Dann kommen wir zur Umstellung der Insolvenzberatung. Hier haben Sie auch eingespart. Man konnte in den letzten Tagen lesen, dass es heute 40 Prozent mehr Anträge bei den Insolvenzberatungsstellen gestellt wurden. Sie haben eher gekürzt als etwas dazugegeben. Kein Wunder, dass man in einigen Bezirken fast ein Jahr warten muss, um überhaupt eine Beratung zu bekommen.

A Dann komme ich zu Ihrem Obdachlosenkonzept, das Sie hier so stolz vorgetragen haben. Wir hören seit drei Jahren davon, uns ist aber noch nichts bekannt, auch nicht aufgrund unserer Nachfragen, wo es ab 1. Juli eine Fachstelle geben wird.

(*Bernd Reinert CDU*: Haben Sie doch gerade gehört!)

– Wir hören das seit drei Jahren, Herr Reinert. Kommen Sie doch einmal in den Sozialausschuss. Wir hören seit drei Jahren von dem Konzept zur Obdachlosigkeit und zur Ambulantisierung. Wir hören seit Jahren von all diesen Dingen, nur Konkretes passiert nicht. Das ist das Dilemma.

(Beifall bei der SPD – *Bernd Reinert CDU*: Aber Sie haben doch gerade gehört: In allen Bezirken zum 1. Juli!)

2004 haben Sie das Sozialticket gestrichen und bereits angekündigt, dass durch starke Mittelverkürzung bei den Frauenhäusern noch mehr passieren werde. In den Jahren 2005 und 2006, in denen Sie das erste Mal allein regieren konnten, haben Sie gezeigt, was Sache ist.

(*Bernd Reinert CDU*: 2006 ist Zukunft, nicht Vergangenheit!)

Sie haben angekündigt, das Frauenhaus zu schließen. Die finanziellen Mittel haben Sie dort weiterhin gekürzt und sämtliche Psychologinnenstellen aufgekündigt. Bei den Kinderkuren mussten Sie 3,8 Millionen Euro einsparen, es gab Streichungen bei der Beratung und Betreuung von Flüchtlingen, die Mittel für die Obdachlosenhilfe "Oase" wurde gestrichen. Sie wollen 15 Millionen Euro bei der Ambulantisierung einsparen. Bis heute weiß keiner, was überhaupt damit von Ihnen gemeint ist. Auch wir sind selbstverständlich für die Ambulantisierung, aber das muss vernünftig gemacht werden. Wenn man das ordentlich und qualitativ hochwertig machen will, dann wird es eher mehr Geld kosten als weniger.

(*Glocke*)

Ich denke, die Bürger in dieser Stadt können sich jetzt ein Bild davon machen,

(*Wolfgang Beuß CDU*: Wie lange wollen sie noch reden? – *Glocke*)

was konkrete Sozialpolitik für Sie heißt und am 18. September danach handeln.

(Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Zum zweiten Thema der Aktuellen Stunde sehe ich keine weiteren Wortmeldungen mehr.

Wir haben durch die Wortbeiträge des Bürgermeisters und der Senatorin noch Zeit bis 16.38 Uhr. Ich rufe daher das dritte Thema auf, das von der GAL angemeldet wurde.

In der Vorrunde disqualifiziert: Sportstadt Hamburg, Tor zur Provinz

Frau Lappe, Sie bekommen das Wort.

Dr. Verena Lappe GAL: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Was hat sich seit

der fehlgeschlagenen Olympia-Bewerbung in Hamburg eigentlich sportpolitisch getan? Wo stehen wir ein Jahr – nämlich vor der Eröffnung der Fußball-WM in Deutschland – vor der großen Bewährungsprobe,

(*Klaus-Peter Hesse CDU*: Im Rathausinnenhof!)

bei der wir uns für größere Aufgaben in Deutschland und damit auch in Hamburg bewähren können?

Es ist Folgendes passiert: Hamburg ist vor einem Jahr zur Eröffnung der Olympischen Spiele in Athen zur Sportstadt deklariert worden. Das ist eigentlich nichts Besonderes. Ich habe, ehrlich gesagt, etwas mehr erwartet, dass Sie zumindest den Anspruch haben, eine Sportmetropole zu werden.

(Beifall bei der GAL)

Aber vielleicht war das schon in der Vorahnung, was kommen würde. Denn zu einer Sportmetropole passt nicht die geplante Beschniedigung des Breitensports, passt nicht das angerichtete Schwimmbadchaos und auch kein heftig in der Kritik stehender Schulsport. Sie haben damit die große Solidarität und das große Einvernehmen in Hamburg aufs Spiel gesetzt, in dieser Stadt sportpolitisch wirklich voranzukommen. Sie trennen den Breiten- und Freizeitsport vom Leistungssport und von dem damit verbundenen Kommerz. Das ist schädlich für die Sportstadt und erst recht für eine möglich Sportmetropole Hamburg.

(Beifall bei der GAL)

Deutlich wird es auch daran, dass bei allen entscheidenden Veranstaltungen der Bürgermeister nicht präsent ist. Es scheint also keine Chefsache zu sein, sportpolitisch in Hamburg voranzukommen. Auch bei der nächsten Gelegenheit, nämlich in Frankfurt im Rahmen des Confederations Cup, muss die Sportsenatorin den Bürgermeister vertreten. An diesen Dingen scheint er kein großes Interesse zu haben.

Wir haben noch etwas Neues: nicht nur, dass wir uns jetzt "Sportstadt Hamburg" nennen, nein, wir haben auch ein Sportgesicht. Aber dieses Sportgesicht hat große Probleme mit seiner Vermarktung und muss aufpassen, dass es nicht zum Spottgesicht wird,

(Vereinzelter Beifall bei der GAL)

wie sich an vielen fachlichen Mängeln in Diskussionen und Gesprächen immer wieder deutlich zeigt. Die Erklärung von Frau Volkmann an die Schulleitungen mit dem schönen Verschreiber, den ich als Freudsche Fehlleistung bezeichnen würde, deutet vielleicht mehr darauf hin, welchem internen Spott die Senatorin ausgesetzt ist.

Aber das sollen nicht die Dinge sein, die hauptsächlich in der Kritik stehen. Aus meiner Sicht war es ein fataler Fehler, in dieser entscheidenden Situation, ein Jahr vor der Eröffnung, die Amtsleitung im Sportamt vakant zu lassen, einen Haufen von Mitläufern die Dinge machen zu lassen, keine Führungsqualität zu zeigen und auch keine Qualität in der Kontrolle der vermeintlichen Marketingstrategen, die sich in der Marketinggesellschaft und andernorts befinden. Wenn man sich einmal ansieht, wie diese Trikot-Aktion gelaufen ist – auch wenn wir da alle gemeinsam nett auf dem Rathausmarkt standen – ...

(*Dr. Willfried Maier GAL*: Nicht alle!)

A – Nicht alle, Herr Maier macht so etwas ja nicht gern mit. Außer Herrn Maier gibt es hier im Hause auf jeder Seite jedoch viele, die all diese Sachen gern mitmachen.

Wenn ich dann aber höre, dass der Hamburger Sportbund gerade einmal eine Woche vor diesem Tag darüber informiert wurde – es war völlig unmöglich, eine breitere Aktion über die Sportvereine zu organisieren. Selbst der Hamburger Fußballverband ist gerade eine Woche vorher informiert worden, dann auch noch mit der Bitte, Schiedsrichter für morgen abzustellen. Das spricht für eine grandiose Unkenntnis der ehrenamtlichen Hamburger Sportstrukturen. Solche Leute darf man eigentlich nicht an das Marketing für eine Sportstadt – oder einer Sportmetropole vielleicht irgendwann einmal – ranlassen.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Auch das WM-Programm – ich habe mich bisher damit zurückgehalten – hat mich nun wirklich nicht vom Hocker gerissen. Es sind keine wirklich neuen, aufregenden Dinge dabei. Es werden Dinge WM-tauglich gemacht, die wir sowieso in Hamburg haben. Wenn man sich anguckt, was zum Beispiel Berlin bei der Übertragung von Spielen an Standorten bietet, wo Großbildleinwände aufstellen werden, sind es da zehn Stück. In Hamburg streiten wir noch über eine. Köln macht sich auf, einen brasiliensischen Kölner Karneval zu feiern. Die haben sich die ganzen Gäste aus Brasilien geangelt. In Frankfurt wird eine Symphonie des Lichtes aufgeführt. Hier in Hamburg haben wir blue goals, wenn ich mich richtig erinnere. Außerdem werden die Sachen, die tatsächlich Internationalität darstellen und vielleicht tatsächlich das Tor zur Welt öffnen könnten wie die Street-soccer-Aktion gar nicht in dem Programm aufgeführt. Das finde ich sehr bedauerlich. Ich erwarte von einer Sportsenatorin, dass sie diese Dinge mit mehr Professionalität voranbringt,

B

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

die sportpolitische Basis mit einbindet und dass die Senatsspitze mehr Präsenz bei entsprechenden Aktionen zeigt. Sonst wird es nie etwas mit der Sportmetropole.

(Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Mattner.

Dr. Andreas Mattner CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich denke, vielleicht ist das der Anlass, den Kollegen zu danken, die mit uns eben draußen Trikot und damit Flagge für die Sportstadt Hamburg gezeigt haben.

(Beifall bei der CDU)

Das, Frau Lappe, eint uns wenigstens noch.

Wenn Sie hier als Thema "Provinzialität" anmelden, kann ich nur sagen, provinziell ist allein das Gemecker der Opposition zum Thema Sportstadt und sonst nichts.

(Beifall bei der CDU – Zuruf von der GAL)

Denken Sie doch alle mit uns noch an den schönen Geist von Olympia zurück. Der hatte etwas von Aufbruch. Den vergessen Sie hier wieder. Der hatte uns noch geeint.

(Dr. Verena Lappe GAL: An wem liegt das denn?)

Ich denke, das waren bessere Zeiten, die Sie hier mit uns gesehen haben. Im Übrigen war Olympia auch Partei übergreifend,

(Christian Maaß GAL: Der Bürgermeister war für Leipzig!)

meine Damen und Herren Kollegen von der SPD. Denken Sie an Herrn Voscherau. Offenbar haben Sie ihn schon wieder vergessen. Dieser hat sich wenigstens noch, anders als Sie, für den gemeinsamen Geist eingesetzt.

(Beifall bei der CDU)

Die WM sollte uns eigentlich einen. Viele von uns haben eben schon Flagge, Trikot gezeigt. Es ist ja schon eins der Elemente unseres Vermarktungskonzeptes, mit vollem Körpereinsatz Trikot zu zeigen. Ich freue mich darauf, wenn morgen viele Schüler in Schulen oder wir alle im Büro, in der Werkstatt, in der Uni Trikot zeigen werden.

(Dr. Willfried Maier GAL: Vielkörper!)

Es sind eben die Maßnahmen in anderen Städten angesprochen worden. Ich will nicht sagen, das sei alles heiße Luft. Das Benchmarking aber, das Sie vornehmen, verdient nicht das Fazit, dass Hamburg dort nicht die Nase vorn habe. In welcher Stadt wird es ein so eindrucksvolles Gesamtkunstwerk geben, über die ganze Stadt hinsichtbar, wie das mit Michael Batz gemeinschaftlich entwickelte Konzept der blauen Tore zur Welt? Tore über den Dächern Hamburgs – welche Metropole, meine Damen und Herren, wird das haben?

(Beifall bei der CDU)

Welche Metropole hat eine solche Visionkraft? Und ganz nebenbei: Wenn vieles in den Maßnahmen in den anderen Städten austauschbar ist, das hier ist echt hanseatisch.

(Dr. Willfried Maier GAL: Oh nein! und weitere Zitate von der GAL)

– Nun schreien Sie nicht. Sie habe ich übrigens nicht im Trikot gesehen. Es hätte Ihnen auch gut gestanden.

(Zuruf von der GAL: Ich war doch da, ich habe es immer noch an!)

– Wo waren Sie denn dann draußen? Der Diskurs führt nicht weiter.

Wir sind die erste von zwölf WM-Städten, die schon ein Fan-Office eingerichtet hat, eine Koordinierungsstelle zur sozialen Betreuung, ein ganz wichtiger Punkt im Rahmen einer solchen WM. Das Rahmenprogramme dazu kann sich sehen lassen. Wir haben ein WM-Büro. Viele Projekte sind dort angesiedelt. Ich habe nicht die Zeit, sie alle darzustellen. Es gibt ein host city programme mit Rahmenprogramm für die Gäste, das sich sehen lassen kann. Wir haben schon unglaublich viel Infrastrukturverbesserungen auf den Weg gebracht. Das gibt es alles schon viel länger, als über andere Städte und andere Konzepte geschrieben worden ist: das Parkleitsystem, die Bahnhofsverbesserung und vieles mehr.

(Glocke)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Herr Mattner, die Redezeit der Aktuellen Stunde ist zu Ende.

A **Dr. Andreas Mattner** (fortfahrend): – Jawohl.

Ich bin dann gespannt, ob ich Frau Lappe beim Confederations Cup in Frankfurt sehen werde. Ich werde dabei sein. Ich werde berichten, ob dort auch alle Flagge gezeigt haben.

(Dr. Verena Lappe GAL: Wo haben Sie die Einladung her? – Glocke)

Wir haben viel Geld dafür aufgewandt. Das Geld ist gut angelegt. Disqualifiziert hat sich hier nur das kleine Karo der Kritik. Weltmeisterlich ist dagegen der Auftritt Hamburgs.

(Beifall bei der CDU – Christian Maaß GAL: Frau Senatorin – Sie kneift!)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Meine Damen und Herren, die Redezeit der Aktuellen Stunde ist aufgebraucht.

Wir kommen zum Punkt 2 der Tagesordnung, der Wahl eines vertretenden Mitgliedes des Hamburgischen Verfassungsgerichtes.

[Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:

Wahl eines vertretenden Mitgliedes des Hamburgischen Verfassungsgerichtes – Drucksache 18/2230 –]

Da das Gesetz über das Hamburgische Verfassungsgericht in seinem Paragraphen 4 eine geheime Wahl vorschreibt, findet die Wahl in Wahlkabinen statt.

B

Wir verfahren so, dass Frau Thomas und Frau Martens abwechselnd die Mitglieder der Bürgerschaft in alphabethischer Reihenfolge aufrufen werden. Ich bitte Sie, dann zur Kanzleibank zu gehen und dann dort Ihren Stimmzettel entgegenzunehmen. Jeder Stimmzettel enthält Felder für Zustimmung, Ablehnung oder Enthaltung. Mit dem Stimmzettel gehen Sie bitte in eine der Wahlkabinen und nehmen Ihre Wahlentscheidung vor. Ich bitte, die Stimmzettel jeweils nur mit einem Kreuz zu versehen. Stimmzettel, die den Willen des Mitgliedes nicht zweifelsfrei erkennen lassen oder Zusätze enthalten, sind ungültig. Auch unausgefüllte Stimmzettel gelten als ungültig. Nach der Wahlhandlung gehen Sie bitte zu Frau Rogalski-Beeck, bei der die Wahlurne steht. Stecken Sie dann bitte Ihren Stimmzettel in die Wahlurne. Ich darf nun Frau Thomas bitten, mit dem Namensaufruf zu beginnen. Da wäre es hilfreich, wenn die Mitglieder etwas leiser wären.

(Der Namensaufruf wird vorgenommen)

Ist ein Mitglied des Hauses nicht aufgerufen worden? – Dann stelle ich fest, dass alle Abgeordneten aufgerufen worden sind und die Stimmabgabe abgeschlossen ist. Damit erkläre ich die Wahlhandlung für geschlossen.

Ich bitte nun, die Stimmenauszählung vorzunehmen. Für die Dauer der Stimmenauszählung ist die Sitzung unterbrochen.

Unterbrechung: 16.48 Uhr

Wiederbeginn: 16.56 Uhr

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Meine Damen und Herren, die Sitzung ist wieder eröffnet. Es wäre nett, wenn Sie Ihre Plätze einnähmen.

C

Ich gebe das Ergebnis der Wahl bekannt. Bei der Wahl eines vertretenden Mitgliedes des Hamburgischen Verfassungsgerichtes sind 113 Stimmzettel abgegeben worden. Davon waren null Stimmzettel ungültig, also 113 Stimmzettel gültig. Frau Dr. Gisela Wild erhielt Ja-Stimmen 82, Nein-Stimmen 19, Enthaltungen zwölf. Damit ist Frau Dr. Wild zum vertretenden Mitglied des Hamburgischen Verfassungsgerichtes gewählt worden.

Ich bitte nun Frau Dr. Wild, hier nach vorn in unsere Mitte zu kommen.

(Die Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen.)

Die Bürgerschaft hat Sie eben zum vertretenden Mitglied des Hamburgischen Verfassungsgerichtes gewählt. Dazu spreche ich Ihnen die Glückwünsche des gesamten Hauses aus.

(Beifall im ganzen Hause)

Ich frage Sie, ob Sie die Wahl annehmen.

Frau Dr. Wild: Ja, ich nehme die Wahl an.

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Nach Paragraph 7 des Gesetzes über das Hamburgische Verfassungsgerichtes haben die Mitglieder des Verfassungsgerichtes vor Antritt ihres Amtes vor der Bürgerschaft einen Eid zu leisten. Ich lese Ihnen den Wortlaut des Eides vor und bitte Sie, bei erhobener rechter Hand die Beteuerungsformel "Ich schwöre es" oder "Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe" nachzusprechen.

D

Der Eid hat folgenden Wortlaut:

"Ich schwöre, dass ich als gerechte Richterin alle Zeit das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, die Verfassung und die Gesetze getreulich wahren und meine richterlichen Pflichten gegenüber jedermann gewissenhaft erfüllen werde."

Frau Dr. Wild: Ich schwöre es.

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Sie haben damit den erforderlichen Eid vor der Bürgerschaft geleistet. Im Namen des ganzen Hauses wünsche ich Ihnen noch einmal als vertretendes Mitglied des Hamburgischen Verfassungsgerichtes eine glückliche Hand bei Ihrer Aufgabe, alles Gute und auch Befriedigung für die neue Aufgabe.

(Beifall im ganzen Hause)

Ich rufe nun die Tagesordnungspunkte 3 bis 6 a auf.

[Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:
Wahl eines ehrenamtlichen Mitglieds der Kommission für Bodenordnung – Drucksache 18/2290 –]

[Senatsantrag:

Abberufung eines stellvertretenden Vorsitzenden der Kommission für Bodenordnung aus seinem Amt und Wahl eines Nachfolgers – Drucksache 18/2301 –]

A **[Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:
Wahl einer oder eines Deputierten der Justizbehörde – Drucksache 18/2308 –]**

**[Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:
Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Bildung und Sport – Drucksache 18/2316 –]**

**[Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:
Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Soziales und Familie – Drucksache 18/2347 –]**

Mit den Wahlen sind wir also noch nicht ganz am Ende. Wir haben fünf Wahlen vorzunehmen. Ich rufe zunächst den Senatsantrag, die Drucksache 18/2301 auf.

Beim ersten Spiegelstrich bittet der Senat um Zustimmung, dass Herr Wulf Menzel dessen Antrag entsprechend als stellvertretender Vorsitzender der Kommission für Bodenordnung abberufen wird. Hierüber haben wir jetzt abzustimmen.

Wer stimmt der Abberufung von Herrn Wulf Menzel zu, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist Herr Menzel abberufen.

Wir kommen zu den Wahlen. Die Fraktionen haben ver einbart, dass diese in einem Wahlgang durchgeführt werden. Die Stimmzettel liegen Ihnen vor. Sie enthalten bei den Namen jeweils ein Feld für Zustimmung, Ablehnung und Enthaltung. Sie dürfen bei jedem Namen ein Kreuz machen, aber bitte nur eines. Weitere Eintragungen oder Bemerkungen würden zur Ungültigkeit führen. Auch unausgefüllte Stimmzettel gelten als ungültig.

Bitte nehmen Sie jetzt Ihre Wahlentscheidung vor. Ich darf die Schriftführerinnen bitten, mit dem Einsammeln der Stimmzettel zu beginnen.

(Die Wahlhandlung wird vorgenommen.)

Sind alle Stimmzettel abgegeben worden? – Das ist nicht der Fall. Dann werden die letzten Stimmzettel auch noch eingesammelt.

Dann frage ich jetzt noch einmal: Gibt es noch Stimmzettel, die nicht abgegeben wurden? – Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich die Wahlhandlung. Die Wahlergebnisse werden ermittelt und ich werde sie Ihnen im Laufe der Sitzung bekannt geben. *

Wir kommen zum Punkt 31 der heutigen Tagesordnung, dem Antrag der GAL-Fraktion: 25 Jahre Christopher-Street-Day in Hamburg: Bürgerrechte und Akzeptanz für Lesben und Schwulen – nichts geht mehr mit der CDU.

**[Antrag der Fraktion der GAL:
25 Jahre Christopher-Street-Day in Hamburg:
Bürgerrechte und Akzeptanz für Lesben und Schwulen – nichts geht mehr mit der CDU – Drucksache 18/2317 –]**

Dazu liegt Ihnen als Drucksache 18/2378 ein Antrag der SPD-Fraktion vor.

* siehe Seite 1695 C.

C **[Antrag der Fraktion der SPD:
Gleichstellung von Lebenspartnerschaften: Diskriminierung wirksam verhindern – Drucksache 18/2378 –]**

Diesen Antrag möchte die GAL-Fraktion an den Rechtsausschuss überweisen. Wer begeht das Wort? – Herr Müller bekommt es.

Farid Müller GAL: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Heute ist der Tag, um an 25 Jahre Kampf für Gleichberechtigung von Lesben und Schwulen zu erinnern. Noch 1980 trauten sich nur wenige Lesben und Schwule offen auf die Straße, denn dort erwarteten sie Häme, Bespitzelung durch die Polizei und auf der Demonstration sogar die Chemokule. Heute leben wir in einer anderen Zeit. Unser Land, unsere Stadt sind weiter. Es können vielmehr Schwule und Lesben freier und offener leben. Weit über 60 Prozent der Menschen befürworten die Öffnung der Ehe für Lesben und Schwule.

(Vizepräsidentin Bettina Bliebenich übernimmt den Vorsitz.)

Das ist der Erfolg von 25 Jahren Christopher-Street-Day. Es ist aber auch ein Erfolg einer aktiven und konsequenten Gleichstellungspolitik. Deswegen gilt mein Dank nicht nur den Aktiven auf den Christopher-Street-Day-Paraden, er gilt auch den Politikerinnen und Politikern, die sich dem Anliegen von Lesben und Schwulen verpflichtet haben, ohne es selbst zu sein. Ich danke in diesem Zusammenhang ganz herzlich Krista Sager und Ortwin Runde.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Mit dieser Gleichstellungspolitik ist es im Hamburger Rathaus vorbei, seitdem die CDU regiert. Deswegen ist der heutige Tag nicht nur ein Tag des Erinnerns, sondern er ist auch ein Tag des Zorns. Denn Sie, meine Damen und Herren von der Union, sind dabei eine historische Gelegenheit ungenutzt verstreichen zu lassen. Sie haben es in der Hand, Ihre Partei, Ihre Stammwähler in die Mitte der Gesellschaft zu führen und damit einen Beitrag zur Modernisierung unseres Landes zu leisten. Aber Sie verspielen diese Gelegenheit. Obwohl eine Mehrheit in dieser Stadt eine aktive Gleichstellungspolitik will und obwohl wir nach dem brutalen Outing durch Ronald Schill alle spüren konnten, dass es vollkommen egal ist, ob man lesbisch, schwul oder hetero ist, hat diese CDU, hat dieser Senat nicht die Kraft aufgebracht, die Gleichstellungspolitik, von der übrigens auch Mitglieder dieses Senats profitiert haben, fortzusetzen. Warum? Was ist der Grund dafür, dass der Senat und Bürgermeister von Beust in dieser Frage derart versagen? Selbst wenn man von Gleichberechtigung nichts hält, selbst wenn man parteipolitisch meint, das habe bei uns nichts zu suchen, selbst wenn man die Freiheit des Individuums nicht für einen Wert an sich hält, so wäre diese Politik doch für eine Stadt wie Hamburg nicht purer Luxus. Im Gegenteil. Gleichstellungspolitik hat auch eine wirtschaftspolitische Seite, denn Städte, die anziehen wollen, Städte, die sich im Wettbewerb mit anderen Metropolen behaupten möchten, Städte, die einfach hipp sein wollen, kommen heute ohne das Etikett "modern" nicht mehr aus. Für Modernität ist ein offener Umgang mit Minderheiten ganz entscheidend.

(Beifall GAL und vereinzelter Beifall bei der SPD)

Das Gleiche gilt übrigens für Familienfreundlichkeit, mit der Sie auch nichts am Hut haben. Diese Dinge machen

A unser Image aus. Sie sind doch sonst – gerade Sie vom Senat und auch einige in der Fraktion – so markenversessen. Warum sind Sie hier eigentlich so blind? Unsere Marke heißt doch nicht "Posemuckel", unsere Marke heißt "Weltoffenheit und Toleranz".

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Diese Marke pflegt man nicht, indem man versucht, Abschiebeweltmeister zu werden. Das passt vielleicht nach Bayern, Herr Nagel. Man pflegt sie auch nicht, indem man das Senatsamt für die Gleichstellung auflöst, und man pflegt sie schon gar nicht, wenn man die Hamburger Ehe abschafft.

Unser Image können wir nur pflegen, wenn wir uns aktiv für Gleichstellung einsetzen, wenn wir dagegen kämpfen, dass Lesben und Schwule diskriminiert werden, und nicht dafür, dass sie diskriminiert werden dürfen, wie durch Herrn Dr. Kusch.

(Beifall bei der GAL und *Lutz Kretschmann-Johannsen SPD*)

Ihre Bundesratsinitiative gegen das Antidiskriminierungsgesetz schadet deswegen Hamburg. Sie behaupten, das Antidiskriminierungsgesetz gefährde Arbeitsplätze. Ich sage Ihnen und der CDU, Diskriminierung schafft jedenfalls keine Jobs. Ob es Ihnen gefällt oder nicht, Herr Dr. Kusch, Sie, Herr von Beust, und dieser Senat stehen für die Verhinderung von Gleichberechtigung. Sie haben nicht nur alle Anträge zur Verbesserung von Rechten von Lesben und Schwulen abgeschmettert, Sie haben auch keinerlei Initiativen gestartet, um das Landesrecht endlich anzupassen. Nur ein einziges Mal – sozusagen für einen lichten Moment – haben Sie sich zu einem ganz kleinen Schrittchen einer verschwindend geringen Verbesserung unter Auflagen durchringen können. Sie haben vorschlagen, dass Lebenspartner unter anderem im Erbschaftsteuerrecht gleichgestellt werden sollen. Aber selbst diese Regelung sollte erst nach fünf Jahren als eine Art Partnerschaftstest für Lesben und Schwule in Kraft treten.

Man fragt sich, welches Selbstbild Sie im Senat haben. Aber Ihre Initiative, diese Minireform, war so dilettantisch vorbereitet, dass Ihre eigenen Parteifreunde im Bundesrat sie zu Fall gebracht haben.

(*Viviane Spethmann CDU*: Das hätten Sie doch auch unterstützt!)

Wie peinlich. Seither verlegt sich dieser Senat wieder aufs Torpedieren guter Ideen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, noch haben Sie die Gelegenheit, Ihrer Verantwortung gerecht zu werden. Erklären Sie Ihren Stammwählern, warum dieses Land nicht weniger, sondern mehr Gleichberechtigung braucht. Verspielen Sie diese Chance nicht und selbst wenn Sie in der Gesellschaftspolitik lieber die alte provinzielle CDU bleiben wollen, dann geben Sie sich doch wenigstens aus Standortgründen einen Ruck. Spielen Sie nicht weiter den Reformverweigerer. Die Mehrheit der Menschen in dieser Stadt würde es begrüßen. – Danke.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält der Abgeordnete Heintze.

Roland Heintze CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Ihre intime Kenntnis der Union, Herr Müller, hat mich in den letzten Tagen mehrfach verwundert, wenn nicht sogar massiv irritiert. Was insbesondere ich mir in den letzten Tagen an Ratschlägen anhören durfte: Was man doch alles in der Union bewegen solle, wie man das machen müsse, wie man das am allerschnellsten bewegen könne und warum überhaupt und was denn noch nicht passiert sei. Das hat ein bisschen die Anmutung, als ob Sie konvertieren wollten und ich Ihnen das Feld vorbereiten sollte.

(*Katja Husen GAL*: Missverständnis!)

Das möchten wir nicht.

(Beifall bei der CDU)

Einen entscheidenden Punkt übersehen Sie: Mehrheit für Akzeptanz in der Bevölkerung und Mehrheit gegen Antidiskriminierung gerade in einer Stadt wie Hamburg bedeuten nicht unbedingt eine Mehrheit für die politischen Vorschläge von Rotgrün. Ich würde Sie bitten, diese Trennung zukünftig vorzunehmen. Wir nehmen sie vor.

(Beifall bei der CDU)

Auch wenn Ihnen die Trennung schwer fällt und obwohl Sie zu Ihrem eigenen Antrag in der Begründung hier nicht sehr viel gesagt haben, werde ich mir die Mühe machen, darauf einzugehen, weil ich nicht glaube, dass es mit dem Getöse, das Sie dort anzetteln, abgetan ist. Ich glaube auch nicht, dass es der Sache gerecht wird.

Sie fahren große Geschütze auf: Stillstand seit 2001, Hamburgs Initiative zur Stärkung der Rechtstellung von Lebenspartnerschaften wird als Gegenoffensive bezeichnet. Ich zitiere:

"Die Politik des Justizsenators ist zu verurteilen."

Viel Tamtam rechtzeitig zum CSD und dem einsetzenden Bundestagswahlkampf. Mehr bleibt nicht übrig. Das Timing stimmt, die Inhalte sind leider schlecht recherchiert und es mangelt an der notwendigen Tiefe. Schauen wir also in die Substanz.

(Zuruf von der GAL: Wir sind hier nicht in der Schule!)

Punkt eins: Sie sagen, wir müssen das Landesrecht dringend an das anpassen, was in Berlin passiert ist. Sie haben Recht, das räumt auch die CDU-Fraktion ein, es besteht spätestens seit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts Bedarf, auch landesgesetzgeberisch tätig zu werden. Dennoch – genau da folgen wir Ihnen nicht – sind wir gut in der Zeit. Unsere Maxime ist an der Stelle nicht, mediengerecht und rechtzeitig zu Events mit dem CSD mit einer Initiative hinauszugehen, die hinterher an handwerklichen Mängeln nur so krankt, sondern unser Ziel ist Rechtssicherheit für die Betroffenen und kein Aktionismus zum CSD. Von Rechtssicherheit, das wissen Sie selber genauso gut wie wir, sollte man immer erst dann reden, wenn der Gesetzgebungsprozess auf Bundesebene abgeschlossen ist. Herr Müller, das ist er nicht. Ihre eigene Fraktion weiß noch nicht einmal, ob sie mit der Initiative zum Lebenspartnerschaftsgesetz vielleicht noch einmal in den Bundesrat gehen möchte. Die SPD weiß nicht, ob sie mitziehen soll, man muss jetzt schnell auf Abstand kommen, man will Wahlen gewinnen. Alles in allem ist das, was in Berlin passiert, derzeit keine Rechtssicherheit.

C

D

A (Beifall bei der CDU)

Ich sage Ihnen persönlich eines und dafür lasse ich mich innerhalb der CDU-Fraktion auch gerne in die Pflicht nehmen: Wir werden uns nach den Wahlen, wenn klar ist, was die Bestandsaufnahme ergeben hat, wenn klar ist, wo wir alleine oder mit unserem Koalitionspartner FDP nachbessern werden, um die Umsetzung des Landesrechts kümmern. Ich bin sicher, wir werden zu einem guten Ergebnis kommen, was auch die Betroffenen, die Schwulen und die Lesben in dieser Stadt für sich als Ergebnis verbuchen können. An Ihrer Hektik rechtzeitig zum CSD werden wir uns nicht beteiligen.

(Beifall bei der CDU)

Punkt zwei: Unser Wirken im Bundesrat, Herr Müller – da wird es abenteuerlich. Der Senat hat gehandelt und hat mit seiner Initiative unter anderem die bundesweite Zuständigkeit der Standesämter und die Anpassung des Beamtenrechts gefordert. Er hat eine Angleichung beim Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuergesetz initiieren wollen und Sie, genauso wie Teile der Union – da gebe ich Ihnen Recht –, sind nicht mitgezogen. Wenn Sie es ernst meinten, würden Sie dieses Verhalten Hamburgs nicht als Gegenoffensive bezeichnen, sondern Sie würden hier ehrlich und offen sagen, es war ein guter Vorstoß – vielleicht mit Mängeln – und wir bedauern, dass die restlichen Bundesländer unter CDU-Regierung nicht mitgezogen haben. Das wäre ehrlich, das wäre auch meine Einschätzung und das ist auch die Einschätzung der CDU hier im Hause. Sonst hätte der Senat diese Initiative nicht gestartet. Auch hier springen Sie also auf Kosten des Populismus oder – zugespitzt – zugunsten des Populismus etwas zu kurz. Die Initiative war sicherlich nicht so schlecht, wie Sie sie hier machen. Ich persönlich bedauere es, dass die anderen Unionsländer nicht mitgezogen haben.

B

Drittens: Unsere Initiative gegen das Antidiskriminierungsgesetz ist der nächste Punkt, den Sie anführen. Herr Müller – da muss ich auch den Kollegen der SPD zu ihrem Antrag widersprechen –, wir glauben, dass die Initiative gegen das Antidiskriminierungsgesetz richtig ist, weil das beste Antidiskriminierungsgesetz nichts hilft, wenn damit Beschäftigung verhindert wird. Das habe ich mir nicht ausgedacht, sondern das ist ein Zitat von Herrn Schartau und Herr Schartau ist sicherlich kein Rechter in der SPD, der gegen gesellschaftspolitische Veränderungen steht. Ja, wir brauchen einen wirkungsvollen Schutz vor Antidiskriminierung, ja, wir stehen zu dem, was die EU von Deutschland abfordert. Nein, wir stehen nicht zu der Regelungswut, die Sie mit Ihrem Antidiskriminierungsgesetz auslösen und womit Sie Deutschland überziehen wollen. Da muss nachgebessert werden.

(Beifall bei der CDU)

Jetzt kommen wir zu dem vierten Punkt und da waren Sie wieder etwas kurzsichtig bei der Lektüre Ihrer Unterlagen. Kürzungen für Coming-out-Projekte, lese ich da. Die müssen Sie mir zeigen. Worüber wir sicherlich hart diskutiert haben, ist über die Kürzung im Bereich der Gesundheitsprävention. Richtig, das betrifft auch Aids-Projekte. Daraus kann man ableiten, dass das auch Träger betrifft, die im Bereich Bewusstseinsbildung und Stärkung von Schwulen und Lesben in ihrer Entwicklung aktiv sind. Aber Kürzungen bei Coming-out-Projekten kann ich an der Stelle beim besten Willen nicht herauslesen. Ich sage Ihnen, der Kernbereich der Aids-Prävention bleibt erhalten.

C

ten. Wir diskutieren im Moment mit den Trägern, wie wir die Kürzungen umsetzen, aber wir sind in dieser Frage aus Sicht der Fraktion am Limit und sicherlich nicht glücklich, dass wir an dieser Stelle kürzen müssen und werden auch nicht weiter kürzen. Da ist der Widerstand inzwischen groß genug, aber machen Sie bitte nicht aus Kürzungen bei Gesundheitspräventionsprojekten Kürzungen in Coming-out-Projekten. Das ist ein bisschen zu einfach gesprungen, Herr Müller, und das wissen Sie auch selbst.

(Beifall bei der CDU)

Spannend wird es, wenn wir in Ihre Deckungsvorschläge gucken. Neulich haben Sie lapidar gesagt, da kürzt die CDU und ich hätte sofort in einer halben Stunde die Deckung gebracht, um dort nicht zu kürzen. Ich habe mir Ihren Deckungsvorschlag angesehen und ich bin ein bisschen irritiert. Wenn man nämlich in die Drucksache 18/1370 schaut, stellt man fest, dass darin nicht viel zu einem konstruktiven Deckungsvorschlag zu finden ist und schon gar nicht zu Deckungsvorschlägen, die Gelder für Coming-out-Projekte betreffen. Sie wollen nämlich in einen Titel absenken, der in der Behörde auch für Informationsmaterial zur Aids-Prävention ausgegeben wird. Bei aller Liebe, hier spielen Sie ein Doppelspiel. Sie müssen aufpassen, was Sie in Ihre Anträge schreiben. Ihre Drucksachen geben das auf jeden Fall nicht her.

(Beifall bei der CDU)

D

In dem Antrag wird im Prinzip das fortgeschrieben, was Rotgrün auf Bundesebene ein Stück weit auszeichnet: handwerkliche Fehler, aus der Hektik heraus Effekte erzielen zu müssen. Ich bin mir auch sicher und Sie dürfen mir die Authentizität abnehmen, es kommt in großen Teilen auch so bei der Zielgruppe an. Das habe ich mir jetzt nicht ausgedacht, sondern das haben in den letzten Tagen die Gespräche ergeben. Sie waren selber auf den Veranstaltungen dabei, wo dies diskutiert wurde.

(Michael Neumann SPD: Zuletzt gestern bei uns!)

– Ja, zuletzt gestern beim SPD-Empfang.

Nichtsdestotrotz glauben auch wir, dass es Anpassungsbedarf für das Lebenspartnerschaftsgesetz an das Bundesrecht gibt. Wir glauben, nur noch nicht jetzt. Deswegen werden die Anträge ablehnen. Wir glauben nicht, dass das Antidiskriminierungsgesetz so wie Sie es gerne hätten durchgehen sollte. Deswegen auch hier Ablehnung von GAL- und SPD-Antrag. Es gibt aus unserer Sicht keinen Grund, den Justizsenator für seine Politik in den letzten Jahren zu kritisieren, sondern, ich glaube, er hat als Justizsenator gute Politik für die Stadt gemacht, und zwar eine gute Politik für alle Menschen in dieser Stadt.

(Beifall bei der CDU)

Wir stimmen beiden Anträgen nicht zu. Gestatten Sie mir nach dieser inhaltlichen Auseinandersetzung mit Ihrem Antrag noch eine persönliche Anmerkung. Ich glaube nicht, dass man Akzeptanz verordnen kann und schon gar nicht zum CSD, sondern, ich glaube, wir brauchen eine breite gesellschaftliche Unterstützung und Diskussion. Ich gebe Ihnen auch Recht, wir brauchen weiter Überzeugungsarbeit, wir brauchen Überzeugungsarbeit in den Volksparteien – da haben Sie es als Grüne ein Stück weit einfacher –, aber diese Überzeugungsarbeit muss durchgeführt werden, denn sonst bleibt alles Papierigerei

A und Makulatur. Wir haben an dieser Stelle einen anderen Ansatz, aber wir sind auf einem guten Weg.

Die CDU-Fraktion wird sich selbstverständlich an einer Überzeugungsarbeit beteiligen, das lassen Sie mich abschließend sagen. Sie wird ihren Ausdruck in dem finden, was wir parlamentarisch auf den Weg bringen und was wir für Hamburg im Bereich Lebenspartnerschaftsgesetz an Ausführungsgesetzen planen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält der Abgeordnete Kretschmann-Johannsen.

Lutz Kretschmann-Johannsen SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Heintze, Sie müssten es eigentlich besser wissen. Was ist das MHC, das Magnus Hirschfeld Centrum? Macht das keine Coming-out-Hilfen? Vielleicht müssten Sie einmal dort hingehen. Sie sind doch selber schwul, Sie sollten vielleicht einmal vorbeischauen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und der GAL)

Hamburg feiert dieses Jahr 25 Jahre CSD, Christopher-Street-Day. Die Erfolge dieses schwul-lesbischen Kampfes um die Anerkennung für Gleichberechtigung, für Gleichstellung sind ganz klar nicht von der Hand zu weisen. Vor 25 Jahren haben es sich viele nicht erträumt, was heute getan worden ist. Viele Menschen haben sich dafür engagiert. Denen gehört Danke gesagt.

(Beifall bei Michael Neumann SPD)

B Sie nehmen das gerne alles mit, das haben Sie auch am Freitag auf der GAL-Veranstaltung gesagt. Das ist ja alles Klasse und schön, aber Sie selber tun im Endeffekt nichts dafür und das ist Mist, um das einmal so auszudrücken.

(*Wolfhard Ploog CDU*: Hauen Sie mal nicht so auf den Putz hier!)

Hamburg hat sich auf diesem Gebiet als Vorreiter bewiesen, egal ob man sich den Aufbau von Hilfeeinrichtungen wie das MHC, das wir eben schon erwähnt haben, oder das Rechtsinstitut der Hamburger Ehe ansieht. Das scheint seit dem Regierungswechsel 2001 vorbei zu sein, wenn man sich die Bilanz des Senats in Sachen Gleichstellung einmal anschaut.

Am 29. Oktober letzten Jahres beschloss der Bundestag das Gesetz zur Überarbeitung des Lebenspartnerschaftsrechts. Kurz darauf war im Presseecho immer wieder ein Name zu finden, es war der Name von Senator Kusch. Er weiß es selber, es war ihm bestimmt nicht recht. Der Bürgermeister ist leider wieder bei einer solchen Debatte nicht dabei. Sein Senator hat mit seinen Äußerungen beispielsweise zur Einführung des Verlöbnisses für Lesben und Schwule auch der wohlmeinendsten Presse gezeigt, dass es ihm in Wirklichkeit gar nicht um die Gleichstellung von Lesben und Schwulen geht. Senator Kusch will keine Gleichstellung von Lesben und Schwulen, denn er hat Bedenken, die sich stets im Bereich des Rechtsmissbrauchs bewegen. Das ist auch schon bei seiner Bundesratsinitiative deutlich geworden. Um Missbrauch zu vermeiden, so die Begründung, sollte eine Gleichstellung im Erbschaftsrecht für Lebenspartnerschaften erst nach fünf Jahren erfolgen. Diese Verdachtsmomente sind unerträglich, unangebracht und diskriminierend. Stellen Sie sich das als Heteropartner

vor. Sie sollten auf einmal fünf Jahre warten? Da sagen Sie doch auch, der hat den Schuss nicht gehört. C

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und der GAL)

Sie, verehrte Kollegen der CDU-Fraktion, haben sicherlich nicht erst seit heute Bauschmerzen mit Ihrem Justizsenator. Sie sollten endlich Farbe bekennen. Ihr Senator kann dies scheinbar nur auf einer Malerleinwand.

(*Robert Heinemann CDU*: Unter Ihrem Niveau!)

– Ja, ganz locker.

Kollege Heintze sollte dem Bürgermeister und seinem Senator einmal erklären, was im Grundsatzprogramm der Lesben und Schwulen in der Union steht, deren Bundesvorsitzender er ist. Da steht unter der Überschrift "Schutz von Lebensgemeinschaften" geschrieben:

"..., die Voraussetzung und Grundbestandteil einer freien, verantwortlichen Gesellschaft sind: Liebe und Vertrauen, Toleranz und Rücksichtnahme, Opferbereitschaft und Mitverantwortung, Selbstständigkeit und Mündigkeit."

Dem kann man sich nur anschließen. Dabei kommt die Frage auf, ob der Bürgermeister und Senator Kusch das auch können. Sie sollten endlich zeigen, für wie mündig und gleichberechtigt sie Frauen und Männer halten, die eine Lebenspartnerschaft eingehen, und aufhören, ständig zurückzurudern, wenn es konkret darum geht, mehr Rechte für Lesben und Schwule durchzusetzen.

(*Wolfhard Ploog CDU*: Zum CSD hat er noch nichts gesagt!)

In der letzten Zeit ist es ziemlich still um das gleichstellungspolitische Engagement des Senats geworden, obwohl er sich dieses auf die Fahnen geschrieben hat: vorwärts und nicht rückwärts, gleiche Rechte für Lebenspartnerschaften. Deutliche Engagements auf diesem Felde können Sie sich jedenfalls nicht auf die Fahne schreiben. D

Im Sinne der von Ihnen immer wieder propagierten wachsenden Stadt muss die immer größer werdende Akzeptanz von Lebenspartnerschaften in der Gesellschaft anerkannt werden. Mit der Umsetzung des Lebenspartnerschaftsgesetzes in hamburgisches Landesrecht könnte man Hamburg und der Republik zeigen, wie fortschrittlich dieser Senat sein könnte oder vielleicht sogar ist. Das Bundesverfassungsgericht steht dem jedenfalls nicht im Wege. Die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Hamburg sind Ihnen, werte Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion, weit voraus. Ihre Partei, Ihre Fraktion und dieser Senat sind es, die einer gesellschaftlichen Entwicklung hinterherhinken. Lösen Sie sich von den realitätsfernen Versuchen, Gleichstellung voranzutreiben. Herr Senator Kusch, machen Sie Nägel mit Köpfen, nachdem Sie mit Ihrer Bundesratsinitiative von den eigenen Parteifreunden abgewatscht worden sind. Geben Sie sich einen Schubs, gehen Sie jetzt einmal richtig heran, machen Sie etwas Gutes, dann sind wir die Letzten, die nicht sagen würden: Das war toll! Ganz im Gegenteil. Erkennen Sie die gesellschaftlichen Realitäten an. Die Zustimmung zu diesem Antrag wäre ein erster Schritt. Bei weiteren Schritten ist Ihnen die Opposition gern behilflich. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

- A **Vizepräsidentin Bettina Bliebenich:** Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Zunächst zum SPD-Antrag aus der Drucksache 18/2378. Wer stimmt einer Überweisung dieser Drucksache an den Rechtsausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit abgelehnt.

Dann lasse ich in der Sache abstimmen. Wer möchte den Antrag aus der Drucksache 18/2378 annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit abgelehnt.

Wer möchte den GAL-Antrag aus der Drucksache 18/2317 beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit abgelehnt.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 20, Drucksache 18/2288, Bericht des Innenausschusses zu den Themen: Sicher im Rechtsstaat – Novellierung des Hamburgischen SOG und des Gesetzes über die Datenverarbeitung der Polizei und Entwurf eines Gesetzes zur Erhöhung der öffentlichen Sicherheit in Hamburg.

[Bericht des Innenausschusses gemeinsam mit dem mitberatenden Rechtsausschuss über die Drucksachen 18/1110: Sicher im Rechtsstaat – Novellierung des Hamburgischen SOG und PoIDVG (SPD-Antrag) 18/1487: Entwurf eines Gesetzes zur Erhöhung der öffentlichen Sicherheit in Hamburg (Senatsvorlage) – Drucksache 18/2288 –]

- B Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 18/2379 ein Antrag der SPD-Fraktion vor.

[Antrag der Fraktion der SPD: Sicher im Rechtsstaat – Novellierung des Hamburgischen SOG und PoIDVG – Drucksache 18/2379 –]

Wer wünscht das Wort? – Herr Ahlhaus.

Christoph Ahlhaus CDU: Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Mit der Beschlussfassung über ein neues Polizeirecht für Hamburg werden wir heute nach nur einem Jahr alleiniger Regierungsverantwortung der CDU das erreichen, worum sich SPD-geführte Senate über Jahrzehnte nicht gekümmert haben.

(Beifall bei der CDU – *Dr. Andreas Dressel SPD: Die alte Leier!*)

Wir schaffen die Voraussetzungen für eine moderne Polizeiarbeit und damit für mehr Sicherheit in unserer wachsenden Stadt.

(*Michael Neumann SPD: Endlich mal wieder "wachsende Stadt"! – Dr. Andreas Dressel SPD: Wachsende Kriminalität!*)

– Wachsende Stadt, lieber Herr Neumann, heißt auch wachsende Sicherheit.

Deshalb heißt es im Regierungsprogramm zur wachsenden Stadt – ich zitiere –:

"Innere Sicherheit bleibt auch in Zukunft Priorität unseres Regierungshandelns."

Weiter heißt es:

"Das Ziel der sicheren Stadt macht in einigen Bereichen eine Verbesserung der polizeilichen Eingriffsbefugnisse erforderlich."

C

Genau danach handeln wir. Nach einer deutlichen personellen Aufstockung und einer erheblich verbesserten materiellen Ausstattung der Hamburger Polizei werden wir mit der heutigen Beschlussfassung nun das dritte wichtige Ziel erreichen: bessere rechtliche Rahmenbedingungen für die schwierige Arbeit unserer Polizistinnen und Polizisten.

(*Gesine Dräger SPD: Das wüssten die aber!*)

Dank des konsequenten Vorantreibens dieser Novelle durch unseren Innensenator Udo Nagel werden wir in Kürze ein modernes und effizientes Polizeirecht haben, das dem Sicherheitsbedürfnis unserer Bürgerinnen und Bürger entspricht und dennoch – trotz mancher gegenläufiger Kritik – der liberalen Tradition unserer Hansestadt sehr gut zu Gesicht steht.

(Beifall bei der CDU)

Ihnen, Herr Senator Nagel, und den daran beteiligten Mitarbeitern bei Polizei und Innenbehörde möchte ich deshalb im Namen der CDU-Fraktion Respekt und Dank für die hervorragend geleistete Arbeit sagen.

(Beifall bei der CDU)

Ich bin mir sicher, unser neues Polizeirecht kann sich sehen lassen und wird auch für andere Bundesländer ein Vorbild sein, denn die Leitlinie für diese Novellierung war für uns immer: Wer sich an Recht und Gesetz hält, bekommt mehr Sicherheit; wer sich allerdings danebenbenimmt, wird künftig auch konsequenter als bisher zur Rechenschaft gezogen werden.

(*Klaus-Peter Hesse CDU: So ist das!*)

Das ist CDU-Politik, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Mit dem neuen Polizeirecht schließen wir nicht nur Lücken, die sich nach 40 Jahren Vernachlässigung dieses Themas bei der Inneren Sicherheit aufgestaut hatten, wir reagieren auch unmittelbar auf aktuelle Veränderungen, sei es im Verhalten gefahrenverdächtiger Personen, sei es aufgrund von Gerichtsentscheidungen oder aufgrund der rasanten technischen Weiterentwicklung insbesondere im Bereich der Telekommunikation. Der Schwerpunkt der Gesetzesänderung liegt bei verbesserten Eingriffsgrundlagen für die Polizei und einer erheblich verbesserten Rechtsicherheit für die handelnden Beamten. Das ist wichtig. Die Hamburger CDU steht zu unserer Polizei, auch das kommt durch das neue Polizeirecht deutlich zum Ausdruck.

(Beifall bei der CDU)

Das neue Polizeirecht ist somit ein wichtiger Baustein für weiterhin erfolgreiche Polizeiarbeit. Die Erfolge bei der Kriminalitätsbekämpfung in Hamburg – Sie alle wissen das – können sich sehen lassen, wie der aktuelle Vergleich der Kriminalitätsbelastung in deutschen Großstädten zeigt. 10 000 Straftaten weniger in Hamburg sind hierfür ein eindrucksvoller Beleg.

(Beifall bei der CDU – *Dr. Andreas Dressel SPD: Dann brauchen wir doch gar kein neues Gesetz!*)

A Aber wir wollen nicht nur Hauptstadt der Verbrechensbekämpfung, sondern auch Hauptstadt der Verbrechensverhinderung sein. Wir halten daran fest, der Polizei einen möglichst großen Handlungsspielraum zur Verfügung zu stellen. Sie muss auch für den schlimmsten Fall gerüstet sein und dafür haben wir jetzt gesorgt. Dabei ist sich die CDU-Fraktion hundertprozentig sicher, dass die Beamten im Rahmen ihres Ermessensspielraumes verantwortungsbewusst mit Ihrem neuen täglichen Instrumentarium und Handwerkszeug umgehen werden. Wir haben Vertrauen in unsere Polizei.

In den Beratungen der letzten Monate hat sich an einigen Stellen allerdings gezeigt, dass SPD und GAL dieses Vertrauen in die Hamburger Polizei offensichtlich nicht haben und deshalb einige Änderungen, die wir vorschlagen, nicht mittragen wollen. Da ist von Polizei- und Überwachungsstaat die Rede, von einem Übermaß an überzogenen und verfassungsrechtlich bedenklichen Eingriffsbefugnissen für den einzelnen Polizisten. Meine Bitte an die Opposition: Hören Sie auf mit diesem Quatsch, an den Sie selbst nicht glauben. Verunsichern Sie nicht die Menschen in unserer Stadt,

(Beifall bei der CDU)

sondern arbeiten Sie mit für mehr Sicherheit für alle Hamburgerinnen und Hamburger.

Gleichwohl möchte ich mich bei allen Beteiligten für die im Großen und Ganzen außerordentlich konstruktive Atmosphäre der Beratungen im Innen- und Rechtsausschuss bedanken. Mein ausdrücklicher Dank gilt dabei auch dem Hamburger Datenschutzbeauftragten, Herrn Lubomierski, Herrn Dr. Wollweber und deren Mitarbeitern.

B Eine Vielzahl der Vorschläge, die aus diesem Bereich gekommen sind, sind in den abschließenden Entwurf eingeflossen. Ich sage aber auch, wenn einzelne Punkte nicht übernommen worden sind, so handelt es sich um bewusste politische Entscheidungen. Ich kann mit der geäußerten Kritik gut leben, denn ich weiß, dass wir uns in dem von der Verfassung vorgegebenen Rahmen bewegen. Ich sage aber auch, wenn es um die Sicherheit der Menschen in unserer Stadt geht, müssen wir diesen engen verfassungsrechtlichen Rahmen eines Rechtsstaates auch ausschöpfen. Ich sage deshalb ganz klar: Im Zweifel für die Sicherheit. Das ist die politische Priorität der CDU.

(Beifall bei der CDU – Michael Neumann SPD: Das ist ein Wort für Arbeitsplätze!)

– Das auch, Herr Neumann. Das schließt sich ja nicht aus, bei Ihnen vielleicht, aber uns nicht.

Schade nur, dass es der SPD offensichtlich nicht gelungen ist, nach Jahrzehntelangen Versäumnissen den von vielen Beteiligten – auch von Ihnen, Herr Neumann – angekündigten Kurswechsel bei der Inneren Sicherheit nun auch zu vollziehen. Wo ist er denn? Wo ist Ihr Beitrag für mehr Sicherheit in Hamburg?

(Dr. Andreas Dressel SPD: Hier!)

Ihr Alternativvorschlag – genau, Herr Dr. Dressel hält ihn hoch – ist dort, wo er gut ist – und diese Stellen gibt es – von uns abgeschrieben. In den anderen Punkten lässt er den Mut zum Kurswechsel doch deutlich vermissen.

Die GAL, muss ich leider feststellen, hat in Sachen Innere Sicherheit nichts hinzugelernt, auch nicht nach dem 11. September 2001.

(Dr. Willfried Maier GAL: Die ist immer noch für Freiheit!) C

Sie hat weiter ein ideologisches Problem mit unserer Polizei und der Inneren Sicherheit insgesamt. Dies haben unsere Polizeibeamten in Hamburg jahrelang zu spüren bekommen. Ich sage, wem der Schutz der Daten des Straftäters oder des Tatverdächtigen mehr wert ist als die Sicherheit unserer Bürger, der ist ein sicherheitspolitischer Totalausfall.

(Beifall bei der CDU)

Die CDU zeigt heute eindrucksvoll, dass sie die Partei der Inneren Sicherheit ist. Wir werden dafür sorgen, dass Hamburg auch bei diesem Thema künftig nicht mehr Nachzügler, sondern Vorreiter sein wird. Gerade in einer Millionenmetropole Hamburg brauchen wir klare Regelungen, Konsequenz bei der Umsetzung und kein Zaudern und Lamentieren. Dafür steht unser Innensenator und dafür gebührt ihm herzlicher Dank.

(Beifall bei der CDU)

Wir werden auch weiterhin auf unsere klare politische Linie setzen und die Polizeirechtsnovelle in der vorgelegten Form beschließen. Die Praxis und die Zukunft werden dabei zeigen – davon bin ich überzeugt –, dass wir auch die sicherheitspolitischen Weichen für die wachsende Metropole Hamburg richtig gestellt haben.

Liebe Freunde, Meine Damen und Herren von der Opposition, geben Sie sich einen Ruck und stimmen Sie mit uns für mehr Sicherheit für die Menschen in unserer Stadt. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU) D

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort erhält der Abgeordnete Dressel.

Dr. Andreas Dressel SPD: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Nach den vielen, aber doch wenig berechtigten Superlativen, die der Kollege Ahlhaus hier ausgebreitet hat, muss ich etwas Wasser in den Wein gießen. Vor allem diese alte Leier, wir würden der Polizei misstrauen, ist nun wirklich von vorgestern und absoluter Quatsch.

(Wolfhard Ploog CDU: Sie haben doch die Polizeikommission damals eingesetzt!)

Wenn man sich die ganze Beratung zum Polizeigesetz anguckt, wird man genau das Gegenteil feststellen: Wir haben sehr wohl Vertrauen in unsere Hamburger Polizei.

(Beifall bei der SPD)

Auch dieser Abschreibenvorwurf ist an Lächerlichkeit nicht zu überbieten, denn es war unser Entwurf, der vor Ihrem da war. Deshalb richtet sich dieser Vorwurf eindeutig gegen Sie selbst.

(Beifall bei der SPD)

Aber ob die Begeisterung der Polizistinnen und Polizisten in unserer Stadt ob dieses neuen Gesetzes so groß ist, Herr Ahlhaus, wie Sie es hier skizzieren haben, muss arg bezweifelt werden, denn ich glaube, statt mehr Unterbindungsgewahrsam hätten die Polizistinnen und Polizisten gern eine Unterbindung weiterer Überstunden, eine Unterbindung der Eigenbeteiligung bei der freien Heilfürsorge und eine Unterbindung der ...

A (Christoph Ahlhaus CDU: Thema!)

– Sie haben doch zu solchen Punkten auch gesagt, Sie hätten hier ein großes Bild der Inneren Sicherheit entworfen. Deshalb gehört es zu dieser Wahrheit, dass Sie gleichzeitig bei der Polizei kürzen und versuchen, das Polizeigesetz hier als Manöver zur Ablenkung von Ihren Sparmaßnahmen zu inszenieren.

(Beifall bei der SPD und bei Jens Kerstan GAL)

Dieser Versuch ist fehlgeschlagen, was man auch an der Diskussion der letzten Tage über Überstunden und so weiter auch sehen kann. Doch auch die Beratungen der letzten sechs Monate haben Fehl- und Rückschläge für Sie bedeutet. Dazu, Kollege Ahlhaus, haben Sie natürlich nichts gesagt. Auch zu solchen Details, die hier logischerweise noch einmal erörtert werden müssen, haben Sie wohlweislich geschwiegen. Über das alles wurde ein großer Mantel gezogen.

Stichwort präventive Telefonüberwachung: Hier haben Sie als CDU-Fraktion und Senat ein wirklich peinliches Schauspiel geboten. Erst wurden große Töne gespuckt, und zwar auch gerade von Ihnen, Kollege Ahlhaus. Sie haben sich noch letzten Sommer zu der Behauptung verstiegen,

"Wer hier Einschränkungen verlangt, versündigt sich an der Inneren Sicherheit der Menschen unserer Stadt."

Na, Herr Ahlhaus, was ist denn jetzt aus dieser Einladung vom letzten Jahr geworden? Da sind Sie wohl von der Wirklichkeit eingeholt worden.

(Beifall bei der SPD und bei Christiane Blömeke und Jens Kerstan, beide GAL)

Und da ich es nicht besser formulieren kann, erlaube ich mir, hierzu aus einem "Welt"-Leserbrief Ihres schlechten Gewissens in Sachen Innerer Sicherheit – die Rede ist von Ihrem Neu-Parteigänger und ehemaligen Innensenator und ehemaligen Chef, Herr Nagel, nämlich dem Senator a. D. Dirk Nockemann – zu zitieren, der nämlich in der "Welt" am 7. April 2005 zum Rückzieher in Sachen Telefonüberwachung zu sagen hatte:

"Nun kommt der Rückzieher mit der Begründung auf ein laufendes Verfahren vor dem Verfassungsgericht. Dieses Verfahren aber war aber den Experten der Innenbehörde seit Monaten bekannt. Hielten sie es in Bezug auf den Gesetzentwurf für ein Hindernis, wäre es grob fahrlässig gewesen, den Entwurf mit dieser Regelung in die Abstimmung zu geben. War die Abwaltung hingegen zugunsten der nun gestoppten Regelung ausgefallen, wäre der Rückzieher peinlicher Dilettantismus."

Dem ist ausnahmsweise, selbst angesichts Herrn Nockemanns, nichts hinzuzufügen.

Für uns war immer klar, dass wir in die Telekommunikation eingreifen können, wenn es um die Abwehr von Lebensgefahr geht, aber zur vorbeugenden Straftatenbekämpfung nicht. Deshalb legen Sie hier und heute Ihre übersteigerten Überwachungsphantasien ad acta und beerdigen Sie diesen Punkt. Nehmen sie endgültig davon Abstand, was die Telefonüberwachung zur vorbeugenden Verbrechensbekämpfung angeht.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL – Christoph Ahlhaus CDU: Sie haben das immer noch nicht verstanden!)

C Das wird Ihnen das Verfassungsgericht ja noch einmal schwarz auf weiß geben und dann werden Sie endgültig zur Einsicht kommen.

Zur Frage der Videoüberwachung: Darüber haben wir auch intensiv gestritten und diskutiert, da nämlich Ihr Gesetzentwurf die Videoüberwachung faktisch der ganzen Stadt erlaubt, denn an jedem Ort in der Stadt werden mindestens zwei Straftaten begangen und das ist Ihr gesetzlicher Maßstab. Das ist quasi an jeder Straßenkreuzung der Fall. Dies haben wir und der Datenschutzbeauftragte Ihnen nachweisen können. Die Kollegin Spethmann hatte dann noch gesagt, na, mal gucken, ob wir da noch eine Präzisierung vorlegen. Wo ist denn diese Präzisierung? Es ist weiterhin das an dieser Stelle uferlose Gesetz. Das verstehe ich deshalb nicht, weil wir uns ja im Prinzip darüber einig sind, dass wir an wenigen, ausgewählten Kriminalitätsbrennpunkten im Rahmen eines Gesamtkonzeptes die Videoüberwachung wollen. Aber warum schreiben Sie das nicht in das Gesetz, sondern erlauben faktisch big brother in der ganzen Stadt? Das geht eindeutig zu weit.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL – Christoph Ahlhaus CDU: Sagen Sie doch, dass Sie nicht mehr Sicherheit in der Stadt wollen!)

D Ein weiteres Stichwort: der finale Rettungsschuss. Es ist sicherlich gut, dass wir als SPD und CDU, von einigen Formulierungsdetails abgesehen, einig sind, dass wir dieses unter strikten Voraussetzungen regeln wollen und müssen. Das ist natürlich der schwerste Eingriff überhaupt, den man sich vorstellen kann, den wir heute hier in der Bürgerschaft mit beschließen. Dazu eine Anmerkung an die GAL-Fraktion: Wir finden es sehr schade, dass sich die GAL von den rechtstaatlichen Argumenten, die alle dafür sprechen, dieses auch wirklich im Gesetz zu regeln, nicht hat überzeugen lassen.

(Beifall bei der CDU)

– Die Frage ist, ob Sie jetzt gleich noch weiterklatzen, denn jetzt geht es um die Frage, wie der Innensenator dazu steht.

Wir haben im Innenausschuss sehr intensiv über die Frage gesprochen. Da haben Sie, Herr Nagel, leider offenbart, dass Sie da Ihren eigenen Gesetzentwurf nicht richtig kennen. Uns war immer klar – und das steht an dieser Stelle in der Gesetzesbegründung –, dass es nur funktioniert, wenn der Polizist in Ausübung seiner Gewissensentscheidung der Letztentscheidende in der Frage des finalen Rettungsschusses ist. An dieser Stelle, Herr Nagel, haben Sie für reichlich Verwirrung gesorgt. Auch Ihre Relativierung danach hat wenig überzeugt. Deshalb möchte ich für die SPD-Fraktion die deutliche Mahnung aussprechen: Wir erwarten von Ihnen, Herr Nagel, dass Sie sich an die gesetzliche Wertung zu der Gewissensentscheidung des Polizisten halten. Eine polizeiliche Befehlskette in diesen Fällen, wo es um Leben oder Tod geht, verbietet sich, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Stichworte Unterbindungsgewahrsam und Aufenthaltsverbot: Beide Instrumente sind richtig und wichtig – wir haben sie auch in unseren beiden Entwürfen drin –, aber bitte in der richtigen Dosierung. Warum müssen wir denn da ohne einen realen Bezug in Grenzbereiche vordringen? Sie haben Polizeihalt von 14 Tagen vorgeschlagen, ohne wirklich Fälle benennen zu können, wo das tatsäch-

A lich notwendig sei. Das war der Senat in einer Anfrage nicht in der Lage darzulegen. Dann ist da noch der interessante Punkt, dass der Senat selbst in seinem ursprünglichen Entwurf zehn Tage vorgeschlagen hatte.

Der weitere Punkt: das Aufenthaltsverbot. Ein Jahr wird von Ihnen vorgeschlagen, während die Behörde selbst sechs Monate vorgeschlagen hat. Diese Vorschriften zeigen eindeutig, dass bei Ihnen zum Schluss nur noch die Hardliner die Feder geführt haben. Die Liberalität in dieser Stadt ist an dieser Stelle auf der Strecke geblieben.

Nicht alle Punkte kann und will ich ansprechen, aber diese Details mussten genannt werden. Positiv kann man sagen – das hat der Kollege Ahlhaus auch ausgeführt –, dass dies sicherlich eines der am intensivsten beratenen Gesetze ist, die wir in dieser Legislatur bewegen werden. Das ist sicherlich auch ein positiver Punkt für das Parlament. Negativ ist allerdings zu bemerken, dass die Bevölkerung zum Konsens fehlte. Dazu gucke ich noch einmal den Kollegen Warnholz an: Sie hatten vor der Bürgerschaftswahl vorgeschlagen zu sagen, das sei ein Thema, das so wichtig ist, das alle Bürgerinnen und Bürger und die Polizei betrifft, dass es hier im Konsens verabredet werden soll. Leider war dann später im Innenausschuss von dieser breiten Bereitschaft zum Konsens nichts mehr zu sehen.

(Karl-Heinz Warnholz CDU: Ihre Argumente waren nicht überzeugend!)

Es wäre wichtig gewesen, bei solch einer sensiblen Materie einen überparteilichen Konsens herbeizuführen. Das hätte dem Gesetz auch sehr gut angestanden. Wenn jetzt doch bei Ihrer Einlassung und dem, was Sie hier gesagt haben, die Einseitigkeit im Vordergrund steht, kann man sich ja noch einmal den Punkt Gewaltschutzinitiative angucken. Auch da haben wir einen Vorschlag gemacht. Dazu hatten Sie dann auch nichts weiter zu sagen. Das haben Sie ohne stichhaltige Begründung abgelehnt.

(Zuruf von Viviane Spethmann CDU)

– Dazu können Sie ja gleich noch einmal etwas sagen, Frau Spethmann.

Da war für uns jedenfalls klar, dass Opferschutz und Gewaltschutz – das ist ja bei Ihnen nichts Neues – leider bei diesem Senat nur in Sonntagsreden vorkommt.

Zum Abschluss noch zu unserem sozialdemokratischen Alternativentwurf. Er liegt ja in aktualisierter Fassung hier vor. Er markiert ganz deutlich – und das kann man auf jeder der 26 Seiten ablesen – den Kurswechsel der SPD bei der Inneren Sicherheit.

(Viviane Spethmann CDU: Alles halbherzig!)

– Das ist nicht halbherzig, sondern er untermauert das an bestimmten Punkten. Sie können es ja einmal mit Positionierungen vergleichen, die von der SPD in früheren Jahren vorgenommen worden sind. Da werden Sie sehen, hier hat der Kurswechsel in der Inneren Sicherheit stattgefunden. Deshalb sind wir als SPD-Fraktion stolz, dass wir diesen Entwurf eingebracht haben.

(Beifall bei der SPD)

Denn unser Entwurf – und das leistet Ihr Entwurf nämlich nicht – verbindet Freiheit und Sicherheit. Er sorgt dafür, dass die Bedürfnisse der Polizei und der Bürger auch mit der Liberalität unserer Stadt in Einklang gebracht werden.

C Diesen vernünftigen Ausgleich haben Sie nicht hingekriegt. Ihnen ging es nur darum, den CDU-internen Wettlauf um das schärfste Polizeigesetz zu gewinnen. Das kann nicht der Maßstab sein.

Herr Nagel, ein Punkt noch zum Schluss: Wie sagten Sie so schön verräterisch am 11. November 2004, als wir hier auch schon einmal über das Polizeigesetz diskutiert haben, auf den Zuruf meines Kollegen Neumann:

"Natürlich knackig, anders machen wir es nicht".

Wirklich seriöse, ausgewogene Innenpolitik sieht anders aus. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält die Abgeordnete Möller.

Antje Möller GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Kollege Ahlhaus, es ist jedes Mal wieder interessant, auf welche Art und Weise hier von der CDU die sicherheitspolitische Debatte geführt wird. Sie lassen sich überhaupt nicht auf das Thema ein, weder mit fachlichen Argumenten, noch treten Sie in die Auseinandersetzung mit den Argumenten, die von der SPD oder auch von uns vorgetragen werden. Sie sagen, die GAL habe ein ideologisches Problem oder, wechselweise, keine Ahnung vom Thema. Sie sagen, die SPD habe bei dem, was gut war, abgeschrieben, bei den anderen Sachen nicht. Aber auf das, was eigentlich unsere Aufgabe als Gesetzgeber ist, als Parlament, nämlich hier im Rahmen unserer Arbeit die Abwägungen vorzunehmen zwischen den – um es abstrakt zu sagen – Rechtsgütern, die geschützt, und denen, die eingeschränkt werden müssen, gehen Sie nicht ein. Das zeichnet Ihre Politik aus. Das ist auch das Fatale an Ihrer Politik.

(Beifall bei der GAL und bei Dr. Andreas Dressel SPD)

Wir als Parlament dürfen uns eben genau nicht darauf verlassen, dass die Exekutive, in diesem Fall also die Polizei, im Rahmen weit gefasster Gesetze diese Abwägung vornimmt. Das ist unsere ureigene Aufgabe.

(Christoph Ahlhaus CDU: Sie haben Angst vor der Polizei!)

– Ich habe keine Angst vor unserer Polizei, Herr Ahlhaus, ich habe hier die Aufgabe und die Pflicht als Parlamentarierin, die Abwägung vorzunehmen, und das verweigern Sie doch.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Es ist so lächerlich, dass Sie nie Kurve weg davon kriegen, zu sagen, die GAL habe im Prinzip Angst vor der Polizei und traue ihr auch nichts zu, während wir schon längst über politische Verantwortung reden und auch über politische Willkür. Da habe ich allerdings ganz große Sorgen. Die Möglichkeit, durch politische Willkür und politische Vorgaben die sachlichen Notwendigkeiten, die sich aufgrund der Entwicklung von Straftaten hier in Hamburg tatsächlich für Änderungen des Gesetzes ergeben könnten, lassen sie nämlich weg. Der politischen Willkür öffnen Sie Tür und Tor mit diesem Gesetz. Das ist das Problem.

(Beifall bei der GAL)

- A Sie sagen, Zitat von eben,
 "der Schutz der Daten des Straftäters"
 sei uns, so werfen Sie es uns vor,
 "mehr wert ... als die Sicherheit unserer Bürger".

Nach diesem Gesetz sind wir erst einmal grundsätzlich alle verdächtig. Sie haben völlig die Balance von persönlicher Freiheit und öffentlicher Sicherheit nach rechts gekippt. Sie haben ohne jeden Beleg für sachliche und fachliche – aus polizeilicher Sicht, wohlgemerkt – Notwendigkeit von Gesetzesverschärfung hier eine Gesetzesnovellierung in Gang gesetzt, in einem langen Verfahren, und dann an genau derselben Stelle enden lassen, an der wir sie angefangen haben, nämlich an der Verweigerung der Auseinandersetzung über die Abwägung der Rechtsgüter. Das ist das Problem. Sie sind keinen Schritt weiter gegangen. Der größte Teil der Daten – das muss man sich immer wieder deutlich machen –, die die Polizei erfasst und erfassen wird, betreffen völlig unbeteiligte Personen. Das Argument ist eben hierbei nicht, wer nichts zur verbergen habe, mache das doch auch alles nichts aus, sondern das rechtsstaatliche Argument ist ein ganz anderes: Es geht den Staat und in diesem Fall die Polizei nichts an, wo ich wann bin und warum schon gar nicht. Das sind die Grundlagen unseres Rechtsstaates, die Sie völlig verdrehen, wenn Sie mit dem Argument der Gefahrenabwehr oder mit diesem ominösen Datum "11. September 2001" das Vorgehen gegen Jedermann als grundsätzliches Recht auch noch durch dieses Parlament bestätigt sehen wollen.

(Beifall bei der GAL)

- B Das wird zum Beispiel an den verdachtsunabhängigen Kontrollen drastisch deutlich. Hier muss es so etwas wie "Lageerkenntnisse" geben. Aber Sie beziehen sich eben auf eine Lage, überhaupt nie auf die Personen, die Sie dort kontrollieren lassen wollen. Natürlich können diese das durch ihr Verhalten überhaupt nicht beeinflussen.

"Wer sich daneben benimmt",
 jetzt zitiere ich Sie wieder, Herr Ahlhaus,
 "muss dann eben die Konsequenzen ziehen."

Danebenbenehmen wird zwar hier im Parlament manchmal gerügt, ist aber in Wirklichkeit strafrechtlich nicht relevant.

(Beifall bei der GAL)

Wer Daten erheben will, muss begründen, warum. Das ist das, was das Bundesverfassungsgericht immer wieder sagt. Das sind die Vorgaben, auf die uns auch der Datenschutzbeauftragte hier in Hamburg und auch auf Bundes-ebene immer wieder hinweist. Sie haben überhaupt nichts von den differenzierten Bedenken aufgenommen, die wir in stunden-, ja tagelangen Sitzungen angehört haben. Am Beispiel der Videoüberwachung – Herr Dr. Dressel ist darauf eingegangen – wird es am deutlichsten, weil es sich am besten konkret belegen lässt: Der Umfang des Eingriffes und die Begründung dafür sollen eindeutig benannt sein. "Wiederholt Straftaten", das ist Ihre Begründung im Gesetz, also mindestens zwei, können Auslöser für eine Videoüberwachung sein. Das finden Sie nahezu flächendeckend in Hamburg. Das ist schon mehrfach gesagt, aber man kann es nicht deutlich genug sagen. Der Senator selbst benutzt ja immer diese Formulierung, "wiederholt Straftaten".

C Das heißt also "zwei". Es gibt keine engere Beschreibung des konkreten Anlasses, es gibt keine Einbindung in ein Konzept, das wir als Parlament diskutieren könnten, und es gibt auch nicht eine befristete Maßnahme oder eine klare Formulierung des finanziellen Aufwandes und so weiter. So ist Videoüberwachung eben gerade nicht parlamentarisch kontrollierbar. Der Eingriff in die Freiheitsrechte der Bürgerinnen und Bürger ist unverhältnismäßig groß, aber Sie wollen es genau so umsetzen.

(Beifall bei der GAL)

Sie wollen tatsächlich nichts weiter als das schärfste Gesetz der Republik. Sie wollen kein fachlich-sachlich, aufgrund von veränderten Kriminalitätslagen, aufgrund von veränderten Straffälligkeitsentwicklungen in Hamburg entwickeltes Gesetz, Sie wollen das schärfste Gesetz der Republik. Das sieht man an zwei weiteren Beispielen, der vierzehntägigen Ingewahrsamnahme – sie ist mitnichten fachlich begründet und sehr strittig diskutiert worden – und genauso das zwölfmonatige Aufenthaltsverbot. Ein anderes Beispiel: Elektro-Taser. In Wirklichkeit sollen in dieser Stadt zwei angeschafft werden. Das hätte man auf einer ganz anderen Ebene diskutieren können als in diesem sich öffentlich gut darstellen lassenden Zusammenhang, wie Sie es gemacht haben.

D Eine Abstimmung mit den Polizeigewerkschaften im Übrigen – das wurde ja auch bei der Anhörung der Experten deutlich – hat nicht stattgefunden. Dort kamen ganz klare, fachlich und aus der polizeilichen Arbeit heraus begründete Vorschläge. Diese haben Sie nicht aufgenommen und auch nicht ernst genommen.

Eine Petitesse zum Schluss: Interessant finde ich an dieser Diskussion um die aktuellen Daten der Inneren Sicherheit, die Sie ja immer gern einmal ins Spiel führen, dass Sie sie mit uns nicht mehr diskutieren wollen. Erst nachdem wir eben einen Fünf-Minuten-Beitrag zur Berichterstattung des Senates über die aktuellen Zahlen der PKS angemeldet haben, hat sich die CDU-Fraktion dann doch entschlossen, wenigstens unserem Überweisungsvorschlag zu folgen. Das nenne ich doch richtig mutig heran an die Zahlen. Aber es macht deutlich, dass Sie wirklich kein Interesse haben, tatsächlich auf einer sachlich-fachlichen Ebene die aktuelle Statistik oder die tatsächliche Entwicklung der Kriminalität in dieser Stadt zu diskutieren. Sie wollten das schärfste Polizeigesetz der Republik. Es geht bei Ihnen um Politik. Sie wollen tatsächlich Sicherheit auf Kosten der Freiheit, aber das nicht mit uns.

(Beifall bei der GAL)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält Senator Nagel.

Senator Udo Nagel: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Heute ist ein sehr guter Tag für Hamburgs Bürger,

(Beifall bei der CDU)

denn heute legen wir den Grundstein für noch mehr Sicherheit in Hamburg.

(Oh-Rufe bei der SPD)

Nach mehr als zehn Jahren des Stillstandes, was die Reform des Polizeirechtes angeht,

A (Michael Neumann SPD: Davon haben Sie vier auf dem Kerbholz!)

stehen wir kurz vor dem Ziel. Zwei aus den Neunzigerjahren geerbte Aufgaben werden damit gelöst werden, zum einen die dringend notwendige Personalverstärkung bei der Polizei und zum anderen das genauso dringend notwendige rechtliche Handwerkszeug. Hamburg wird endlich ein modernes und effektives Polizeirecht bekommen.

(Beifall bei der CDU)

Die Gesetzesvorlage, die in enger Zusammenarbeit zwischen Senat und Regierungsfraktion entstand, wird der Polizei die notwendigen Instrumente zur Gefahrenabwehr und zur Strafverfolgung geben. Genau diese Gesetzesvorlage berücksichtigt die neuen Herausforderungen der Verbrechensbekämpfung – Herausforderungen, denen sich unsere Polizei in Zukunft stellen muss und für die sie die notwendigen Instrumente braucht. Ich nenne als Stichworte die weltweite Bedrohung durch Terrorismus oder die verschiedenen Erscheinungsformen der organisierten Kriminalität. Ich nenne auch die technische Entwicklung, die zur Verbesserung der täglichen polizeilichen Arbeit beitragen kann. Ich nenne als weiteren Aspekt Großveranstaltungen wie die Fußballweltmeisterschaft im kommenden Jahr, für die wir mit dem neuen Polizeirecht noch besser gerüstet sein werden.

Bevor ich einige zentrale Änderungen aufgreife, lassen Sie mich auf die Beratungen der vergangenen Monate zurückblicken. Wir haben den Senatsentwurf in sechs langen Ausschusssitzungen sehr intensiv beraten. Natürlich gab es dabei rechtspolitisch an der einen oder anderen Stelle unterschiedliche Auffassungen. Das ist nun einmal so in Demokratien. Allerdings habe ich mich sehr gefreut, dass gerade die Sachverständigenanhörung, auf die heute auch schon mehrfach eingegangen wurde, gezeigt hat, dass der vom Senat vorgelegte Entwurf allen Anforderungen gerecht wird.

(Beifall bei der CDU)

Während dieser Diskussion wurde deutlich, dass das von einigen herbeigeredete, angebliche Spannungsverhältnis zwischen Freiheit und Sicherheit gar nicht existiert.

(Gesine Dräger SPD: Was für ein Blödsinn!)

Ich möchte mich in diesem Punkt ganz besonders an die GAL wenden: Hören Sie auf, einen Gegensatz zwischen Freiheit und Sicherheit zu konstruieren, den es so gar nicht gibt.

(Beifall bei der CDU)

Freiheit – und auch Ihre Freiheit, ich betone es – und die damit verbundene Lebensqualität wird durch professionell garantierte Sicherheit doch erst möglich.

(Beifall bei der CDU)

Lassen Sie mich einige zentrale Neuerungen aus dem Senatsentwurf herausgreifen. Ich will die Neuerungen an vier Themen deutlich machen. Das erste Thema: das Aufenthaltsverbot und die Höchstdauer der Ingewahrsamnahme. Aus guten Gründen haben wir das Aufenthaltsverbot ebenso wie die Höchstdauer der Ingewahrsamnahme ausgedehnt. Wer das kritisiert, dem empfehle ich einen Blick in die Praxis und die Rückkehr auf den Boden der Tatsachen.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Sie wollten doch weniger! Warum haben Sie vorher weniger vorgeschlagen?)

Wir haben nämlich drei Hauptzielgruppen vor Augen: einmal Drogendealer, zum Zweiten Hooligans und zum Dritten Täter aus dem Bereich der häuslichen Gewalt. Hier stellen wir mit dem neuen Polizeirecht sicher, dass wir Personen, die für Menschen unserer Stadt eine erhebliche Gefahr darstellen, von bestimmten Gebieten längere Zeit fernhalten können.

(Beifall bei der CDU)

Den Kritikern unserer Regelung sage ich noch einmal ganz deutlich: Ja, ich halte es für gerechtfertigt, im Rahmen unserer Verfassung auch Regelungen für schwerwiegende Einzelfälle zu haben. Es geht selbstverständlich nicht darum, jeden Menschen beliebig lange in Gewahrsam zu nehmen. Es geht vielmehr darum, auch in besonderen Ausnahmefällen die Bürger und Gäste unserer Stadt schützen zu können. Ich kann mir durchaus bestimmte Situationen vorstellen, in denen wir die Menschen längere Zeit – zum Beispiel während der Fußballweltmeisterschaft 2006 – vor gefährlichen Hooligans schützen müssen.

(Beifall bei der CDU)

Sie können sicher sein, dass unsere Polizei mit diesem Instrument sehr sorgfältig umgehen wird. Wer das aus rein weltanschaulichen Gründen bezweifelt, zweifelt auch am Verantwortungsbewusstsein unserer Hamburger Polizei und unserer Justiz.

Das zweite Stichwort: der finale Rettungsschuss. Diese Regelung ist für Hamburg längst überfällig. Es besteht nun endlich Rechtssicherheit bei dem denkbar schwiersten Eingriff. Ich freue mich, dass in diesem Punkt nunmehr auch Einvernehmen mit der SPD-Fraktion besteht.

Bei dieser Gelegenheit, Herr Dr. Dressel: Es besteht ja eigentlich in vielen Punkten Einvernehmen. Daher könnten Sie ja eigentlich dem wirklich modernen und professionellen Entwurf des Senates zustimmen.

(Beifall bei der CDU – Dr. Andreas Dressel SPD: Das hätten Sie gern!)

– Natürlich hätte ich das gern. Sie haben doch vorhin auch vom Konsens gesprochen.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Den Konsens haben Sie aber nicht gesucht!)

– Doch, doch.

Zum dritten Stichwort: der Einsatz moderner technischer Mittel zur Gefahrenabwehr. Wenn sich Straftäter modernster technischer Mittel bedienen, muss die Polizei in der Lage sein, ebenfalls adäquate technische Mittel zur Verhütung schwerer Straftaten zu nutzen. Als Beispiel nenne ich hier den Einsatz technischer Observationsysteme wie dem GPS, den Einsatz automatischer Kennzeichenlesegeräte, von Tasern und auch den Einsatz der präventiven Telefonüberwachung.

Gemeinsam mit der CDU-Fraktion haben wir beschlossen, zunächst auf einen Teil der TKÜ zu verzichten.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Verzichten Sie doch auf den Rest gänzlich!)

- A Das liegt daran – das wissen Sie auch –, dass sich zurzeit das Bundesverfassungsgericht mit der niedersächsischen Regelung beschäftigt.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Das wussten Sie doch schon vorher!)

Ich sage es aber hier und heute noch einmal ganz deutlich: Angesichts der neuen Formen der Bedrohung halte ich die präventive Telefonüberwachung nach wie vor für ein dringendes und notwendiges polizeiliches Mittel.

(Beifall bei der CDU)

Wir werden die Entscheidung des Gerichts abwarten, uns das Urteil sorgfältig anschauen und dann entscheiden, ob und wie wir die präventive TKÜ regeln können.

(Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe übernimmt den Vorsitz.)

Zum vierten und letzten Stichwort, nämlich zu den neuen Kontrollmöglichkeiten im öffentlichen Raum, und zwar insbesondere zur so genannten lageabhängigen Kontrolle – Frau Möller, ich lege Wert auf das Wort lageabhängig – und zur Videoüberwachung.

Zunächst zur lageabhängigen Kontrolle. Die Hamburger Polizei soll künftig die Möglichkeit erhalten, bei bestimmten Lageerkenntnissen solche Personen anzuhalten, die in das Lagebild passen, um ihre Identität feststellen zu können. Nicht mehr und nicht weniger. Was bedeutet dies in der Praxis? Wie sehen solche Lageerkenntnisse aus?

- B Dabei kann es sich beispielsweise um Einbrüche in einem bestimmten Gebiet, um eine Häufung von Gewaltdelikten zum Beispiel auf St. Pauli oder um Revierstreitigkeiten von Jugendgruppen handeln. Die lageabhängige Kontrolle ist für die Polizei das geeignete Instrument und sicherlich besser geeignet als populistische Messerstiche, Herr Dr. Dressel, mit praxisuntauglichen Regelungen und Verordnungen, die keiner kontrollieren kann.

(Beifall bei der CDU)

Zurück zur lageabhängigen Kontrolle. Nur bei bestimmten polizeilichen Lagen greift also die lageabhängige Kontrolle. Daher möchte ich an dieser Stelle auch noch ein Wort zu den dann und wann, einseitig und zum Teil bewusst irreführenden Darstellungen der letzten Zeit sagen.

Es geht eben nicht darum, dass jeder Bürger jederzeit an jedem Ort beliebig angehalten und zur Wache mitgenommen werden kann. Das verstößt gegen das Grundgesetz. Mit solchen Darstellungen werden bewusst Ängste geschürt, die jeder Grundlage entbehren. Wer wider besseres Wissen behauptet, in Hamburg gäbe es bald verdachtsunabhängige Kontrollen – Frau Möller, das haben Sie heute mehrfach gesagt

(*Dr. Till Steffen GAL*: Ich erkläre Ihnen gleich mal, wie das geht!)

und auch vor kurzem über Pressemitteilungen verbreiten lassen –, der handelt verantwortungslos. Jeder weiß, dass solche Kontrollen verfassungswidrig sind.

(Beifall bei der CDU – *Dr. Andreas Dressel SPD*: Das ist doch auch unstrittig!)

Kommen Sie doch endlich einmal in der Realität an. In manchen Bereichen ist Ihnen das doch schon gelungen.

Letzter Punkt: Videoüberwachung im öffentlichen Raum. Auch dazu wurde mancher Unsinn erzählt. Worum geht es wirklich? Wir wollen dort eine Videoüberwachung zum Schutz der Bevölkerung einsetzen, wo wiederholt Straftaten aufgetreten sind und mit weiteren Straftaten zu rechnen ist. Es geht um den Schutz der Bevölkerung, es geht uns nicht um Big Brother. Das wissen Sie auch, meine Damen und Herren von der Opposition.

In zahlreichen deutschen Städten hat sich diese Art der Videoüberwachung als hervorragendes polizeiliches Hilfsmittel bei der Bekämpfung und Verhütung von Straftaten erwiesen. Bekanntermaßen gibt es an solchen Orten einen Sicherheitsgewinn für die Bürger. Ich frage Sie: Warum sollte Hamburg auf diesen Sicherheitsgewinn verzichten? Wollen Sie mehr Sicherheit und dadurch auch mehr Freiheit für die Bürger oder wollen Sie sie nicht? Wer hier von flächendeckender Überwachung der ganzen Stadt spricht, kann oder will nicht verstehen; wahrscheinlich Letzteres.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Schreiben Sie das doch ins Gesetz rein, Herr Nagel!)

Eine solche flächendeckende Überwachung lässt das Gesetz doch gar nicht zu. Außerdem ist es polizeilich gar nicht gewollt, geschweige denn zu finanzieren. Also lassen Sie doch diese absurden Behauptungen, die uns nicht weiterbringen.

(Beifall bei der CDU)

Ich diskutiere gerne fachlich mit Ihnen, warum das eine oder andere polizeilich angebracht ist, aber Übertreibungen, Verzerrungen und Falschdarstellungen – so wie in der letzten Zeit geschehen – sollten nicht unser Niveau werden.

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte mich zum Schluss noch einmal bei denjenigen bedanken, die in irgendeiner Form dazu beigetragen haben, dass Hamburg ein modernes Polizeirecht bekommen wird. Ich werbe an dieser Stelle im ganzen Haus ausdrücklich für unser neues, modernes Polizeigesetz. Wir wollen, dass die Menschen in dieser Stadt sicher sind und sich auch sicher fühlen.

Die Kriminalitätsentwicklung der vergangenen Jahre zeigt, dass wir dabei auf einem guten Weg sind. Es war und ist der CDU-geführte Senat, der die Personalverstärkung bei der Hamburger Polizei veranlasst hat. Und es ist dieser Senat, der Hamburg endlich ein modernes Polizeirecht gibt, das einen wichtigen Beitrag für noch mehr Sicherheit für Hamburgs Bürger leisten wird, durch die Freiheit erst möglich wird. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Das Wort erhält jetzt Frau Spethmann.

Viviane Spethmann CDU: Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Nur wer sicher ist, ist auch frei. Jetzt weiß ich auch, warum die SPD in den verschiedenen Jahren ihrer Regierungszeit das SOG nie so richtig überarbeitet hat. Wenn man sich Ihren vorgelegten Entwurf ansieht, so wird deutlich, dass Sie keinen Mut hatten zu richtigen Reformen.

(Beifall bei der CDU)

C

D

A Aber wie wollen Sie sich jemals durchsetzen, wenn Sie wieder mit Ihrem Lieblingskoalitionspartner – der GAL – zusammenkommen? Dann bekommen Sie beim Thema Innere Sicherheit sowieso nichts auf die Reihe.

(*Gesine Dräger SPD*: Fragen Sie mal die FDP danach!)

Ich kann Sie beruhigen. Diese Landesregierung ist gut und dieser Gesetzentwurf ist auch gut.

(Beifall bei der CDU)

Die Anhörungen haben deutlich gezeigt, dass sich dieser Gesetzentwurf auf der verfassungsgemäßen Seite bewegt. Wir schöpfen die Grenzen aus, aber die Verfassung wird gewahrt. Das ist das Entscheidende, dafür waren die Anhörungen da.

Ihre hier vorgetragenen Bedenken wurden dort nicht geteilt. Es gab aber einen von der Oppositionspartei benannten Sachverständigen, Herr Narr, von dem einige Bedenken geäußert wurden. Aber diese hat wirklich keiner mehr von Ihnen geteilt.

Herr Dressel, Sie und die SPD suchen sich doch nur die kleinsten Bedenken heraus, um nicht öffentlich zugeben zu müssen, dass Sie es trotz aller Kehrtwende in der Inneren Sicherheit bis heute nicht geschafft haben, glaubwürdig zu sein. Sie zögern bis zum Ende. Ich kann nur eines sagen: Springen Sie auch über das letzte Stöckchen

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Belegen Sie das doch mal!)

B und stimmen Sie gleich unserem Gesetzentwurf zu.

(Beifall bei der CDU)

Die Polizei wartet auf dieses Gesetz. Was ist daran schlecht, wenn wir die Handlungsmöglichkeiten der Polizei in unserer Stadt ein Stück weit verbessern wollen? Die Polizei braucht dieses Gesetz und wir schaffen es.

Ich möchte einige Anmerkungen zu den einzelnen Punkten machen, die ich für wichtig halte. Im Bereich der technischen Wohnraum- und Telefonüberwachung gibt es Einschränkungen durch das Bundesverfassungsgericht, über die wir ausführlich im Ausschuss beraten haben. Ich will die Allgemeinheit des Hauses nicht mit juristischen Feinheiten nerven. Nichtsdestotrotz muss man festhalten, dass die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts ausschließlich eine Entscheidung zur Strafverfolg regelt. Wir befinden uns hier im Bereich der Gefahrenabwehr. Wir können bei der Entscheidung nicht die Verhältnisse, die das Bundesverfassungsgericht als Maßstab angesetzt hat, 1 : 1 übertragen. Das hat der Senat in seinem Gesetzentwurf auch berücksichtigt. Die CDU-Fraktion will daran auch nichts ändern.

Bei der Gefahrenabwehr haben wir nämlich eine andere Situation. Wir begeben uns hier auf Neuland. Dabei hat das Bundesverfassungsgericht ausdrücklich gesagt, dass Abhören grundsätzlich zulässig sei. Wir als Parlamentarier müssen nur beachten, dass im Kernbereich der privaten Lebensgestaltung kein Abhören stattfinden darf. Doch wie soll das gehen?

Wenn sich ein Täter mit seiner Frau unterhält, müsste die Abhörlage abgeschaltet werden. Wann muss die Polizei wieder anschalten? Das konnte uns leider kein Sachverständiger sagen.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Dann haben sie bei der Anhörung nicht aufgepasst!) C

Kann der Täter nur einen Satz mit seiner Frau wechseln und danach sofort weiter mit seinen Planungen fortfahren? Das kann für uns nicht hinnehmbar sein. Das mag im Bereich der Strafverfolgung hinnehmbar sein, weil dann die Tat schon geschehen ist.

Im Bereich der Vorbeugung stellt sich die praktische Frage, wann wieder angeschaltet oder ob nicht alles vernichtet werden muss, was zum privaten Bereich gehört, und ob dann weiter abzuhören ist. Hier kollidiert nämlich die Menschenwürde des Betroffenen mit den Rechten der Opfer. Für uns gilt hier der Maßstab: Wir wollen die Rechte der Opfer wahren und nicht die Rechte der Betroffenen in dem Maße, wie Sie das wollen.

Wir wollen, dass das präventive Abhören nur zur Abwehr von gegenwärtigen Gefahren für Leib, Leben oder Freiheit eines Menschen eingesetzt wird. Hierfür haben die Landesparlamente die Gesetzgebungskompetenz. Wir nutzen diese ausgiebig.

Ich möchte auch noch auf das Kennzeichenlesegerät kommen. Das ist eine vernünftige Technik, die eine große Ersparnis für die Polizei mit sich bringen wird. Es handelt sich dabei um einen Filter. Nur Fahrzeuge, die gesucht werden, werden gespeichert, jedoch keine anderen. Es werden keine Bewegungsprofile erstellt. Auch hier ist eine übertriebene Angst überflüssig.

Es gibt aber auch positive liberale Punkte, die Sie gar nicht erwähnen. Hier hat die SPD gar nicht gemerkt, dass wir auch einmal liberal sein können. Berufsgeheimnisträger schützen wir mehr als es die SPD in ihrem Entwurf vorsieht. D

(Beifall bei der CDU)

Sie sehen, dass wir nicht blindwütig durch die Gegend rennen und der Meinung sind, das schärfste Gesetz haben zu wollen. Wir sehen hier durchaus die Abwägung, dass Berufsgeheimnisträger eine wichtige Funktion in der Gesellschaft haben.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Das ist schwammig!)

Wir nutzen des Weiteren die Vorschriften aus; das hat der Senator eben schon erläutert. Wir stehen dazu, dass wir möglichst lange Fristen haben wollen.

Wir sehen nach den ausführlichen Beratungen keinen Grund, von dem vorgelegten Entwurf maßgeblich abzuweichen. Die CDU hat eigene Aspekte eingebracht. Wir werden das beste Polizeigesetz Deutschlands beschließen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Das Wort hat jetzt Herr Dr. Dressel.

Dr. Andreas Dressel SPD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es ist doch schade, dass Sie bisher in der Debatte zu den wirklich zentralen Fragen, die angesprochen wurden, Antworten schuldig geblieben sind.

Zur Frage der vierzehntägigen Polizeihaft, die zuvor in Ihrem Vorschlag nur zehn Tage betrug. Wie kommt das? Sie stellen sich jetzt hier hin und sagen, dass es genauso

A sein muss. Warum haben Sie vorher etwas anderes vorgeschlagen?

Das trifft auch für das Aufenthaltsverbot zu. Zunächst waren betrug es sechs Monate, dann wurde diese mal eben verdoppelt, weil wahrscheinlich irgendein Zuruf aus der Fraktion kam. Erklären Sie doch einmal diesen Sinneswandel und versuchen Sie hier keine Ablenkungsmanöver.

Zweiter Punkt: Telefonüberwachung. Hierzu sollten Sie einmal gelegentlich – ehe Sie uns hier Mutlosigkeit vorwerfen – in unseren Entwurf hineinsehen. Denn zur Gefahrenabwehr haben wir dieses auch vorgeschlagen, weil dies zur Gefahrenabwehr in Fällen von Lebensgefahr, von drohenden schweren Körperverletzungen und so weiter absolut richtig und sinnvoll ist. Darin sind wir uns im Grundsatz einig.

(Zurufe von der CDU: Wo?)

– Sehen Sie gelegentlich in unseren Entwurf und machen Sie sich etwas kundiger, bevor Sie hier sagen, warum das alles mutlos und von vorgestern ist. Wir haben ganz klar gesagt, wir stimmen zur Gefahrenabwehr zu, zur Straftatenbekämpfung aber nicht. Sie sollten heute einmal sagen, dass Sie zur Straftatenbekämpfung von der Telefonüberwachung endgültig Abschied nehmen.

Die Anhörung hat es belegt. Der Generalstaatsanwalt aus Braunschweig hat gesagt, dass das an dieser Stelle sogar eine Gefahr für die Straftatenbekämpfung sei, weil es nicht mit der Strafprozessordnung abgestimmt ist. Das wurde hier auch einmal wieder ausgeblendet.

B (Beifall bei der SPD und der GAL)

Bei den Kontrollbefugnissen sind wir uns durchaus einig, diese zu erweitern, insbesondere auch gegen Waffen. Es ist völlig klar, dass diese an Brennpunktbereichen – also St. Pauli, Reeperbahn – gebraucht werden. Wir wollen nur keine verdachtsunabhängige Kontrolle durch die Hintertür. Die lagebildabhängige Kontrolle, wie Sie sie vorgeschlagen haben – das hat der Datenschutzbeauftragte dargelegt –, hat eine gewisse Schwammigkeit, was das Lagebild angeht. Deshalb sagen wir, dass die lagebildabhängige Kontrolle an bestimmten Orten hinnehmbar, vernünftig und richtig ist, aber wenn sie überall und zu jeder Zeit in der Stadt durchgeführt werden soll, wollen wir das nicht.

(Beifall bei der SPD)

Bei der Videoüberwachung – das muss auch noch einmal gesagt werden – sind wir uns doch in der Frage einig, dass wir diese an Verbrechensbrennpunkten haben wollen. Warum schreiben Sie das nicht ins Gesetz? Sie müssen nicht einmal unsere Formulierung wählen, sondern der Datenschutzbeauftragte hat hierzu auch Vorschläge gemacht. Warum haben Sie das nicht übernommen? Das wäre eine präzise Fassung und würde genau das Ziel erreichen, worüber Konsens besteht. In diesem Fall vielleicht nicht mit der GAL, aber zwischen der SPD und der CDU ist das im Grundsatz Konsens. Warum schreiben Sie das nicht ins Gesetz? Was führen Sie hier im Schilde? Warum wollen Sie big brother in der ganzen Stadt nicht einfach einen Riegel vorschieben? Das tun Sie nicht und deshalb können wir hier Ihrem Entwurf nicht zustimmen.

Es wurde auch etwas zum Thema Freiheit, Sicherheit und Elfenbeinturm gesagt. Das alles sind sehr abstrakte Dis-

C kussionen, bei denen Sie wohl noch so ein bisschen mit Bayern verhaftet sind. Ich glaube, Freiheit und Sicherheit sind natürlich Punkte, bei denen wir Abwägungen brauchen. Man kann doch nicht so weltfremd sein – auch nicht in einer freiheitlichen und Weltstadt wie Hamburg – und sagen, dass man zwischen Freiheit und Sicherheit nicht abwägen muss. Das ist alles akademisch und abstrakt, darüber brauchen wir nicht zu reden. Natürlich muss es diese Abwägung geben. Das verlangt das Grundgesetz von uns als Parlament. Deshalb dürfen Sie sich vor dieser Abwägung nicht drücken, Herr Senator.

(Beifall bei der SPD)

Zu den Seitenhieben, dass wir Schwierigkeiten mit den Grünen hätten, uns darüber zu einigen, kann ich nur sagen: Dort oben sitzt mit dem Landesvorsitzenden der FDP ein Beweis, dass Sie in der letzten Wahlperiode beim Polizeigesetz einige Schwierigkeiten hatten. Damals haben Sie es nicht gebacken bekommen, dieses Gesetz vorzulegen, weil Sie sich nicht einigen konnten.

(Karl-Heinz Warnholz CDU: Sie haben 40 Jahre nichts getan!)

– Sie regieren aber schon seit 2001. Sie können sich nicht herausreden. Der Senator hat gesagt, dieses Gesetz sei seit elf Jahren überfällig. Von diesen elf Jahren tragen Sie drei Jahre Mitverantwortung. Sie haben es nicht hinbekommen und jetzt stellen Sie sich hier hin und machen dicke Backen. Das ist schon etwas peinlich.

(Beifall bei der SPD)

Noch ein letzter Punkt. Warum können wir Ihrem Entwurf nicht zustimmen? Dafür haben wir überhaupt keine Veranlassung. Wir haben einen konkret ausformulierten Entwurf vorgelegt, der mutig ist. Wenn man das mit älteren SPD-Positionierungen vergleicht, wird man das sehen. Sie sollten sich wirklich gelegentlich die Zeit nehmen, um unseren Entwurf durchzulesen.

D Unsere Position ist klar. Wir sagen Ja zu einem Entwurf, der eine maßvolle Novellierung vorsieht. Wir sagen Nein zu Ihrem Wettlauf zwischen den CDU-Bundesländern. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Das Wort hat Dr. Steffen.

Dr. Till Steffen GAL: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Der Satz von Herrn Senator Nagel, dass es gar keinen Gegensatz von Freiheit und Sicherheit gäbe, ist ziemlich wichtig. Er macht deutlich, was hier nicht passiert, nämlich das genaue Nachdenken über das Verhältnis von Freiheit und Sicherheit.

Ich halte diesen Satz tatsächlich für gefährlich, weil er suggeriert – das ist die Intention –, dass es, umso mehr Sicherheit es gibt, desto mehr Freiheit geben würde. Das ist das, was uns Senator Nagel sagen will. Dieser Satz ist historisch und auch im internationalen Kontext einfach falsch.

(Beifall bei der GAL)

Wir brauchen nicht unbedingt unsere eigene deutsche Geschichte zu bemühen. Es ist sicherlich schwer, hier einen Vergleich zu ziehen. Aber wenn man sich ansieht, wie die USA auf die Anschläge des 11. September rea-

A giert haben und was dann alles im Hinblick mit der Sicherheit begründet wurde, dann werden Ihnen viele US-Bürger sagen, dass das tatsächlich zu einer massiven Einschränkung von Freiheitsrechten geführt hat. Vieles, was die USA von uns unter dem Gesichtspunkt der Sicherheit verlangen – wie etwa beim internationalen Flugverkehr –, wird von uns ganz einhellig abgelehnt. Deswegen darf man es sich nie so einfach machen zu sagen: Ein Gegensatz von Freiheit und Sicherheit gibt es nicht. Das ist gefährlich.

(Beifall bei der GAL)

Sie versuchen, diesen Gegensatz aufzulösen, indem Sie sagen, dass es das Verantwortungsbewusstsein bei der Polizei und der Justiz geben würde. Ich glaube an das Verantwortungsbewusstsein von Polizeibeamtinnen und -beamten und ich glaube auch an das Verantwortungsbewusstsein von Richterinnen und Richtern, weil ich mich mit beiden Berufsgruppen oft genug austausche. Ich weiß, dass unsere Polizei tatsächlich mittlerweile – in der gesamten Bundesrepublik hat die Polizei einen bestimmten Weg zurück gelegt, und zwar weg von der obrigkeitlichen Organ, hin zu einem Organ, wie es tatsächlich in einem demokratischen Staat gebraucht wird – diesen Weg gegangen ist, denn die Polizeiausbildung legt sehr großen Wert darauf.

Aber zwischen diesen beiden Berufsgruppen besteht ein großer Unterschied. Polizistinnen und Polizisten sind an Weisungen gebunden. Das heißt, dass es im Zweifelsfall überhaupt nicht darauf ankommt, was in dem Kopf des einzelnen Beamten vorgeht, was er für richtig oder falsch hält, sondern er hat eine Weisung auszuführen. In dieser Kette stehen ganz oben die politischen Verantwortungsträger.

Man muss überhaupt nicht weit in der Geschichte zurückgehen, auch nicht ins Ausland gehen und den bundesdeutschen Vergleich bemühen. Wir müssen nur einmal nach Hamburg schauen, was hier tatsächlich möglich gewesen ist und wie die Polizei für den politischen Meinungskampf unter dem Innensenator Schill instrumentalisiert konnte. Das ist genau der Punkt, an den man denken und wo man aufpassen muss, dass die Polizei keine unbeschränkten Befugnisse bekommen darf.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Dass bei einzelnen Polizeibeamten, die auch Führungsverantwortung haben, der Schillsche Geist noch nach wie vor weht, konnten wir vor einigen Wochen in Ottensen beobachten. Das ist meiner Meinung nach hoch problematisch, dass hier in die Versammlungs- und Kunstfreiheit so beliebig eingegriffen wird, indem man sagt, Punker in dem Stadtteil nicht haben zu wollen. Das ist ein bedenklicher Anfang. Diesem Vorgehen müssen Sie, Herr Senator, einen Riegel vorschieben, wenn Sie hier mit Ihrer Argumentation glaubwürdig bleiben wollen.

(Beifall bei der GAL)

Wir haben über die konkreten Befugnisse gesprochen, insbesondere über die Personenkontrollen, von denen Sie sagen, dass diese nicht verdachtsunabhängig seien. Wir haben auch über die Videoüberwachung gesprochen. Ich sage Ihnen, dass diese Personenkontrollen verdachtsunabhängig sind, weil sie unabhängig davon sind, ob gegen die Person, die kontrolliert wird, ein Verdacht vorliegt. Das ist ganz deutlich gesagt worden. Wir haben es nochmals – zum xten Mal – in der Stellungnahme des

Datenschutzbeauftragten nachgelesen; Herr Dressel hat es eben auch angesprochen: Es kommt nicht darauf an, ob gegen die Person ein Verdacht vorliegt, es kommt nur darauf an, ob für das Gebiet eine Lage vorliegt. Wenn diese Lage gegeben ist, dann kann innerhalb dieses Gebietes jede Person kontrolliert, ihre Identität festgestellt und sie auch durchsucht werden.

Zur Videoüberwachung ist auch deutlich gesagt worden, dass wiederholte Straftaten, Nötigungen auf einer Straßkreuzung, Urheberrechtsverletzungen reichen, die in jedem Wohngebäude stattfinden können. Wer regelmäßig ins Kino geht, weiß, dass man beim Verstoß gegen das Urheberrecht für fünf Jahre ins Gefängnis wandern kann. Das ist wirklich eine Straftat. In jedem Mehrfamilienhaus ist es schon mehrfach zu solchen Straftaten gekommen. Hier wäre die Ermächtigung gegeben, eine Videoüberwachung in die Wohnung hinein – es ist kein öffentlicher Raum; hier würden Sie mir widersprechen – zu machen, wenn diese Straftaten wiederholt vorkommen.

Sie sagen, eine Videoüberwachung würde ganz klar einen Sicherheitsgewinn bringen. Wir haben in den Anhörungen eindeutig gehört, dass das so nicht richtig ist. Videoüberwachung bringt dann einen Sicherheitsgewinn, wenn an den Monitoren Personal sitzt, das dann verlassen kann, dass Polizisten den Ort aufsuchen und einschreiten können, wo die Straftaten begangen werden. Unter den Bedingungen haben wir auch nichts dagegen, wenn das auf diese Fälle eingegrenzt würde, wo das möglich ist und wo tatsächlich solche Kriminalitätsschwerpunkte gegeben sind.

Sie schreiben aber in das Gesetz die Möglichkeit hinein, das überall zu machen. Man kann es nur wiederholen: Warum wollen Sie das? Es geht tatsächlich darum – das gilt für diese beiden Ermächtigungen, die ich beispielsweise herausgegriffen habe –, dass im Zweifelsfall die Polizei das tun kann, was sie selbst für richtig hält. Da ist es für die Bürgerinnen und Bürger eben nicht mehr nachvollziehbar, ob sie diesen Eingriff der Polizei über sich ergehen lassen müssen oder nicht.

Ich bin mir auch absolut sicher, dass die Bürgerinnen und Bürger das als schwerwiegenden Eingriff empfinden, wenn sie, ohne dass sie in irgendeiner Weise gegen Gesetze verstoßen haben, Kontrollen ihrer Taschen über sich ergehen lassen und ständig befürchten müssen, durch Video überwacht zu werden. Es gibt in dieser Stadt sicherlich viele Bürgerinnen und Bürger, die vieles dagegen haben und die es überhaupt nicht einsehen, dass sie als unbescholtene Bürger diesen Kontrollen unterworfen werden.

(Beifall bei der GAL)

Das ist auch der Grund, warum wir bei der Abstimmung über das neue Polizeigesetz eine namentliche Abstimmung verlangen, weil wir ganz deutlich sagen möchten, wer persönlich die Verantwortung dafür trägt, wenn sich die Bürgerinnen und Bürger beschweren, wenn es tatsächlich zu einer unzutrefflichen Polizeipraxis kommen sollte. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Bevor Herr Warnholz das Wort erhält, möchte ich Sie darauf aufmerksam machen, dass der Geräuschpegel im Hintergrund unerträglich ist. Ich bitte Sie darum, sich mit Ihren

C

D

A Nebenbeigesprächen etwas zurückzunehmen. Herr Warnholz bitte.

Karl-Heinz Warnholz CDU: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Verehrter Herr Dr. Steffen! Ich muss Ihnen ein wenig Nachhilfe bei der Darstellung der Historie geben, denn der deutsche Philosoph und preußische Staatsmann Wilhelm von Humboldt stellte einst fest, dass es ohne Sicherheit keine Freiheit geben würde. Dieser Satz gilt unstreitig auch heute noch. Meiner Ansicht nach kann diese Freiheit nur durch ein hohes Maß an innerer Sicherheit gewährleistet werden.

(Beifall bei der CDU)

In Hamburg war es dringend an der Zeit, das Gesetz zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung aus dem Jahre 1966 – ich wiederhole: 1966 –,

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Das ist 15 Mal geändert worden!)

das während der Regierungszeit der SPD immer nur marginale Änderungen erfahren hat, an die Erfordernisse einer modernen Kriminalitätsbekämpfung unserer schönen und wachsenden Großstadt anzupassen.

(Oh-Rufe bei der SPD)

– Ich weiß, dass Sie das nicht gerne hören, weil Sie abgewählt worden sind. Aber wir wollen lange an der Macht bleiben.

(Beifall bei der CDU – *Wilfried Buss SPD*: Und wenn er nicht gestorben ist, dann lebt er noch morgen!)

B – Kommen Sie doch nach vorn und erzählen Sie Ihr Märchen.

Hamburg hat hier gerade im Vergleich mit anderen Bundesländern – das wissen wir alle – einen dringenden Nachholbedarf, weil die SPD, nämlich Sie, meine Damen und Herren, dieses Thema jahrelang verschlafen haben,

(Beifall bei der CDU)

sodass Hamburg im Jahre 2001 – auch wenn die Damen und Herren von der Opposition das nicht mehr hören wollen, aber deswegen bringen wir es immer wieder – durch Sie zur Verbrechenshauptstadt geworden ist.

(*Christian Maaß GAL*: Passen Sie mal auf, dass Sie nicht Teil der Statistik werden, Herr Warnholz!)

Der CDU-geführte Senat und die CDU-Fraktion haben diese Trendwende vollbracht. Das ärgert Sie und damit können Sie nicht leben.

(Zurufe von der SPD und der GAL)

– Sie wollen nicht, dass es die Presse und die Öffentlichkeit erfahren. Deswegen sage ich es hier ganz deutlich.

Die Politiker der CDU haben sich nicht ihrer Verantwortung gegenüber den Menschen in unserer Stadt entzogen. Mit dem neuen Polizeigesetz wird den handelnden Polizeibeamten die entsprechende rechtliche Rahmenbedingung gegeben. Damit können Sie täglich arbeiten. Wir werden es erfahren.

Auch wenn einige Vorschläge der SPD – Herr Dr. Dressel, das möchte ich ausdrücklich ansprechen – mit in diesen Senatsgesetzentwurf eingeflossen sind, kann

C dieses aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die SPD einen Schleuderkurs zum Polizeigesetz gefahren ist.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Sie sind ins Schleudern gekommen!)

Erst kam die große SPD-Feststellung, aus den Fehlern gelernt zu haben.

(Zuruf von *Michael Neumann SPD*)

– Ja, auch Sie, Herr Neumann, haben Hamburg zur Verbrechenshauptstadt gemacht und dann versprochen, dass alles besser würde. Es ist nicht besser geworden. Sie sind abgewählt worden und wir machen es besser.

(Beifall bei der CDU und Lachen bei der SPD und der GAL)

D Dann folgte die große Ankündigung, dass die SPD – so Herr Dr. Dressel – ein eigenes Alternativkonzept zum neuen Polizeirecht vorlegen würde. Acht Tage – man höre und staune – nach der Vorstellung des CDU-Eckpunktepapiers im August 2004 kommt schließlich Herr Dr. Dressel exakt mit den gleichen Punkten, jedoch in verdrehter Reihenfolge. Das kann man nachprüfen und nachlesen. Das ist abenteuerlich.

(Beifall bei der CDU)

Herr Dr. Dressel, Sie haben in diesem Bereich versagt.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Das haben Sie offensichtlich nicht getan!)

Herr Dr. Dressel, Sie haben einmal gesagt, dass die Sozialdemokraten nicht nur kritisieren, sondern sich konstruktiv verhalten wollen. Verhalten Sie sich also heute konstruktiv. Im gleichen Atemzug stellen Sie fest, dass es höchst unwahrscheinlich sei, dass die Vorstellungen von Herrn Senator Nagel für ein neues Polizeirecht in Hamburg Gesetz werden können.

Nun haben Sie sich gewundert, das waren seltsame Positionen, insbesondere vor dem Hintergrund, dass Sie in Ihren Eckpunkten inhaltlich doch das Gleiche gefordert haben. Die ergebnisoffenen Beratungen zur Polizeirechtsnovelle haben gezeigt, dass sich im Ergebnis der bessere CDU-Entwurf durchgesetzt hat, und verfassungsrechtlich stehen wir damit auch auf der sichereren Seite, wie die beachtliche Expertenanhörung gezeigt hat.

Für die GAL stellte sich die Frage für ein neues Polizeirecht anfangs offensichtlich überhaupt nicht, denn sie sagte einfach komplett zu allem Nein, weil Hamburg ja schon optimale Sicherheit biete und alles – Zitat Frau Möller – auch mit der jetzigen Gesetzeslage geregelt werden könne; man höre sich das genau an. Hieß das, liebe Frau Möller, dass unsere Polizei ihren Job nicht richtig gemacht hat, wenn Hamburg in der Kriminalstatistik 2001 weit oben stand? Es ist insgesamt also ziemlich dürfig, was die Opposition zur Inneren Sicherheit in Hamburg zu bieten hatte und heute hat.

Wir als CDU hingegen haben unseren Worten auch Taten folgen lassen. Deshalb erhält Hamburg ein neues – meine Damen und Herren, freuen wir uns also alle –,

(Hey-Rufe bei der SPD)

modernes und effizientes Polizeirecht mit den von der CDU beschlossenen Eckpunkten. Mit diesem Kurs der Inneren Sicherheit tragen wir maßgeblich zur Freiheit der Bürger bei. Ich habe es zu Beginn meiner Rede schon

A zitiert: Ohne Sicherheit ist keine Freiheit und Senator Nagel und die CDU garantieren Sicherheit und Freiheit, deswegen CDU.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen.

(Zurufe von der GAL – Michael Neumann SPD:
Wir sind sprachlos!)

Damit kommen wir zur Abstimmung, zunächst zum SPD-Antrag aus der Drucksache 18/2379. Wer möchte diesen annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist er abgelehnt.

Nun zum Bericht des Innenausschusses, Drucksache 18/2288. In den Ziffern eins und vier der Ausschussempfehlungen werden Kenntnisnahmen empfohlen; diese sind erfolgt.

Wir kommen zu Ziffer zwei der Ausschussempfehlungen. Wer schließt sich der Empfehlung zu Drucksache 18/1110 an? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist das mehrheitlich angenommen.

Wer möchte die zu Ziffer 3 vom Ausschuss vorgeschlagenen Änderungen beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist dies mehrheitlich angenommen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über das Gesetz zur Erhöhung der öffentlichen Sicherheit in Hamburg mit den soeben beschlossenen Änderungen. Die GAL-Fraktion hat gemäß Paragraph 36 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung hierzu eine namentliche Abstimmung beantragt. Frau Thomas und Frau Martens werden Sie daher gleich in alphabetischer Reihenfolge aufrufen. Wenn Sie sich der Ausschussempfehlung anschließen und das Gesetz zur Erhöhung der öffentlichen Sicherheit in Hamburg mit den soeben beschlossenen Änderungen beschließen möchten, antworten Sie bitte mit Ja, wenn Sie es ablehnen wollen, mit Nein und wenn Sie sich enthalten möchten, antworten Sie bitte mit Enthaltung.

Ich darf nun Frau Thomas bitten, mit dem Namensaufruf zu beginnen.

(Der Namensaufruf wird vorgenommen.)

Ist ein Mitglied der Bürgerschaft nicht namentlich aufgerufen worden? – Das sehe ich nicht. Dann erkläre ich die Abstimmung für geschlossen.

Meine Damen und Herren! Das Abstimmungsergebnis wird nun ermittelt und Ihnen in wenigen Minuten mitgeteilt. Die Sitzung ist unterbrochen, bis die Auszählung erfolgt ist.

Unterbrechung: 18.40 Uhr

Wiederbeginn: 18.44 Uhr

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Meine Damen und Herren! Ich bitte Sie, zu Ihren Plätzen zurückzukommen. Wir können mit der Sitzung fortfahren.

Das Abstimmungsergebnis liegt vor. Wir haben bei der Abstimmung über das Gesetz zur Erhöhung der öffentlichen Sicherheit in Hamburg in erster Lesung 60 Ja-Stimmen, 52 Nein-Stimmen und keine Enthaltung.*

Damit ist das Gesetz in erster Lesung beschlossen.

(Beifall bei der CDU)

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Das ist so. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Den sehe ich nicht. Wer will das soeben in erster Lesung beschlossene Gesetz in zweiter Lesung beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist dieses Gesetz auch in zweiter Lesung und somit endgültig beschlossen worden.

Meine Damen und Herren! Nun liegen mir die Wahlergebnisse für die vorhin durchgeführten Wahlen vor. Bei der Wahl eines ehrenamtlichen Mitglieds der Kommission für Bodenordnung sind 111 Stimmzettel abgegeben worden. Davon war kein Stimmzettel ungültig, also 111 Stimmzettel gültig. Herr Hans-Detlef Roock erhielt 99 Ja-Stimmen, sechs Nein-Stimmen und sechs Enthaltungen. Damit ist Herr Roock gewählt worden.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Bei der Wahl eines stellvertretenden Vorsitzenden der Kommission für Bodenordnung sind ebenfalls 111 Stimmzettel abgegeben worden. Es war keiner ungültig, also 111 gültige Stimmzettel. Herr Michael Mainusch erhielt 96 Ja-Stimmen und sechs Nein-Stimmen bei neun Enthaltungen. Damit ist auch Herr Mainusch gewählt worden.

Bei der Wahl einer oder eines Deputierten der Justizbehörde sind ebenfalls 111 Stimmzettel abgegeben worden. Keiner war ungültig, also 111 gültige Stimmzettel. Herr Urs Tabbert erhielt 101 Ja-Stimmen und fünf Nein-Stimmen bei fünf Enthaltungen. Damit ist auch Herr Tabbert gewählt worden.

Bei der Wahl eines oder einer Deputierten der Behörde für Bildung und Sport sind ebenfalls 111 Stimmzettel abgegeben worden. Keiner war ungültig, also 111 gültige Stimmzettel. Herr Andreas Brinckmann erhielt 101 Ja-Stimmen und fünf Nein-Stimmen bei fünf Enthaltungen. Damit ist auch Herr Brinckmann gewählt worden.

Bei der Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Soziales und Familie sind 111 Stimmzettel abgegeben worden. Ein Stimmzettel war ungültig, also 110 gültige Stimmzettel. Herr Klaus Francke erhielt 68 Ja-Stimmen, 29 Nein-Stimmen, 13 Enthaltungen. Damit ist auch Herr Francke gewählt worden.

Ich rufe jetzt Punkt 24 auf, die Drucksache 18/2315: Bericht des Schulausschusses zum Entwurf eines Sechsten Gesetzes zur Änderung des Hamburgischen Schulgesetzes.

[Bericht des Schulausschusses über die Drucksache 18/1821: Entwurf eines Sechsten Gesetzes zur Änderung des Hamburgischen Schulgesetzes
– Gebühren für den Besuch von Vorschulklassen –
Schulschwimmen (Senatsantrag)
– Drucksache 18/2315 –]

* Einzelergebnisse Anlage 1 siehe Seite 1721.

A Wer wünscht das Wort? – Frau Ernst wünscht es.

(Unruhe im Hause)

Ich bitte Sie eindringlich, zur Ruhe zurückzukehren, Ihre Nebengespräche einzustellen und der Debatte zu folgen. Das wäre sehr freundlich von Ihnen.

Britta Ernst SPD: Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! "Es werden wieder mehr Kinder ertrinken" titelte am 1. Juni das Altonaer Wochenblatt. Es werden wieder mehr Kinder ertrinken, ist die Bewertung der Deutschen Lebensrettungsgesellschaft DLRG zu den Plänen der Sport- und Schulsenatorin Dinges-Dierig. Aber auch diese dramatische Einschätzung von Fachleuten prallt an Hamburgs Schul- und Sportsenatorin vermutlich ab.

Meine Damen und Herren! Die monatelange Erörterung über die Zukunft des Schulschwimmens in Hamburg dokumentiert das totale Versagen einer Senatorin in Hamburg, die für Schwimmen, Schule und Sport zuständig ist.

(Beifall bei der SPD und bei Christa Goetsch GAL)

Wenn diese Schulgesetzänderung beschlossen wird, wird künftig in Hamburg der Schwimmunterricht nach der Grundschule Geld kosten und nicht mehr, wie bisher, von qualifizierten Lehrkräften durchgeführt, sondern ausschließlich von Bademeistern. Damit werden weniger Kinder als bisher Schwimmen lernen. Es werden wieder die Kinder getroffen, deren Eltern sich wenig um die Erziehung ihrer Kinder kümmern. Und auch der Kampf mit denjenigen, die mit religiösen Argumenten versuchen, ihre Mädchen vom Schwimmunterricht fernzuhalten, ist verloren. Menschen, die nicht Schwimmen lernen, können viele Freizeitsportarten nicht nutzen. Ihnen fehlen Möglichkeiten zur Gesundheitsvorsorge und nicht zuletzt ist auch ihr Leben bedroht.

Gleichzeitig kündigt die Schulsenatorin mit dieser Vorlage einen vorhandenen Konsens über die große Bedeutung des Schwimmunterrichts auf. Dieser Unterricht ist bisher in den Rahmenplänen – früher hieß es Lehrpläne – der Sekundarstufe I verankert, weil Schwimmen als wichtige Kulturtechnik galt, was alle Menschen können sollten, und weil es auch ein wichtiger Bestandteil des Sportunterrichts ist. Es ist kein Luxus, der nicht gelehrt werden soll, sondern elementarer Bestandteil des Sportunterrichts an den Schulen und wurde deshalb bisher auch von Sportlehrern unterrichtet.

Als Folge der Zwei-Millionen-Euro-Einsparung, die ja umgesetzt wird, sollen diese Rahmenpläne nun auch geändert werden, wie Staatsrat Schmitz in der Sitzung des Schulausschusses angekündigt hat. Das bedeutet, dass eine kurzsichtige Finanzpolitik inzwischen festlegt, was die Kinder in Hamburg lernen sollen und was sie nicht mehr lernen sollen; soweit ist es gekommen. Widerstand der Schulsenatorin gibt es nicht, weil sie am liebsten die Eltern mit noch mehr Gebühren überziehen würde; da hat die CDU ein bisschen auf die Bremse getreten. Die Auswirkungen sind absehbar und uns auch im Ausschuss eindrücklich geschildert worden. Mit Kindern, die nicht schwimmen können, können Lehrer keine Ausflüge zum See machen, es können auch keine anderen Wassersportarten vermittelt werden.

Ein zweiter Punkt zeigt den völligen Totalausfall an der Spitze der Schul- und Sportbehörde. Zu keinem Zeitpunkt

haben sich die Senatorin und die zuständige Fachbehörde einmal einen Überblick verschafft, wie es eigentlich mit den Schwimmfähigkeiten von Hamburgs Kindern aussieht. Wir haben in der letzten Ausschusssitzung nachgefragt, wie viele Kinder nach Klasse 2 Schwimmen können, wie viele nach Klasse 4, wie viele das erst in der Sekundarstufe I lernen, wie vielleicht die Unterschiede in den Stadtteilen sind, weil wir vermuten, dass es dort Unterschiede gibt. Bei dieser schlichten Frage muss der Senat passen, niemand hat bisher diese Frage erörtert. Gleichzeitig wird ein massiver Eingriff vorgenommen; das wäre die erste Frage, die sich eine ernst zu nehmende Schul- und Sportsenatorin hätte stellen müssen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Nun ist die Schulsenatorin mit ihrer ersten Vorlage im Ausschuss auch gleich gescheitert. Bei der Anhörung haben alle anwesenden Expertinnen und Experten dies kritisiert. "Der Senat ging baden" lautete das einvernehmliche Ergebnis der Anhörung. Wieder einmal wurde daraufhin der Schulsenatorin von der CDU-Fraktion das Heft des Handelns aus der Hand genommen. Kurze Zeit später, im Mai, verkündete Senator Freytag auf einer Pressekonferenz, dass man die Rettung der beiden Wandsbeker Bäder durchsetzen könne, die des Altonaer Bismarckbads leider nicht, und dass der Beitrag zur Rettung aus dem Schuletat kommen solle, indem die Lehrschwimmbecken geschlossen würden und künftig nicht mehr die Sportlehrer den Unterricht geben würden, sondern Bademeister das machen sollten. Bei der Pressekonferenz fehlte die Schulsenatorin wieder, wahrscheinlich war sie im Urlaub, sodass zu Details dieser Pläne wieder nichts gesagt werden konnte. Aber vielleicht war sie auch gar nicht einbezogen. Wir wissen es nicht.

C

In der letzten Sitzung des Schulausschusses gab es dann einen erneuten Totalausfall, diesmal allerdings begleitet durch die CDU-Fraktion. Erst durch das penetrante Nachfragen von GAL und SPD hat die CDU bemerkt, dass sie ihre Vorlage vom Februar an die Verkündung vom Mai anpassen muss. Die Schulsenatorin war nicht auf den Gedanken gekommen, der Staatsrat auch nicht und auch Herr Heinemann fand eine viertel Stunde lang, dass alles in Ordnung sei. Erst der langjährige CDU-Abgeordnete Hartmut Engels merkte irgendwann, dass etwas nicht stimmte und beantragte eine Sitzungsunterbrechung. Und siehe da, die CDU präsentierte daraufhin eine veränderte Vorlage, die ungefähr 15 Minuten Bestand hatte. Nach weiterem Nachfragen wurde erkannt, dass auch das wohl nicht so ganz trage und es wurde durch Unterstützung des Behördenjuristen eine neue Formulierung gefunden.

(Petra Brinkmann SPD: Das ist ja unmöglich!)

Ich bin gespannt, wann weitere Veränderungen zu Ihrer Vorlage kommen und bin sicher, dass Sie weitere Korrekturen vornehmen müssen, weil zum Beispiel die Frage, wie eigentlich eine Sportnote erstellt werden soll, wenn Bademeister unterrichten, gar nicht geklärt ist.

D

Weitere Fragen sind offen. In Altona führt die gleichzeitige Schließung des Lehrschwimmbeckens in der Mönckebergstraße und des Bismarckbads zu einer regional völligen Unterversorgung. Keiner weiß, wo die Kinder in Altona künftig Schwimmen lernen sollen. Die Eltern haben durch ihren Protest darauf hingewiesen.

Ich glaube, diese Ausschusssitzung war ein vorläufiger Höhepunkt des Ausfalls der politischen Führung und es war ein Trauerspiel, dies in den letzten Monaten zu ver-

A folgen. Es ist überhaupt nicht nachvollziehbar, dass so eine Senatorin nicht auf die Idee kommt, ihre Februar-Vorlage anzupassen, wenn im Mai ein völlig anderes Konzept der Öffentlichkeit vorgestellt wird. Aber man wundert sich nicht, wenn man die letzten Monate verfolgt. Diese Schulsenatorin setzt sich weder für den Schulsport ein noch für die Bäder und für den Breitensport und dies hat auch eine entsprechende öffentliche Kommentierung gefunden. Entscheidungen der Schulsenatorin werden immer wieder durch die CDU-Fraktion korrigiert, mal bei der Rettung der Freilichtschule in Ohlstedt, mal bei der Abschaffung der Lernmittelfreiheit und jetzt beim Schulschwimmen. Die Vorlagen scheitern in der eigenen Fraktion und es ist absehbar, dass diese ständige Korrektur in einzelnen Sachfragen abgelöst wird, vielleicht durch eine Korrektur in der personellen Besetzung dieser Position. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Herr Heinemann hat jetzt das Wort.

(Michael Neumann SPD: Ah, der Neue!)

Robert Heinemann CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich habe fünf Senatoren miterlebt

(Michael Neumann SPD: Sie werden auch noch die sechste erleben!)

und bis heute nicht mitbekommen, was die Attraktivität dieses Jobs ausmacht.

B Wir haben heute eine klassische Ernst-Rede erlebt: reichlich Polemik, ein bisschen Klassenkampf, ein bisschen unnötige Aggressivität und alles eigentlich nur, damit niemand merkt, dass Sie gar keine Alternative vorgelegt haben, sondern immer nur sagen, wir sind dagegen.

(Beifall bei der CDU – Michael Neumann SPD: Zu Frau Dinges-Dierig hätten wir mehrere Alternativen!)

Ich glaube, wir waren auch bei völlig unterschiedlichen Schulausschusssitzungen, aber das macht nichts, das sind sicherlich Wahrnehmungsunterschiede.

Gucken wir uns einmal an, worum es eigentlich geht. Wir haben in Hamburg – fangen wir damit einmal an, denn das steht heute ja auch auf der Tagesordnung – ein bundesweit einmaliges Vorschulangebot und wir haben zwei Probleme. Ein Problem ist, dass für viele Eltern diese Vorschule keine wirkliche Alternative zur Kita war, weil wir nur ein vierstündiges Angebot hatten und es auch keine Verlässlichkeit gab. Wurde die Sozialpädagogin krank, fiel das Angebot aus und Sie können sich vorstellen, dass das gerade für berufstätige Eltern ein wichtiger Grund war, nicht die Vorschule für ihre Kinder auszuwählen. Und wir hatten ein zweites Problem: Es gab eine klare Gerechtigkeitslücke zwischen den Eltern, die für den Kita-Platz bezahlen mussten, und den Eltern, die ihre Kinder kostenlos in die Vorschule geschickt haben.

Das erste Problem hat Senatorin Dinges-Dierig gelöst. Es gibt künftig ein fünfstündiges Angebot in der Vorschule, also vergleichbar mit der Kita. Dieses Angebot wird endlich verlässlich sein, die Eltern können also ihre Berufstätigkeit genau darauf abstimmen. Die zusätzliche Stunde am Tag ist nicht nur mehr Unterricht, sondern ermöglicht auch ein um 25 Prozent ausgeweitetes Bildungsangebot

C zum Beispiel für Sprachförderung, was besonders wichtig ist.

(Luisa Fiedler SPD: Bedeutet das wirklich 25?)

– Erst einmal 25 Prozent mehr Unterricht.

Die Gerechtigkeitslücke wird dadurch geschlossen – und das kritisieren Sie natürlich –, dass wir für die Vorschule künftig Gebühren einführen. Natürlich wünsche ich mir wie Sie – Herr Weinberg ist da auch auf meiner Seite – ein kostenloses Bildungsjahr vor der Schule; darin sind wir uns völlig einig. Wir haben in den letzten Jahren aber schon 40 Millionen Euro mehr für den Kita-Bereich ausgegeben – auch das wissen Sie – und wir wissen, welche Steuerschätzung wir vor uns haben und dass wir erst einmal in Berlin für Ordnung sorgen müssen, bevor wir in Hamburg mehr Geld ausgeben können.

(Beifall bei der CDU)

Im allerwichtigsten Bereich – wir müssen eben auch Prioritäten setzen – hat die Bildungssenatorin aber schon Maßnahmen ergriffen. Aufbauend auf den von uns eingeführten Viereinhalbjährigen-Untersuchungen wird es künftig für die Kinder, die erheblichen Sprachförderbedarf haben und keine Kita und keine Vorschule besuchen, nicht nur ein kostenloses, sondern auch ein verpflichtendes Sprachförderangebot geben, damit wir genau diejenigen erreichen, die am dringendsten unserer Unterstützung bedürfen. Wir schaffen damit nämlich endlich gerechtere Anfangsbedingungen zu Beginn der Schulzeit.

D Frau Ernst, eines können Sie eigentlich nicht bestreiten. Die LAU-Untersuchungen haben doch gerade der SPD sehr deutlich bewiesen, dass sie es zumindest über Jahrzehnte nicht geschafft hat, Bildungsgerechtigkeit herzustellen. Bei gleicher Begabung hatten und haben es Kinder aus sozial schwächeren Familien in Hamburg deutlich schwerer, einen angemessenen Bildungsabschluss zu bekommen. Wir sind es doch, die nun mit den Viereinhalbjährigen-Untersuchungen, mit den verpflichtenden Sprachfördermaßnahmen, mit den Überlegungen zu Kompetenztests und vielen, vielen anderen Punkten hier gegensteuern. Ich erinnere mich noch genau, dass Frau Raab irgendwann, frustriert von den LAU-Ergebnissen, zurückgetreten ist, weil sie gemerkt hat, dass sie die gesamte Zeit in die falsche Richtung gesteuert hat.

(Beifall bei der CDU)

Zum Schulschwimmen: Wir stimmen heute eigentlich nur darüber ab, ob künftig die Möglichkeit bestehen soll, dass Schülerinnen und Schüler beim Schwimmunterricht Eintritt bezahlen.

(Jenspeter Rosenfeldt SPD: Vorabbeschluss!)

Es ist bei vielen Sportkursen, die nicht in der Schule stattfinden, bereits alles andere als unüblich, dass die Schüler zum Beispiel für die Hallennutzung bezahlen. Dennoch – da gebe ich Ihnen völlig Recht – ist Schwimmen etwas anderes als Tennis oder Squash – gerade in einer Stadt am Wasser. Ich freue mich deshalb, dass es nach Verhandlungen mit der Bäderland gelungen ist, das erfolgreiche Bremer Modell, das Sie hier zwar auch ein bisschen verteufeln, das dort aber von der SPD mitgetragen wird und mitentwickelt wurde, nach Hamburg zu übertragen.

Ich freue mich noch mehr, dass wir nach dem aktuellen Stand der Dinge – zu dem wird Senatorin Dinges-Dierig

A sicherlich nachher noch etwas sagen – klar feststellen können, dass jeder Schüler und jede Schülerin auch weiterhin in Hamburg nicht nur kostenlos die Schwimmfähigkeit erwerben kann, sondern darüber hinaus zum Beispiel auch elementare Rettungskenntnisse. Die Unterstellung, dass wir als Stadt am Wasser künftig Schüler gefährden würden oder sogar billigend das Ertrinken von Kindern in Kauf nehmen würden,

(Michael Neumann SPD: DLRG!)

ist wirklich mehr als Polemik. Gucken Sie sich das neue Modell an und Sie werden sehen, es ist mehr als Polemik.

Wir haben im Schulausschuss auch über die Frage debattiert, was wir bisher an Schwimmfähigkeiten erreicht haben. Es gibt im Moment dazu kein Ergebnis, es hat aber noch nie Ergebnisse gegeben, auch unter Ihrer Regierung nicht. Der Staatsrat hat zugesagt, das in diesem Jahr, in dem der bisherige Schwimmunterricht noch läuft, zu evaluieren. Wir vergleichen das dann mit dem künftigen Schwimmunterricht und dann haben wir die Ergebnisse. Dann werden Sie sehen, dass die Hamburger Schülerinnen und Schüler künftig besser Schwimmen lernen als bisher.

(Beifall bei der CDU)

Eine letzte Bemerkung zu den Lehrschwimmbecken, Frau Ernst.

B Es gibt für mich nur zwei Möglichkeiten: Entweder man kann im Lehrschwimmbecken Schwimmen lernen oder man kann es nicht. Wir haben erst einmal angenommen, man kann es, dann haben uns die Experten gesagt, nein, es geht nicht. Man kann sich dann natürlich fragen, warum Sie seinerzeit Lehrschwimmbecken geschaffen haben.

Also: Die Experten haben uns gesagt, in Lehrschwimmbecken könnte man nicht Schwimmen lernen. Deshalb haben Sie irgendwann in der Presse gesagt, die Lehrschwimmbecken könnte man eventuell schließen. Das wollen wir nun auch machen. Von daher können Sie aber nun auch nicht mehr sagen, vielleicht müssen wir doch Lehrschwimmbecken erhalten, in denen man ja nicht Schwimmen lernen kann, sondern lassen Sie uns lieber gemeinsam als Altonaer Abgeordnete dafür kämpfen – da bin ich gerne bei Ihnen –, dass es einen Ersatz für das Bismarckbad gibt. Es wird ein schwieriger Weg, aber wir kämpfen dafür. – Danke.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Frau Goetsch hat jetzt das Wort.

Christa Goetsch GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wenn ich mir den heutigen Tag angucke, an dem wir die sechste Novellierung des Schulgesetzes besprechen, ich an die anderen Novellen denke – wir hatten die siebente zum Schulzwang schon einmal vorweg – und die letzten drei Jahre beleuchte, dann kann man nur sagen: Was ist da alles kaputt gegangen. Es war eine ziemlich bittere Entwicklung, aus der man das Fazit ziehen kann, dass mehr kaputt gemacht wurde als aufgebaut worden ist.

(Präsident Berndt Röder übernimmt den Vorsitz.)

C Ich will das an Folgendem deutlich machen. Wir haben angefangen, über Schulgesetz-Novellierungen zu sprechen. Es ging darum, integrative Regelklassen zu zerstören, integrierte Haupt- und Realschulen nicht ins Gesetz aufzunehmen, weniger Demokratie in der Schule zu erlauben, höhere Klassenfrequenzen über größere Klassenorganisationen zu organisieren. Es ist natürlich nicht besonders förderlich – wir haben vorhin über Sozialpolitik gesprochen –, wenn 27 Schülerinnen und Schüler in einer Klasse sitzen – gerade in der Grundschule. Wir haben über die Abschaffung der Lernmittelfreiheit sprechen müssen und heute letztendlich über Schwimmunterricht und über Vorschulgebühren. Alle Maßnahmen und Entscheidungen Ihrerseits haben nicht dazu beigetragen, die Schullandschaft in Hamburg zu verbessern, sondern es hat noch eine größere Spaltung in unserer Stadt stattgefunden, die noch größer wird, weil die Einschnitte erst im Sommer langsam spürbar und in den nächsten Jahren wahrscheinlich noch tiefgreifender sein werden. Es geht nicht darum, ob ein Kind einen Kopfsprung kann und seinen "Freischwimmer" hat, sondern es geht in der Gesamtheit um viel mehr.

Zum Schwimmunterricht ist schon sehr viel gesagt worden. Die Anhörung im Schulausschuss war ein solcher Slapstick, vor allen Dingen, nachdem die von der CDU-Fraktion benannten Experten alle unisono sagten, das hat vielleicht etwas mit Wasserberührung oder Wasserkontakt zu tun, aber nicht mit Schwimmunterricht.

D Warum bekommen wir nicht – deshalb ist das auch so nervig bei den Schuldebatten –, wie das früher üblich war – ich war weiß Gott nicht mit allem einverstanden und ich habe in den letzten 25 Jahren schon ein paar Schulsenatorinnen und -senatoren erlebt – eine Drucksache vorgelegt, die einmal Hand und Fuß hat und in sich stimmig ist. Wir hangeln uns immer von einem Stückwerk zum anderen. Das ist so unglaublich furchterlich. Frau Ernst hat das Hin und Her schon angedeutet. Es ist immer wieder irgend etwas nicht handwerklich ordentlich gemacht. Das ist etwas, was besonders beim Schwimmunterricht – nicht durchs Wasser – durch den Kakao gezogen werden kann.

(Beifall bei der GAL – Christian Maaß GAL: Der Senat ist immer nur am Schwimmen!)

Das ist selbst verursacht aufgrund von Unwissenheit und Dummheit.

Jetzt aber zu dem Thema, das mir heute mehr am Herzen liegt, weil zum Schwimmen alles gesagt worden ist, der vorschulischen Bildung.

Wir hatten vor drei Jahren das Bildungsjahr Fünf Plus initiiert. Darüber wurde vom ganzen Hause in verschiedenen Sitzungen und Anhörungen fachlich sehr gut diskutiert. Im Schulausschuss wurde in bestimmten Punkten ein großer Konsens erzielt, dass die vorschulische Bildung, aber auch die fröherliche Bildung in der Kita sehr wichtig ist. Dann macht man einen richtigen Schwenk zurück. Es nützt nichts, Herr Heinemann, wenn Sie sagen, dass es natürlich auch Konstruktionsfehler gab. Es gab sie in der Vorschule bei der anschließenden unsicheren Betreuung und umgekehrt und in der Kita gibt es keine verbindliche Bildung. Alle diese Punkte haben wir hier rau und runter diskutiert. Ihre Konsequenz ist aber, dass die Vorschule zum einen Gebühren kostet und damit faktisch in bestimmten Stadtteilen nicht mehr angewählt und abgeschafft wird. Natürlich gibt es das Fünf-

A stundenangebot. Aber Sie müssen einmal dort hingehen. Ich habe den Bürgermeister vorhin aufgefordert, sich vor Ort anzugucken, wie es dort aussieht. Gehen Sie einmal in eine Vorschulklasse, in der eine Person fünf Stunden am Tag alleine mit 25 Vorschulkindern ist. Der eine oder andere von Ihnen ist vielleicht Vater oder Mutter und weiß, was es bedeutet, wenn fünf Kinder schreien und Schnürenkel zugemacht bekommen wollen und gleichzeitig Lese- und Lernspiele stattfinden sollen. Die fünfte Stunde nützt gar nichts, wenn der Unterricht mit einer Person bewerkstelligt werden soll. Das ist ein Abbau, ein Zerstören der vorschulischen Bildung in Hamburg.

(Beifall bei der GAL)

Infofern kann man nur sagen – ich komme zu meinem Fazit wieder zurück –: Das sind jetzt sieben Novellierungen, die wir hier seit drei Jahren besprochen haben. Ich kann nur wiederholen, was ich vorhin schon sagte: Es ist mehr kaputtgemacht worden als aufgebaut wurde. – Danke.

(Beifall bei der GAL)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt Senatorin Dinges-Dierig.

Senatorin Alexandra Dinges-Dierig: Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Ich glaube, nach den Vorrednern sind wir uns alle darüber einig, dass wir in Hamburg eines der besten Vorschulsysteme der Länder haben. Das ist auch der Grund, weshalb wir uns daran gemacht haben, dieses Angebot qualitativ weiterzuentwickeln.

B

(Beifall bei der CDU)

Es hat auch etwas damit zu tun, dass wir ein Stück weit die Konsequenz daraus ziehen müssen, vor wenigen Jahren die verbindlichen Vorstellungen der Viereinhalbjährigen eingeführt zu haben. Sie haben allesamt immer wieder gefragt: Und, was ist nun? Das hat auch etwas mit der qualitativen Weiterentwicklung der Vorschule zu tun.

Wir haben nicht nur die Betreuungszeit am Vormittag auf fünf Stunden ausgeweitet und die Verlässlichkeit eingeführt – dieses alles ist schon gesagt worden –, nein, wir haben dort darüber hinaus noch andere Bausteine verankert, seien es die Qualitätsstandards, die wir beschlossen haben, aber auch die Sprachförderangebote, die wir ab dem Schuljahr 2006/07 verpflichtend machen wollen. Wir müssen hierzu noch die Rechtsgrundlage schaffen. Das wird endlich ein großer Schritt in Richtung Chancengerechtigkeit sein.

(Beifall bei der CDU)

Wir werden mit diesem System der Viereinhalbjährigen Vorstellungen, der Entwicklung der Kinder, der Beurteilung der Entwicklung, der Defizitfeststellungen und dann natürlich auch der Empfehlung an die Eltern für eine vorschulische Einrichtung, der Kontakte untereinander zwischen der Vorschule und den Kitas und den dann verpflichtenden Sprachförderkursen den von Ihnen angemahnten Aufbau im Bereich Bildung nachhaltig betreiben.

Frau Ernst, Sie haben versucht, das Thema Schulschwimmen plastisch darzustellen. Wir haben heute, nach vielen Diskussionen, vielleicht ein besseres Bild, als Sie es heute dargestellt haben. Nicht umsonst gibt es im

C Bereich der parlamentarischen Ausschüsse Expertenanhörungen, dessen Ergebnisse – dazu fühle ich mich auch verpflichtet – man sich durch den Kopf gehen lassen und weitere Besprechungen und Verhandlungen führen sollte. Deshalb sind wir heute nach den letzten Wochen ein wesentliches Stück weiter. Wir planen in Hamburg für das Schwimmen – das wird das neue Konzept sein – nicht nur das bereits im Mai verkündete für alle Grundschüler weiterhin obligatorische Schwimmen in der dritten oder vierten Klassenstufe, sondern wir werden zusätzlich in der sechsten Klasse im Umfang von einer Stunde pro Woche das Schwimmangebot obligatorisch ausweiten.

(Beifall bei der CDU)

Mit dem neuen Konzept, in der Grundschule ein Jahr verpflichtend, in der sechsten Klasse ein Jahr – eine Stunde ist immer der Umfang, die Organisation wird vor Ort gemacht –, wird das Ziel nachhaltig gestärkt, dass alle Kinder das Bronzeabzeichen haben sollen. Das wird natürlich nachgewiesen werden, genauso wie wir jetzt nachweisen werden, wie viel im Moment erbracht wird. Viel wichtiger für uns ist – da sind wir ein Stück bei der Sportstadt –, dass wir durch die verpflichtende Schwimmezeit in der sechsten Klasse natürlich nicht nur das Ziel des besser Schwimmen-Könnens ausweiten können, sondern wir können anfangen, auch im Bereich des Schwimmstiltrainings einiges zu tun. Damit haben wir die Voraussetzungen für eine Weiterführung in Schwimmvereinen geschaffen.

(Beifall bei der CDU)

D Um Ihnen zu zeigen, wie die Kette weitergeht, Folgendes: Ihnen ist allen bekannt, dass Schwimmen eine unserer Schwerpunktssportarten im Olympia-Stützpunkt ist.

Jetzt werden Sie sagen, das ist aber sehr weit weg. Aber, wir haben Schwimmen als Kernsportart in den Hamburger Vereinen. Dadurch zeichnet sich Hamburg gerade aus. Hier ist es fest im Breitensport verankert. Wir verbinden also mit unserem neuen Schwimmkonzept in der Schule die Facetten Schule, Breitensport und Leistungssport. Das ist ein wichtiger Beitrag zum Ausbau unserer Profilierung der Sportstadt Hamburg.

(Beifall bei der CDU)

Ich komme noch einmal auf die letzten Wochen zurück. Sowohl bei den Vorschulen als auch beim Schulschwimmen zeigt sich, dass wir bei gutem Willen und Engagement aller Beteiligten Hamburger Standards nicht nur halten, sondern sogar noch ausbauen können, auch wenn das vielleicht manchmal etwas länger dauert und nicht gleich im ersten Wurf gelingt.

Ich kann für die Bereitschaft vieler verschiedener Gruppen, sich zu engagieren – Eltern, die in der Vorschule etwas dazu beitragen, Lehrerschaft, Sportlehrer, Bäderland GmbH und viele andere –, an dieser Stelle nur Danke sagen. Die Zusammenarbeit ist die Basis, die wir brauchen, sowohl im Schul- als auch im Sportbereich, damit wir trotz der augenblicklich schwierigen Haushaltsentwicklungen, denen wir uns stellen müssen, im Bereich Bildung und Sport konstruktiv aufbauend etwas tun können. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

- A **Präsident Berndt Röder:** Das Wort bekommt der Abgeordnete Schmidt.

(*Michael Neumann SPD:* Ein heiliger Schauer ist mir über den Rücken gelaufen bei der Rede!)

Jürgen Schmidt SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Senatorin, dass Sie eben festgestellt haben, Anhörverfahren hätten auch etwas Gutes, haben wir natürlich gern zur Kenntnis genommen, zumal sie auf unsere Initiative zurückzuführen waren. Leider war der Erfolg in diesem Fall nur sehr, sehr partiell. Der geballten Argumentationskraft aller Sachverständigen konnten Sie nun wahrlich nicht widerstehen, um etwas einzustehen. Hinsichtlich dieses Punktes war es also kein überraschendes Ergebnis, dass man Schwimmen nicht allein im Lehrschwimmbecken lernen kann.

Schwimmfähigkeit bedeutet also Freischwimmen. Das hatte die Senatorin, wenn man sich die alte Vorlage ansieht, bisher nicht gewusst. Darüber ist sie nun eines Besseren belehrt worden. Das ist sehr erfreulich.

Nun bin ich bereits mit den erfreulichen Feststellungen am Ende. Ich möchte mit dem gestörten Verhältnis der Sportsenatorin allgemein zum Schulsport fortfahren. Zum Schwimmen komme ich dann noch.

Wenn man sich den Erlass aus Ihrem Hause ansieht, dann glaubt man wirklich nicht, Frau Senatorin, dass Sie das Sportgesicht dieser Stadt sein wollen. Ich darf aus einem Erlass aus Ihrem Hause vom vergangenen Monat zitieren. Daraus ergibt sich zur dritten Sportstunde die erste Feststellung:

- B "Die Schulen können die dritte Sportstunde a) innerhalb des Stundenplans regulär als Sportunterricht erteilen, ..."

Donnerwetter, kann ich da nur sagen, eine Selbstverständlichkeit.

"... b) epochal erteilen."

Das würde beispielsweise bedeuten: Erstes Halbjahr zwei Stunden, zweites Halbjahr vier Stunden mit allen organisatorischen Schwierigkeiten, die damit verbunden sind.

"... Drittens: Zur Vorbereitung und Durchführung von sportlichen Wettbewerben verwenden."

So erfreulich das ist, gerade vor dem Manko, das wir mit "Jugend trainiert für Olympia" erlebt haben. Auf der anderen Seite würde das bedeuten, dass der eine oder andere Schüler oder Schülerin nur zum Zugucken verurteilt ist.

"Viertens: Zur Vorbereitung und Durchführung von anderen Wettbewerben."

Das heißt also sportfremd. Auch dafür darf die dritte Sportstunde verwandt werden. Oder, letzter Punkt:

"In besonderen Profilklassen, Musikklassen, bilinguale Klassen unter anderem als zusätzliche Profilstunde zu unterrichten."

Das ist ein krasser Widerspruch zu den Aussagen, die dieser Senat getroffen hat, als es noch um die Olympiabewerbung ging.

(Beifall bei der SPD)

Da wurde gegenüber dem Deutschen Sportbund für die Olympiabewerbung 2012 immer wieder ausdrücklich

bestätigt, Hamburg führt die dritte Sportstunde verpflichtend ein. C

Aber, Frau Senatorin, speziell zum Schwimmen gibt es von Ihnen Angreifbares zu hören. Sie haben bereits bei der berühmt gewordenen Veranstaltung "Strömungen" der Firma Vattenfall erklärt – ich erkläre ausdrücklich, es folgt jetzt nicht der Hinweis, was Vorrunde und Qualifikation anbelangt –, Schwimmen würde heute nicht mehr von allen Kindern goutiert, manche würden die Kletterwand vorziehen.

Frau Senatorin, eine solche Äußerung in der Öffentlichkeit – ich will es einmal vorsichtig ausdrücken – ist zumindest irreführend, denn das Schwimmen besitzt eine lebenslange gesundheitsfördernde und lebensrettende Funktion. Gerade das Lernfeld Wasser bietet Kindern besondere Möglichkeiten und Anreize. Deshalb dürfen Sie einen derartigen Vergleich nicht ziehen und damit den Eindruck vermitteln, Schüler oder Schule oder Sie hätten hier die freie Auswahl. Das müssen Sie klarstellen.

(Beifall bei der SPD)

Nun zu Einzelheiten, die nach wie vor noch offen sind. Allen Fachleuten ist klar, dass die von Ihnen vorgesehnen Schwimmzeiten viel zu kurz sind. Das hat man auch in Bremen – dort läuft die Vermittlung über Bademeister – ausdrücklich festgestellt. Das wird so mit den geringen Zeiten nicht gehen.

Die Betreuung durch Kräfte von Bäderland wird auch so nicht funktionieren, wenn die Überlegungen, die wir gehört haben, richtig sind, dass bis zu 50 Kinder – Schwimmer und Nichtschwimmer zusammenpackt – von zwei Mitarbeitern betreut werden. Ob man pädagogisch vorgebildet ist oder nicht, spielt in diesem Fall bereits gar keine Rolle mehr. Das kann keiner leisten, das ist ausgeschlossen. D

Wie soll die Benotung ablaufen? Wie verhält es sich mit dem Fahrweg und den Fahrkosten? Als Altonaer Abgeordneter darf ich natürlich ganz massiv das Problem Bismarckbad erwähnen, in dem zurzeit Schülerinnen und Schüler von 14 Schulen Schwimmunterricht erhalten. Wohin sollen die dann gehen? Wie wird die Zeit gerechnet? Wird die gesamte Zeit als Sportzeit gerechnet, wenn allein für Hin- und Rückfahrt jeweils mehr als eine Stunde benötigt wird?

Eine weitere wichtige Frage, auf die schon einmal hingewiesen wurde, betrifft die Benotung des Faches Sport. Sie haben im Ausschuss und auch hier lediglich den Sekundarbereich I erwähnt. Ich habe Sie jetzt so verstanden, dass es im Sekundarbereich I eine Sportstunde geben wird. Diese Sportstunde, so steht das nach wie vor im Raum, soll aber etwas kosten. Das ist nicht in Ordnung.

Sie haben eben versucht, die Verbindung zum Leistungssport und auch zu den nationalen Schwimmwettbewerben herzustellen. Das ist auch ein sehr wichtiger Punkt, der auf diese Art und Weise, wie Sie es eben vorgebracht haben, wahrlich nicht umzusetzen sein wird.

Ein letzter Punkt, der aus meiner Sicht in der Auswertung über das Anhörverfahren eine große Rolle gespielt hat: Wir haben immer wieder nach der Finanzierung gefragt. Ihr Staatsrat war nicht in der Lage, uns etwas dazu zu sagen. Wir kündigen jetzt schon einmal an, dass wir nach wie vor intensiv nachsetzen werden. Es kann nicht richtig

A sein, dass Sie auf elegante Art und Weise versuchen, das durch Haushaltstricks klarzustellen. Wir wollen wissen, wie viel Lehrer es letztendlich sind, die eingespart werden müssen. Dieses werden wir in der Öffentlichkeit bekannt machen.

Herr Stielert, einer der Sachverständigen, hatte im Anhörverfahren dankenswerterweise einen Gesetzentwurf der CDU aus Nordrhein-Westfalen zur Verfügung gestellt. Auf dem Briefkopf stand der Name Dr. Jürgen Rüttgers. Wenn Sie den Entwurf lesen und entsprechend verinnerlichen, dann werden Sie feststellen, dass Sie hier in Hamburg wahrlich auf dem falschen Wege sind. Sie müssen in sich gehen, Sie müssen dem Schwimmsport in Hamburg mehr Gerechtigkeit widerfahren lassen. Das ist Ihre Aufgabe. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Dietrich.

Lars Dietrich CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich freue mich sehr darüber, dass Frau Senatorin Dinges-Dierig heute mitgeteilt hat, dass es möglich sein wird, in den sechsten Klassen zukünftig verpflichtend eine Schulstunde Schwimmen gehen zu können. Dafür den herzlichsten Dank der Fraktion der CDU.

(Beifall bei der CDU)

Es ist aberwitzig, dass uns Sozialdemokraten kritisieren, die seit vielen, vielen Jahren Verantwortung für diese Stadt getragen haben. Der Abgeordnete Schmidt war zu Regierungszeiten der SPD Mitglied dieses Hauses und insofern trägt er ganz wesentlich nicht nur für die Haushaltsslage der Stadt Verantwortung, sondern auch für das Desaster, das wir 2001 und die Senatorin insbesondere im letzten Jahr in der Behörde vorgefunden haben.

(Zuruf von Michael Neumann SPD)

– Herr Neumann, es ist offenkundig, weil Herr Schmidt davon sprach, welches Chaos aus dem Hause der Behörde für Bildung und Sport kommt, wie viele Sozialdemokraten in dem Hause dort noch beschäftigt sind.

(Zurufe von der GAL und Lachen bei der SPD und der GAL)

– Das muss man einmal so deutlich sagen.

Infofern wundern wir uns natürlich nicht, dass Herr Schmidt immer so tolle Informationen bekommt. Allerdings sind die immer gefiltert, Herr Schmidt, und sie sind natürlich gesteuert.

(Luisa Fiedler SPD: Sie haben doch gar keine Ahnung!)

Ich möchte zu Frau Ernst kommen, die gesagt hat, die Sportlehrer seien jetzt nicht mehr diejenigen, die den Schwimmunterricht durchführten, sondern die Schwimmmeister der Bäderland GmbH. Heißt das im Umkehrschluss, Sie trauen den Schwimmmeistern nicht zu, dass sie einen fachlich qualitativen Schwimmunterricht erteilen können? Soll es das letztendlich bedeuten? Das Gegenteil ist ganz häufig der Fall. Schwimmmeister sind genauso motiviert, Schwimmunterricht zu erteilen. Dafür sind sie fachlich gut qualifiziert ausgebildet. Infofern ist das ein großer Wurf, den die Behörde für Stadtentwicklung

und Umwelt gemeinsam mit der Behörde für Bildung und Sport vollzogen hat, wenn sie sagt, auf der einen Seite sparen wir Geld ein und auf der anderen Seite stellen wir die qualitativ gute Ausbildung der Schülerinnen und Schüler sicher.

(Beifall bei der CDU)

Frau Ernst, man hat in einem Nebensatz durchaus gemerkt, dass es einen Unterschied zwischen beiden Seiten des Hauses gibt, weil Sie gesagt haben, andere Wassersportarten könnten nicht vermittelt werden. Wir können jetzt natürlich eine grundsätzliche Debatte darüber führen, was Staatsaufgabe ist und was nicht. Wir sind uns alle einig, dass das Erteilen von Schwimmunterricht wichtig ist – das hat Herr Heinemann auch schon gesagt –, nicht nur, weil Hamburg eine Stadt am Wasser ist, sondern weil Schwimmen in gewissen Situationen lebensnotwendig ist. Wir stimmen mit Sicherheit darin überein – das stellt diese Vorlage auch sicher –, dass die Behörde für Bildung und Sport sagt, in der vierten Klasse müssen alle Schülerinnen und Schüler möglichst Schwimmen gelernt haben und das Bronzeabzeichen quasi als Prüfungsnote mit abgenommen wird. Das ist das Ziel und das ist Staatsaufgabe. Es kann aber nicht Staatsaufgabe sein, dass man im Rahmen des Schwimmunterrichts anfängt, andere Wassersportarten einzuüben. Schwimmen soll Geschmack machen auf weiteres Schwimmen und wer Interesse hat, Wasserball zu spielen oder Synchronschwimmen zu machen, der macht das im Schwimm- oder im Sportverein, aber das ist nicht primär Staatsaufgabe.

(Beifall bei der CDU)

Herr Schmidt, das wissen wir, kann man es eh nie recht machen. Herr Schmidt hat sich in den letzten 13 Monaten, in denen ich Mitglied dieses Hauses sein darf, als der größte Mäkler und Meckerpott abgegeben. Er hat zwar zugegeben, dass die Senatorin hier sehr deutlich gesagt hat, die Anhörung sei ein Beleg dafür gewesen, noch einmal über das eine oder andere nachzudenken. Ich empfinde es aber als eine große Stärke,

(Zuruf von Wilfried Buss SPD)

dass sich jemand nach einer Anhörung Gedanken macht – Herr Buss, die Stärke haben Sie manchmal nicht gehabt – und sagt, ich steuere hier noch einmal um und versuche einen neuen Weg. Infofern ist das Ergebnis des Ausschussberichts, den Sie als Tischvorlage lesen können, auch eine gute Lösung.

(Beifall bei der CDU)

Man merkt natürlich auch, dass der Kollege Schmidt viele Jahre im Finanzamt gearbeitet hat. Deswegen spricht er hier von "Erlass". In der Behörde für Bildung und Sport, Herr Kollege Schmidt, wird nicht erlassen, sondern es gibt Vermerke und Hinweise, aber keinen Erlass.

(Beifall bei der CDU)

Zur dritten Sportstunde, Herr Kollege Schmidt: Sie bemäkeln alle fünf Punkte. Das war mir natürlich auch klar, denn so viel Flexibilität können Sie in der Regel nicht aufweisen. Das ist natürlich nicht so einfach, die dritte Sportstunde ist ein Ziel, selbstverständlich, und das wollen wir auch.

A Es wird so viel möglich gemacht, diese dritte Sportstunde auch zu realisieren. Nur, wir haben den Ansatz, das kreativ zu lösen, und Sie lösen das immer sehr dogmatisch.

Das Fünf-Punkte-Programm, das Sie eben noch einmal benannt haben, zur Umsetzung der dritten Sportstunde, hat sehr viel Flexibilität. Das soll auch so sein. Profilklassen sind deshalb Profilklassen. Wer eine musiche oder eine technische Ausrichtung hat im Profil, wird auch mehr Wert auf das Musiche und das Technische legen. Das birgt eine gewisse Logik in sich.

Schwimmzeiten. Ich habe in der vierten Klasse an meiner Schule – wohlgerne ehrenamtlich, freiwillig, weil ich Leistungsschwimmen gemacht habe – auch Schwimmunterricht mit den Lehrern gemacht. Zu SPD-Zeiten war das eine Katastrophe. Da haben Sie zwei vierte Klassen gehabt, wobei damals die Klassengröße nicht 20 oder 25 betragen hat, sondern teilweise 30 bis 35.

(Michael Neumann SPD: Als Sie jung waren!)

Jetzt haben Sie zwei vierte Klassen. Das waren nicht 40 Schülerinnen und Schüler, sondern es waren 50, 55 bis 60 Schülerinnen und Schüler. Zu SPD-Zeiten war es nicht möglich, den Nichtschwimmern das Schwimmen ordentlich beizubringen. Deshalb hat die Schule damals Schülerinnen und Schüler gesucht, die mitgeholfen haben, das Stilschwimmen beizubringen, damit die Lehrkräfte sich wesentlich auf die Nichtschwimmer konzentrieren konnten.

Herr Neumann, ich würde gern mit Ihnen um die Wette schwimmen. Ich wette mit Ihnen, ich hänge Sie ab.

B (Beifall bei der CDU)

Präsident Berndt Röder: Bevor ich der Abgeordneten Blömeke das Wort gebe, möchte ich den Abgeordneten Dietrich bitten, darüber nachzudenken, ob die von ihm gewählte Bezeichnung des Kollegen Schmidt als ehrenvoller Beiname zu bezeichnen ist. – Die Abgeordnete Blömeke hat das Wort.

Christiane Blömeke GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Dietrich, es ist erstaunlich, ich will mich jetzt nicht noch einmal wieder in diese ganze Schwimmdebatte an den Schulen einmischen und sie noch einmal neu aufrollen. Aber eines müssen wir ganz deutlich festhalten: Hier gibt die Schulbehörde, hier gibt die BBS einen Teil des Sportunterrichts aus der Hand, gibt den Sportunterricht in fremde Hände, letztendlich auch zur pädagogischen Beurteilung. Das ist etwas, was bei weitem nicht angehen kann.

(Beifall bei der SPD)

Wenn dann gar nichts mehr hilft und auch die Vorlage, wie Frau Ernst es eben gesagt hat, absolut unvollständig war, dann greifen Sie, Herr Dietrich, letztendlich zur Mitarbeiterbeschimpfung der Behörde. Das ist erstaunlich. Das sind für Sie die Schuldigen, die das letztendlich alles verzapft haben.

Ich möchte aber gerne noch auf einen anderen Punkt zu sprechen kommen, den Frau Dinges-Dierig und Herr Heinemann erwähnten, der eben vielleicht noch ein bisschen untergegangen ist, der mir aber auch sehr wichtig ist. Das ist die Sprachförderung. Herr Heinemann, Sie versuchen immer ein Image vor sich herzutragen, möglichst wirklich fundierte Reden und Beiträge zu halten. Da

wundert es mich wirklich, dass Sie diesen fachlichen Unfug der additiven verpflichtenden Sprachförderung am Nachmittag mittragen können.

Vielleicht ist es vielen Ihrer Kollegen, denn die unterhalten sich gerade und sind auch nicht daran interessiert, gar nicht ganz klar, was diese additive Sprachförderung überhaupt bedeutet.

Die additive Sprachförderung am Nachmittag bedeutet, dass Kinder zum Beispiel auch aus den Kitas – aus ihrer Vorschulgruppe – herausgehen müssen und in eine – das sage ich jetzt einmal ganz deutlich – Extragruppe gesteckt werden, wo sie ihre Defizite deutlich vor Augen gehalten bekommen. In dieser defizitären Gruppe bekommen sie am Nachmittag diesen zusätzlichen Spracherwerb.

Ich möchte ganz deutlich sagen, dass wir nichts gegen eine verpflichtende Sprachförderung haben, aber dann sollte sie aber dort geschehen, wo sie hingehört, nämlich integrativ in genau die Einrichtungen, wo die Kinder am besten lernen und sie sich wohlfühlen. Das sollte in den Einrichtungen geschehen, wo sie sowieso betreut werden. Dieses ist ganz eindeutig die Kita oder die Vorschule.

Ihren Murks, nachmittags eine additive Sprachförderung einzuführen, hat sich Frau Dinges-Dierig ausgedacht und der Sozialbehörde übergestülpt, die darüber überhaupt nicht erfreut ist. Das ist ein Schritt, der in die völlig falsche Richtung geht. Ich denke, wir werden an entsprechender Stelle die Möglichkeit haben, ausführlich darüber zu diskutieren. Um Ihnen schon einmal einen kleinen Einblick zu geben, welcher Unfug sich dahinter verbirgt, ist eine Aufklärung zu diesem Punkt ganz wichtig.

(Beifall bei der GAL)

Präsident Berndt Röder: Jetzt wünscht das Wort der Abgeordnete Buss.

Wilfried Buss SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Dietrich, ich wollte eigentlich zum Thema Schwimmen nicht mehr viel sagen, weil Frau Ernst und Frau Goetsch schon dazu gesprochen haben. Aber Ihr Beitrag bedarf einer Korrektur. Das kann so nicht im Raum stehen bleiben, denn Sie sind bei den entsprechenden Ausschussberatungen nicht dabei gewesen.

Erstens: Hier zu sagen, das Ergebnis der Anhörung sei ein erfreulicher Lernprozess gewesen, den die CDU-Fraktion als Erfolg der Senatorin zu feiern versucht, dann ist das so nicht richtig. Es ist genau umgekehrt. Das machen Sie anderswo auch nicht. Sie lassen die Experten berichten und machen trotzdem so weiter, als wenn diese gar nichts gesagt hätten.

(Lars Dietrich CDU: Quatsch!)

Tatsache ist doch, dass diese Expertenanhörung zum Thema Schwimmunterricht für das Konzept des Senats eine derartige schallende Ohrfeige war, dass Ihnen gar nichts anderes übrig blieb, als die Senatorin dahin zu bringen, Nachbesserungen vorzunehmen.

Insbesondere hat Ihr lobender Beitrag zum Thema Schwimmunterricht in den Klassen 6 gezeigt, dass unsere intensiven Nachfragen in der letzten Sitzung des Schulausschusses zu der Sekundarstufe I auch dazu beigetragen haben, dass die Behörde der Senatorin noch

C

D

A einmal nachsteuern musste. Solange Sie die heutige Gesetzesvorlage nicht entsprechend ändern, ist die Frage, ob das nun kostenpflichtig oder kostenlos sein wird, noch nicht geklärt. Bleibt dies nun fakultativ oder nicht oder wird mit dem Wort der Senatorin "verpflichtend" die Kostenpflichtigkeit des Schwimmunterrichts in der 6. Klasse umgehen oder wie ist das? Sie machen sich das viel zu einfach und Sie glauben, Sie können einfach mit einem Schwamm darüber gehen und dies mit lobenden Worten zukleistern. Das kann man nicht machen.

(Unruhe im Hause – Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Meine Damen und Herren, der Lärm auf beiden Seiten hebt sich nicht gegeneinander auf, sondern er addiert sich. Ich möchte Sie um etwas mehr Ruhe und Aufmerksamkeit für den Redner bitten.

Wilfried Buss (fortfahrend): Vielen Dank, Herr Präsident.

Herr Dietrich, Ihre Kritik – das hat Frau Blömeke auch gerade gesagt – ist doch ein Unding. Sie sagen, dass, wenn jemand kritische Fragen stellt, dies die Schuld der Mitarbeiter sei, die gegenüber dem Senat keine Loyalität zeigen würden. Das ist eine Zumutung, wenn Sie hier so tun und glauben, dass damit die Mitarbeiter pauschal in eine SPD-Tasche zu stecken seien. Wo kommen wir dahin? Es ist ein Unding gegenüber solchen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die in den Senatorenbüros ordentlich ihre Arbeit machen, indem Sie ihnen dieses unterstellen und sich auf solche Informationen zu berufen. Das ist völlig daneben, wenn kritische Nachfragen und entsprechend gute Kritik von einem Abgeordnetenkollegen geäußert werden. Das passt hier nicht her.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt zu dem, was Herr Heinemann zum Thema Vorschulen gesagt hat.

Herr Heinemann, die SPD-Fraktion ärgert am meisten die Tatsache, dass Sie versuchen, die zusätzliche fünfte Stunde als einen Erfolg, einen großen Fortschritt unter dem Gesichtspunkt zu feiern, dass dies leider etwas Geld kosten werde, aber insgesamt mehr bringen würde.

Aber Tatsache ist doch, dass Sie es nicht nur dadurch schaffen, diese fünfte Stunde hinzubekommen, indem Sie den Eltern jetzt genauso viel Geld abverlangen wie für die Kita, sondern vor allem dadurch, dass Sie die zusätzliche Lehrkraft, die bisher in den Vorschulklassen unterrichtet hat, entsprechend einsparen. Es bleibt dabei: Sie haben jetzt eine Lehrkraft weniger und nur noch eine Sozialpädagogin, die für die gesamten fünf Stunden zuständig ist. Wir haben uns in Elternkreisen unterhalten und gefordert, dass uns das die Senatorin und der Bürgermeister erst einmal vormachen soll, wie das funktionieren soll, wenn 25 Kinder nacheinander auf die Toilette gehen müssen und sich untereinander in die Wolle bekommen. Das sind Vorschulkinder, denen hier und dort – wie zum Beispiel beim An- und Ausziehen von Schuhen oder anderen Dingen – geholfen werden muss. Gleichzeitig soll man die ganze Rasselbande von 25 Kindern natürlich allein – selbstverständlich gegen Gebühr – im Griff haben. Das ist doch überhaupt nicht der Maßstab, der hier angesetzt werden kann. Hier von Fortschritt zu sprechen, Herr Heinemann, ist für mich euphemistisch.

(Beifall bei der SPD)

C Sie haben nach wie vor keine Anbindung – außer für die 60 Kinder, die es bisher gibt – an die Kita und keine Mittagessenversorgung geleistet. Das wäre etwas gewesen, wenn Sie Geld verlangen und dafür ein Mittagessen geben würden. Darüber hätte man reden können. Das ist aber nicht geschehen. Sie haben hier also auch weniger getan.

Dann erzählen Sie uns das Märchen, dass Sie gerade die Kinder erreichen wollen, die es am nötigsten haben. Tatsache ist doch aber, dass gerade in den Stadtteilen mit sozialen Brennpunkten die Vorschulklassen abgebaut werden mussten, weil die Eltern ihre Kinder nicht anmeldet haben. Das ist in diesen Stadtteilen zulasten der vorschulischen Angebote und zugunsten der besseren Stadtteile gegangen, die jetzt teilweise drei Vorschulklassen einrichten konnten, weil es den Eltern die Sache wert ist. Es ist auch prima, dass die Eltern dieses Angebot annehmen, aber wir wollen doch gerade die anderen erreichen, die wir bisher nicht erreichen konnten. Erzählen Sie uns doch nicht, dass sei durch Ihr Gebührenkonzept jetzt plötzlich möglich. Das ist überhaupt nicht wahr, Herr Heinemann. So können Sie in keiner öffentlichen Debatte bestehen.

(Beifall bei der SPD)

Mein letzter Punkt: Sie glauben an dieses Konzept selbst nicht, denn deshalb haben Sie für die Kinder die verpflichtende Spracherziehung an Nachmittag eingeführt, die keine Kitas und nicht die VSK besuchen. Sie haben nämlich erkannt, dass Sie diese Kinder darüber nicht erreichen können. Aber diese Kinder benötigen eigentlich einen Kita-Platz für acht Stunden. Das sagt Ihnen jeder Experte. Hier reichen die fünf Stunden in der Vorschule nur wenig. Diese wenigen verpflichtenden Stunden mit richtigem Unterricht am Nachmittag sind doch auch nicht der Weisheit letzter Schluss, sondern letztendlich nur ein Notnagel, über den Sie versuchen, die Kritik zu beseitigen, die Ihnen die Experten mit auf den Weg gegeben haben.

D Von daher ist das Konzept überhaupt nicht stimmig und nicht vernünftig ausgearbeitet. Gleichzeitig wird das Ganze noch zu einem sozialen Skandal hinsichtlich der Gebührenpflicht und des Abbaus der Versorgung in den sozialen Brennpunkten. So nicht!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Heinemann.

Robert Heinemann CDU: Sie sollten einfach bei der Wahrheit bleiben. Im Bereich des Schulschwimmens wurde nach der Anhörung ein neues Konzept von der Behörde für Bildung und Sport und der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt entwickelt. Der Stadtrat hat im Schulausschuss am 24. Mai klar erklärt, dass das Schulschwimmen in Klasse 3 kostenlos bleiben würde und dass noch nicht geklärt sei, wie und ob es in den Klassen 5 aufsteigend kostenpflichtig würde. Er hat gesagt, dass geprüft werde, ob es möglich sei, dieses Angebot kostenlos hinzubekommen.

Es freut uns, dass man, indem man die Verhandlungen weitergeführt hat, bis zum heutigen Tage feststellen konnte, dass auch in Klasse 6 dieses Angebot obligatorisch und damit auch kostenlos sein wird. Es ist gut, dass die Verhandlungen auf diesem Wege weitergeführt wur-

A den; nichts anderes hat der Staatsrat angekündigt und nichts anderes hat die Behörde heute erreicht. Das ist doch ein gutes Signal für Hamburg.

(Beifall bei der CDU)

Wir sind auch überhaupt nicht unter Zeitdruck, denn wir beschließen heute die Möglichkeit eines solchen Eintrittsgelds. Das Konzept hingegen greift erst zum 1. August 2006, also erst in mehr als einem Jahr. Ich glaube, wenn man schon heute diesen Verhandlungsstand erreicht hat, ist das mehr als rechtzeitig.

Zweitens zu Frau Blömeke und Herrn Buss. Ich glaube, Sie haben das Konzept hinsichtlich der Erreichbarkeit nicht ganz verstanden. Sie haben doch lange genau die Kinder nicht erreicht, die von ihren Eltern nicht für die Vorschule oder für die Kita angemeldet wurden. Es gibt einen Prozentsatz von gefährdeten Kindern, der freiwillig bisher weder in den Kita noch in die Vorschule gegangen ist.

Man kann man überlegen, ob man diese verpflichtend in ein Acht-Stunden-Angebot schickt. Das muss aber bezahlt werden. Ich habe gesagt, dass ich mir in diese Richtung langfristig etwas wünschen würde. Aber es ist doch ein Schritt in die richtige Richtung, sie jetzt zumindest für die Sprachförderung zu verpflichten. Natürlich muss man die Kinder irgendwo zusammenfassen. Sie können nicht einem Kind allein in einer Kindergartengruppe – neben der normalen Sprachförderung, die dort stattfindet – speziellen Sprachförderunterricht zukommen lassen, sondern die Kinder müssen zusammengefasst werden. Das findet statt und das ist auch richtig so. Aber wir sind hier deutlich weiter, als Sie jemals gekommen sind.

B

(Beifall bei der CDU)

Präsident Berndt Röder: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann kommen wir zur Abstimmung.

(Zuruf von Thies Goldberg CDU – Glocke)

– Herr Abgeordneter Goldberg, ich rufe Sie zur Ordnung.

In den Ziffern 1 und 3 der Ausschussempfehlungen werden Kenntnisnahmen empfohlen; diese sind erfolgt.

Wer möchte die Ziffer 2 der in den Ausschussempfehlungen vorgeschlagenen Änderungen beschließen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist mehrheitlich so beschlossen.

Wer möchte nun das Gesetz zur Änderung des Hamburger Schulgesetzes und zur Änderung des Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie des Rates der Europäischen Gemeinschaften vom 21. Dezember 1988 über eine allgemeine Regelung zur Anerkennung der Hochschuldiplome, die eine mindestens dreijährige Berufsausbildung abschließen, für die Lehrämter mit den soeben beschlossenen Änderungen beschließen?

(Michael Neumann SPD: Das war der falsche Tagesordnungspunkt!)

– Das klären wir. Das war zwar prima vorgelesen, aber möglicherweise falsch. Das muss die jetzt Kanzlei klären, denn das steht exakt hier.

Ich bitte um Nachsicht, das war exakt das Petitum aus der Bezugsdrucksache 18/1821, über das Sie jetzt befinden sollen. Ich vermisse, dass Sie meinen, eben über Ziffer 3 debattiert zu haben. Das kommt auch gleich. Aber

jetzt haben wir zunächst über die Ziffer 2 des Petitums abzustimmen. C

Ich bemühe mich, Klarheit hineinzubringen. Die Ausschussempfehlung lautet:

"2. das als Anlage 1 beigefügte Sechste Gesetz zur Änderung des Hamburger Schulgesetzes als Siebtes Gesetz zur Änderung des hamburgischen Schulgesetzes mit folgender Fassung des § 29 Absatz 1 Nummer 3"

zu fassen, nämlich

"für den Schwimmunterricht im Rahmen des Sportunterrichts in der Sekundarstufe I und II".

Nun folgt das, was ich bereits als Kurzfassung in diesem Petitum vorgelesen habe, nämlich

"und das Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie des Rates der Europäischen Gemeinschaften vom 21. Dezember 1988 über eine allgemeine Regelung zur Anerkennung der Hochschuldiplome, die eine mindestens dreijährige Berufsausbildung abschließen, für die Lehrämter (EG-RL-G-Lehrer) beschließen."

Können wir das jetzt so zur Abstimmung stellen? – Das ist der Fall.

Wer möchte dem zustimmen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist mehrheitlich so beschlossen.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.) D

– Das ist der Fall. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Das ist der Fall. Dann wird die zweite Lesung für die nächste Sitzung vorgesehen.

Wir kommen zu Ziffer 4 der Ausschussempfehlung. Wer schließt sich dieser an? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist mehrheitlich so beschlossen.

Es bedarf auch hier einer zweiten Lesung.

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

– Der Senat stimmt einer sofortigen zweiten Lesung zu. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Das ist der Fall. Dann wird die zweite Lesung für die nächste Sitzung vorgesehen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 10 auf, Drucksache 18/2165: Große Anfrage der CDU-Fraktion zum Thema Familienpolitik in Hamburg.

[Große Anfrage der Fraktion der CDU: Familienpolitik in Hamburg – Drucksache 18/2165 –]

Das Wort wird gewünscht. Die Abgeordnete Koop hat es.

Karen Koop CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Familienpolitik ist nun schon seit einiger Zeit nicht nur in aller Munde, sondern auch in allen Gazetten, Fernsehprogrammen und dergleichen präsent.

(Unruhe im Hause – Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Meine Damen und Herren! Niemand kann Ihnen verwehren, den Raum

- A zu verlassen. Aber ich kann es Ihnen verwehren, das so laut zu tun. – Frau Koop, fahren Sie fort.

Karen Koop (fortfahrend): Das Thema wird in vielen Bereichen sehr rational behandelt, indem man auf die Bevölkerungspolitik schaut, aber auch intensiv und emotional.

(Nebahat Güçlü GAL: Oder gar nicht behandelt!)

– Bleiben Sie ganz ruhig, wir haben es getan und werden es auch weiterhin tun.

Allerdings wird das Thema meistens als Fokussierung auf die Kinder angesehen. Natürlich gehören die Kinder zur Familie, aber sie besteht nicht nur aus Kindern.

Man muss sich einmal diese emotionale Aufgeladenheit ansehen. Wir haben dies beispielsweise am Wochenende erlebt, als 8000 Menschen zum Wohle der Kinder durch die HafenCity gelaufen sind. Natürlich wurde dafür Geld bezahlt, das den Kindern zugute kommt, aber man muss sich fragen, ob sie alle vom Wohl der Kinder bewegt waren, das wage ich zu bezweifeln. Denn die aktive Beschäftigung mit Kindern geht zurück, während die passive Betroffenheit, wenn man über Kinder spricht, zugenommen hat.

Manchmal kann man sich dieses Eindrucks nicht erwehren, der an die Worte eines Satirikers erinnert. Er hat einmal klar und deutlich gesagt, dass 75 Prozent der Deutschen Kinder lieben würden und der Rest sie habe. In Hamburg gibt noch nicht einmal diese 25 Prozent, sondern noch weniger.

- B Familie ist ein bisschen mehr. Familie ist, nicht nur Kinder, sondern auch Eltern zu haben. Sie ist als sozialer Lernort unbedingt notwendig, denn dort werden die sozialen Ressourcen eingeübt, deren Schwinden wir schmerzlich bemerken. Das, was wir allgemein als soziale Kälte oder Abständigkeit in der Gesellschaft empfinden, liegt daran, dass wir in der Familie nicht mehr Rücksichtnahme, Freundlichkeit, Empathie, Einfühlungsvermögen und Höflichkeit einüben. Als Lehrerin kann ich das zwar auch vermitteln, aber es bleibt letztendlich immer ein gewisse Membran vorhanden, bei einigen Schülern dies auf eine bestimmte Weise zu vermitteln, aber es bedeutet nicht, dass man dies als Selbstverständlichkeit einübt.

Was Familie wirklich bedeutet, kann man im Vorfeld schlecht theoretisch vermitteln. Man kann es eigentlich nur merken, wenn man eine Familie hat. Dann weiß man um die Nöte, die Ängste und auch um die Auseinandersetzungen, Zuwendungen und um den Schonraum. Solange man keine Kinder und keine Familie hat, verbindet man damit auch irgendwo einen großen Anteil von Illusionen. Das gilt auch für die Partnerschaften. Man denkt, das sei die Quelle allen Glücks und erwartet Zufriedenheit. Plötzlich überfällt einen die Erkenntnis, dass Familie zunächst einmal in erster Linie etwas kostet. Sie kostet Geld, Zeit und auch persönliche Einbußen. Das Eklatanteste, was man als junge Eltern erfährt – das werden die jungen Eltern hier wissen –, dass Familie zunächst einmal Schlaf kostet. Schlaf kostet es für die nächsten 18 Jahre, und zwar zunächst, weil die Kinder in der Nacht nicht schlafen können, und später, weil man selbst nicht schlafen kann, wenn man nicht weiß, wo sie sind.

Diese Einbußen, die durch die Familie entstehen, wurden nie besonders herausgestellt, weil es alle traf und im Wesentlichen keine freie Entscheidung war. Man wusste,

dass im Laufe seiner normalen geschlechtlichen Begegnungen irgendwann Kinder kommen würden, lebt mit ihnen und dann geht es weiter. Heute ist das in vielen Fällen aber eine bewusste Entscheidung, die immer mehr – trotz der Mahnung unserer Bevölkerungspolitiker – gegen Kinder ausfällt. Die Mahnungen sind vielfältig. Dass man seine Kinder für die Sicherung seiner Rente oder zur sozialen Versorgung bekommt, ist natürlich nicht der Fall.

Dieser Alarm, den die Demographen nicht erst seit den letzten drei Jahren geschlagen haben, sondern der eigentlich schon seit 30 Jahren im Raum steht, ist natürlich zu Anfang – in den Siebzigerjahren – nicht gerade auf fruchtbaren Boden gefallen, da man gerade die Familie als Auslaufmodell postuliert hatte, weil man in der Familie die Quelle der Gewalt oder die Wurzel des Patriarchats sah. Im Grunde genommen lastete man der Familie alle persönlichen Übel an, die man sich denken konnte.

So hatte man sich darauf geeinigt, möglichst frühzeitig Fehlentwicklungen in der Familie durch staatliche oder durch außerfamiliäre Erziehung auszugleichen. Dieses Misstrauen in die Eigenverantwortung der Eltern ist noch nicht aus allen Köpfen heraus. Ich weiß nicht, ob hier die Erziehung im Laufe der Zeit dazu geführt hat oder ob es eine allgemeine gesellschaftliche Entwicklung ist. Die CDU war immer eine Familienpartei. Wir haben die Familie immer hoch gehalten und waren zwar nicht immer auf dem Höhepunkt der augenblicklichen gesellschaftlichen Entwicklung, aber wir haben in den letzten Jahren eine große Entwicklung durchgemacht. Dass uns die Familie immer wichtig war, haben wir auch gezeigt und haben uns auch den Ängsten der Menschen gestellt.

Eine der letzten Untersuchungen hat ergeben, dass es nicht die finanzielle Belastung oder die Betreuungsnoten für Kinder sind, die die Menschen daran hindern, Kinder in die Welt zu setzen, sondern es sind schlicht die Überforderungsängste, ob die Kindererziehung allein oder mit Partner geleistet werden kann und ob überhaupt ein Partner gefunden wird. Wenn unsere Eltern nach dem Krieg so gedacht hätten, dann würde es viele von uns nicht geben. Aber es ist nun einmal so, wenn ich eine freie Entscheidung treffen kann, dann kann ich mich eben gegen etwas entscheiden.

(Gesine Dräger SPD: Dann tun Sie mal was dagegen!)

– Ja, ich bin leider auch nur – wenn Sie so wollen – zu einem Kind in der Lage gewesen; das ist natürlich nicht besonders produktiv. Ich gebe es zu. Aber mein Bruder hat vier Kinder. Wenn man diese Zahl teilt, dann bewegen wir uns im Mittel.

Wir wissen aus den Untersuchungen, dass der Kinderwunsch ungebremst vorhanden ist. Aber wie weit er tatsächlich ernsthaft

(Erhard Pumm SPD: Das hat mit den Hormonen zu tun!)

– Nein, Herr Pumm, damit hängt das nicht zusammen – ist und wie man den Menschen die Angst vor der Überforderung nehmen kann, das können Sie ...

(Rolf-Dieter Kloos SPD: Kommen Sie zur Sache!)

– Ich komme dazu, Herr Kloos; seien Sie doch nicht so ungeduldig. Haben Sie noch einen Termin oder was?

C

D

A Wenn Sie sich die Fragen in unserer Großen Anfrage anschauen, dann werden Sie sehen, dass uns gerade der erste Teil – die Stärkung der Erziehungsfähigkeit – sehr am Herzen liegt und dass es hier eine Fülle an Angeboten gibt. Exemplarisch möchte ich – ich will nicht alle aufzählen, denn Sie können alle selbst lesen – das Projekt "Welcome" hervorheben, das den Eltern und allein stehenden Frauen in den ersten Monaten wirklich die Sorge abnimmt, dass sie mit ihren Nöten allein bleiben. Dieses Angebot und alles daran Anschließende haben wir natürlich nicht erfunden, aber wir haben es schwerpunktmäßig weiterentwickelt. Das ist etwas, was sich sehen lassen kann. Darüber hinaus gibt es einen Leitfaden, an dem sich Eltern orientieren können, wenn sie sich in Erziehungsnoten befinden.

Das allein genügt natürlich nicht. Man muss sehen – da kommt bei mir auch wieder die Lehrerin durch –, dass man die Vorbereitungen der jungen Menschen auf die elterliche Verantwortung auch in anderen Bereichen unterstützt. Das ist in den Lehrplänen vorhanden. Man muss es nur umsetzen. Ich bemängle, dass das nicht ernsthaft genug betrieben wird. Hier müssen wir nachfassen. Man muss Familie lernen, das fällt nicht vom Himmel. Die Vorbereitung auf die Elternschaft ist etwas, was ganz speziell auf die Jungen in unserer Gesellschaft zugeschnitten sein muss. Wir haben das in einem Modellprojekt "Erweiterte Lebenshilfe für Jungen" aufgelegt. Wir kümmern uns auch um minderjährige Eltern.

Das allein reicht natürlich nicht, sondern man muss die familiären Verpflichtungen auch mit seiner Arbeit in Einklang bringen. Der Satz "Vereinbarkeit von Familie und Beruf" ist ein wenig abgeglitten, denn man verbindet

B damit hauptsächlich nur Frauen. Wenn man das neue Wort "Worklifebalance" sagt, dann hat man auf einmal auch die Männer mit im Boot. Wenn Ihre Familienministerin in Berlin, auf die ich, als sie ihr Amt antrat, große Hoffnung gesetzt habe und die dann aber mundtot gemacht wurde, ein bisschen eher zum Zuge gekommen wäre, ...

(*Petra Brinkmann SPD*: Wenn Sie nur ein Zehntel von dem geschafft hätten, was sie geschafft hat!)

– Liebe Frau Brinkmann, wer hat denn Frau Schmidt die Möglichkeiten genommen, das umzusetzen?

Wir haben im Grunde genommen das, was Sie jetzt erst mit ihren lokalen Bündnissen für Familien angeleiert hat, schon längst viel früher in der Hamburger Allianz für Familien durchgesetzt.

(Erste Vizepräsidentin Barbara Duden übernimmt den Vorsitz.)

Was wir in Zusammenarbeit mit der Handelskammer verwirklichen – nämlich einen umfangreichen und ständigen Dialog mit der Wirtschaft –, kann sich wirklich sehen lassen. Daneben gehen wir auch in die Kindertagesbetreuung hinein. Wir haben dort die Voraussetzungen geschaffen, dass berufstätige Eltern ihre Kinder untergebracht bekommen. Darüber haben wir lange und breit diskutiert; das brauchen wir jetzt nicht zu wiederholen.

Das Wichtigste, das für uns in der nächsten Zeit ansteht, sind familiengerechte Arbeitszeiten, das heißt Arbeitszeiten, die sich nicht danach ausrichten, was der Betrieb braucht, sondern sich an der Zufriedenheit der Eltern ausrichten.

Im August wird ein Familienkongress durchgeführt. Wir haben es nicht nur bei Diskussionen belassen, sondern es gibt Handreichungen dazu, die sich sehr wohl an die unterschiedlichsten Betriebe richten.

(*Petra Brinkmann SPD*: Alles Theorie! – und weitere Zurufe von der SPD)

– Sie können doch nachlesen, was wir alles gemacht haben. Wenn wir im Dialog mit den einzelnen Betrieben versuchen, die Familienfreundlichkeit durchzusetzen, ist das kein Gelaber.

Darüber hinaus haben wir uns dem großen Bereich der Väter gewidmet, und zwar nicht nur den vorhandenen Vätern, sondern wir wollen auch den Mut zur Vaterschaft fördern. Es darf in keiner familienpolitischen Debatte die Bemerkung fehlen, dass 42 Prozent der Akademikerinnen keine Kinder bekommen. Aber 60 Prozent der Männer der gleichen Altersstufe wollen gar keine Kinder aufgrund der Entwicklung, die sich in Partnerschaftsproblemen, Unterhaltszahlung und dergleichen ergeben hat.

(Unruhe im Hause – Glocke)

– Wenn Sie sich unterhalten wollen, gehen Sie doch nach draußen. Das ist doch ganz einfach.

Wir wollen den Männern Mut zur Vaterschaft machen. Dazu gehört natürlich auch deutlich zu machen, dass Vaterschaft ein Bereich ist, der als Ergänzung zur Berufstätigkeit später wieder etwas zurückgibt.

Die Familien sind finanziell und zeitlich belastet.

Das sind Tatsachen, die wir auch nicht leugnen.

(Glocke)

C

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Frau Koop, ich hatte ja eben schon einmal zaghaft versucht, Ihnen zu etwas mehr Ruhe für Ihre Rede zu verhelfen. Ich weiß, dass es eine Debatte ist, bei der alle Spezialisten sind. Aber zurzeit hat Frau Koop das Wort.

Karen Koop (fortfahrend): Es ist ja so, dass sich alle betroffen fühlen, weil wir alle Familie haben, entweder passiv nach oben, zu den Eltern, oder aktiv nach unten zu den Kindern.

Die Belastung, die auf die Familien zugekommen ist, haben wir heute ja schon angesprochen. Wir haben aber eine klare Aussage gemacht: bis hierhin und nicht weiter. Die Absprache mit den anderen Behörden – Sie können das unter Punkt 19 genau nachlesen – klappt. Es wird in Zukunft abgeklärt, welche Belastung auf die Familien noch zukommt. Ich denke, dass wir da auf einem guten Weg sind. Was wir sonst noch haben, können Sie nachlesen. Ich weiß, dass Sie sich jetzt natürlich hier hinstellen werden und versuchen werden, das zu zerpfücken, aber das wird uns in unserem Weg nicht beirren.

(Beifall bei der CDU)

D

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Veit.

Carola Veit SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Koop, Sie haben ja Recht: Für Polemik eignet sich das Thema Familie nicht. Zum Schönreden allerdings auch nicht und auch nicht für Etikettenschwindel.

A Man weiß ja, wie das geht, wenn aus der Regierungsfraktion Große Anfragen an den Senat gestellt werden. Da schreibt die Fachfrau erst einmal auf, was eigentlich wichtig und richtig wäre. Dann wird das diskutiert und dann werden Bedenken angemeldet. Insofern ist bei Ihren Großen Anfragen natürlich immer die spannendste Frage, was denn eigentlich fehlt. Dieses Mal haben Sie es uns leicht gemacht. Sie haben nämlich in der Vorbemerkung noch stehen gelassen und eben auch wieder ausgeführt, worum es ursprünglich einmal gehen sollte. Dort, in der Vorbemerkung, schreiben Sie zu Recht, dass die Zahl der in Deutschland geborenen Kinder seit Jahren sinkt und dass insbesondere Akademikerinnen mittlerweile zu 40 Prozent ohne Kinder bleiben. In meiner Generation werden es voraussichtlich noch mehr sein.

(*Karen Koop CDU: 60 Prozent der Männer!*)

Abgesehen davon, dass es bei Ihnen immer ein bisschen so klingt, als sei es ein Kollateralschaden der Frauenbewegung aus den Sechziger- und Siebzigerjahren, gibt es dann genau zu diesem Thema kaum Fragen oder Antworten. Fünf von nicht einmal elf Seiten lang geht es um Hilfen für Familien mit Problemen, schwangere Minderjährige, Hilfe bei Erziehungsproblemen für besondere Gruppen und dergleichen mehr, ohne Frage lauter wichtige und richtige Dinge. Die meisten davon haben wir eingeführt und entwickelt und es ist gut für die betroffenen Familien, dass Sie dies alles fortführen.

Sie zählen soziale Leuchttürme auf, Einzelprojekte und Modellversuche, mit denen Sie davon ablenken wollen, dass es an einem Gesamtkonzept immer noch fehlt. Weiter hinten, wo Sie nach Projekten fragen – Sie sind eben auch darauf eingegangen –, mit denen die Familienverantwortung eingeübt wird, ist es offenbar auch zu einem Regiefehler gekommen: Da lernt der interessierte Leser, dass Kinder in Hamburg zwar in Haupt-, Real- und Gesamtschulen Familienverantwortung lernen, in Gymnasien jedoch nicht. So wollen Sie Akademikerinnen als Mütter gewinnen?

Ich glaube, das alles bringt uns nicht weiter. Wir reden hier über eine der wichtigsten Zukunftsfragen für das Fortbestehen unserer Gesellschaft, unserer Stadt und unseres Landes. Familienpolitik gehört dazu, wenn Sie sagen – Frau Koop, Sie haben es vorhin gesagt –, Hamburg stünde in der globalen Konkurrenz der Metropolen. Es reicht jedoch nicht, gebetsmühlenartig zu wiederholen, dass Hamburg wächst. Hamburg wächst, Atomkraftwerke sind sicher und Schweine können fliegen: So ungefähr geht Ihre Logik.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Statt uns mit so unergiebigen, weil bedarfsgerecht verstümmelten Anfragen zu befassen, sollten wir lieber versuchen, objektive Kriterien aufzustellen. Lassen Sie uns gemeinsam im Ausschuss einen festen Fragenkatalog aufstellen, zu dem wir jährlich Antworten vom Senat bekommen. Wir haben in der letzten Legislatur schon einen regelmäßigen Familienbericht gefordert. Da haben Sie das noch abgelehnt. Aber vielleicht geht es ja jetzt.

Wenn wir gerade dabei sind: Wie wäre es denn mit einem echten Familien-TÜV, der alle Senatsvorlagen, alle Verordnungsentwürfe auf die Frage hin untersucht, welche Auswirkungen sie auf Familien haben? Die angeblich vorhandene Arbeitsgruppe in der BSF – Sie haben sie ja eben auch erwähnt – ist ja bisher wenig erfolgreich. Oder hat sie etwa nur noch Schlimmeres verhindert? Denn um

bei Berichten, Studien und Statistiken zu bleiben: Es ist ja kein Zufall, dass es in Deutschland familienfreundliche Gegenden gibt und solche wie Hamburg, die im Familienatlas der Bundesregierung nur gerade deshalb nicht unter "Katastrophe" rangieren, weil im Konzept "Wachsende Stadt" der gute Wille wenigstens aufgeschrieben steht.

(*Karen Koop CDU: Und das nicht erst seit drei Jahren!*)

– Nein, das ist ja neu. Der Familienbericht ist ja von diesem Jahr.

Lassen Sie uns doch die Große Anfrage nutzen, um darüber zu reden, was Familien in Hamburg brauchen und auch was sie nicht brauchen. Was sie nicht brauchen, ist wahrscheinlich einfacher zu sagen: keine neuen Gebühren, keine größeren Kita-Gruppen, kein Essengeld im Kindergarten, keine Schulbuchkosten, nicht noch mehr Verkehr, keine Nachverdichtung unserer relativ grünen Wohngebiete und so weiter. Was Familien in Hamburg nicht brauchen, ist Ihre Politik.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Es geht darum – bei Frau Koop ist das eben auch angeklungen –, Vertrauen zu schaffen, in unsere Stadt und in unsere Zukunft. Junge Leute sitzen nicht mit Kondompackung, Steuertabelle und Taschenrechner auf der Bettkante, aber sie wollen verlässliche Bedingungen. Wer ein Kind in die Welt setzt, geht eine Verpflichtung für 20, vielleicht 30 Jahre ein.

(*Marcus Weinberg CDU: Rechtsanspruch für Berufstätige!*)

Er – oder sie – möchte planen können, wenigstens für einen überschaubaren Zeitraum. Und wenn ihm dies angesichts von Globalisierung und Flexibilisierung schon niemand für den Job bieten kann, darf doch nicht auch noch der Staat ständig die Spielregeln ändern.

Frau Koop betont das ja auch immer gern, so auch heute: Auch die Väter müssen ran, sie müssen mehr in die Verantwortung, Elternzeit nehmen und so weiter. Da hat sie Recht. Eine Politik, die die Tendenz für Kinderlosigkeit aufhalten oder gar umkehren will, muss vor allem in Millionen von Köpfen etwas verändern. In dieser Hinsicht stimmt ja möglicherweise hoffnungslos, dass die Deutschen sich aus Sorge um die Zukunft schließlich auch zum Mülltrennen haben erziehen lassen. Aber ganz so einfach liegt es hier nicht. Weil der Wunsch nach Kindern und seine Verwirklichung eine ganz persönliche Entscheidung ist, bedarf es einer differenzierteren Politik, vor allem einer Politik, die deutlich macht: Wir unterstützen euch. Diese Politik haben wir hier in Hamburg zurzeit nicht.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Was Eltern brauchen, lässt sich kurz zusammenfassen: Sie brauchen an den richtigen Stellen Geld, sie brauchen mehr Zeit und sie brauchen eine bessere Infrastruktur. Für mehr Geld hat die Bundesregierung seit 1998 gesorgt, als erstes das Kindergeld erhöht und steuerliche Erleichterungen für Familien geschaffen. Die Maßnahmen gehen weiter. Die Infrastruktur lässt sich nicht so einfach vom Bund regeln. Kinderbetreuung und Schule sind ja Ländersache. Hier in Hamburg war erst ein Volksbegehren notwendig, damit die Tagesbetreuung wenigstens ein Stück weit verlässlicher wird. Leider haben Sie aber die

C

D

A Botschaft überhaupt nicht verstanden. Zigtausende haben mit ihrer Unterschrift eine bessere Kinderbetreuung in Hamburg gefordert und Sie haben daraus ein Nullsummenspiel gemacht. Sie haben die Betreuung scheinbar ausgeweitet und finanzieren das durch immer größere Gruppen und schlechtere Standards. Meinen Sie wirklich, das seien die Bedingungen, unter denen sich mehr Hamburgerinnen und Hamburger für Kinder entscheiden?

(Beifall bei der SPD)

Der Bund versucht, die Länder zu mehr und besseren Betreuungsangeboten zu bewegen. Auch Hamburg wird massiv durch die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe entlastet. Mit dieser Entlastung verbunden war der Wunsch, mit dem Geld unter anderem die Kinderbetreuung auszubauen. Das funktioniert im Bundes-trend auch, aber nicht in Hamburg. Hier wird das eingesparte Geld ja bekanntermaßen genutzt, um Herrn Peiners Haushalt zu sanieren. Dem ist Familienpolitik nämlich völlig egal, der will die Flocken sehen und Frau Koop hat das vorhin in der Aktuellen Stunde auch noch verteidigt.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Hamburger Familien wird absichtlich und vorsätzlich vorenthalten, was ihnen die rotgrüne Bundesregierung zugesucht hat.

(Beifall bei der SPD)

Gleiche Bildungschancen schon vor der Schule: Ich glaube, wir haben das Thema heute zum dritten Mal. Aber es ist wichtig. Sie sind eine wesentliche Voraussetzung für ein gerechtes Hamburg. Am Ende werden wir möglicherweise nicht weniger, sondern doch noch mehr Geld ausgeben müssen: für gute Kindergärten, gute Krippen, qualifizierte Erzieherinnen und Tagespflegepersonen. Es geht dabei, Frau Schnieber-Jastram, nicht um Wohltaten zulasten künftiger Generationen, es geht um die künftige Generation.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Wenn das lebenslange Lernen in der Kita beginnt, wenn es die Zukunft unserer wachsenden Stadt ist, die im Kindergarten entsteht, kann können wir es uns auch gar nicht anders erlauben. Ihr Bürgermeister hat ja Recht, wenn er fordert, dass Hamburger Familien keine weiteren Belastungen tragen dürfen.

(Petra Brinkmann SPD: Und was hat der Finanzsenator letzte Woche gesagt?)

Es gibt natürlich noch eine ganze Menge mehr Zusammenhänge, die Sie offenbar nicht verstanden haben, wenn Sie über Familienpolitik in Hamburg reden wollen. Ich greife einige heraus und frage Sie einfach: Wo sind Ihre Fragen in der Großen Anfrage zur Bedeutung sozialer Stadtteilentwicklung, zur Kinderarmut in Hamburg, zur Familienfreundlichkeit der Uni oder zu Maßnahmen für Ausbildungsplätze in Teilzeit, zur Vorbildfunktion des öffentlichen Dienstes, was Jobsharing und Väter in Elternzeit angeht, zu den Kosten flexiblerer Betreuung, zu einer verlässlichen Schulferienbetreuung, zur Kooperation von Ganztagschule, Hort und Jugendhilfe, zu den Bildungschancen von Zuwandererfamilien, zu niedrigschwelligem medizinischen Angeboten in sozialen Brennpunkten, zur Lage der Allgemeinen Sozialen Dienste in den Bezirken, auch zur Unterstützung lokaler Bündnisse

für Familie durch den Senat, Frau Koop? Nicht zuletzt die Frage, woraus dieser Senat am Ende eigentlich den Ausbau der Betreuung der unter Dreijährigen wirklich finanzieren will?

Der schwierigste Bereich bei dem, was Familien brauchen, ist die Zeit. Frau Koop hat es auch angesprochen.

(Uwe Grund SPD: Das hat die CDU nicht gefragt, das fragen wir jetzt! – Karen Koop CDU: Doch, das habe ich gefragt!)

– Frau Koop hat die Arbeitszeit angesprochen. Es geht uns aber allgemein um die Zeit.

Eltern bekommen ja nicht Kinder, um sie dann anschließend irgendwo beim Staat in die Betreuung zu geben und sie dann mit fertiger Ausbildung mit 18 Jahren zurückzubekommen. Es geht also nicht darum, Kinder möglichst sicher, anregend und ausdauernd irgendwo unterzubringen, sondern Eltern wollen Zeit, die sie mit ihren Kindern verbringen können. Wir Sozialdemokraten können uns auch Wege vorstellen, dies besser zu ermöglichen. Mit Ein-Euro-Jobs zum Beispiel könnte man auch haushaltsnahe Dienstleistungen organisieren, die Familien ein wenig mehr Zeit geben, Zeit, die Eltern mit ihren Kindern gemeinsam verbringen. Aber es ist Ihre Aufgabe, hier Rahmenbedingungen zu schaffen.

Es sind kleine Schritte in die richtige Richtung. Für große Schritte – so viel Ehrlichkeit sollten Sie aufbringen – fehlen ohnehin die Mittel, wenn Sie jetzt schon die Frequenzen von Schulklassen und Kindergartengruppen erhöhen, wenn Sie jetzt schon Bücher- und Essensgeld kassieren, Vorschulgebühren einführen und Schwimmbäder und Bücherhallen schließen. Wenn Sie jetzt schon für Familien alles teurer machen wollen – was alles wollen Sie Hamburg noch zumutend, wenn es Ihnen gelingt, 10 oder 20 Prozent mehr Kinder zu haben?

Wir haben es gehört, die CDU plant demnächst einen Parteitag zum Thema Familie. Das ist eine gute Idee. Ich glaube, Sie haben ihn bitter nötig.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Blömeke.

Christiane Blömeke GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Das Parlament hier ist wunderbar vielfältig. So werden Sie gleich hören, dass wir zu ein und demselben Thema drei völlig verschiedene Richtungen vertreten, die alle mit Familienpolitik zu tun haben und sich alle mit dem Thema beschäftigen, aber alle aus einem anderen Blickwinkel. Frau Veit hat eben die Defizite angesprochen, die in der Großen Anfrage der CDU-Fraktion gar nicht abgefragt wurden. Sie hat auch global überlegt, wie man die Situation verbessern könne. Bei Frau Koop hatte ich das Gefühl, ich säße hier in einer Veranstaltung des Familienberaters Jan Uwe Rogge, der mir in einem netten Plauderton sagt, wie das nun alles gehe und was denn nun so schwierig sei, Familie zu kriegen. Zusammenfassend war es wie die Koopsche Märchenstunde. Es war einfach nett. Schön, dass wir darüber gesprochen haben.

Ich hatte mich aber schon am Anfang darüber gewundert, warum wohl die CDU-Fraktion diese Große Anfrage zur Debatte angemeldet hat, und hatte zunächst im Hinterkopf, mein Gott, die CDU-Fraktion müsse ja ganz schön

C

D

A in Bedrängnis sein, über Familienpolitik zu sprechen und zu versuchen, auch einmal ein bisschen etwas Positives herauszustellen, wenn sie das heute hier ohne einen speziellen Anlass – denn das ist ja kein neues Thema – anmeldet. Die Anfrage schien mir daher auch eher das Produkt einer Verzweiflungstat zu sein, die unter dem Motto steht "irgendetwas Gutes muss an unserer Familienpolitik doch sein", Frau Koop. Da haben Sie auch durchaus Recht. Da kann ich Ihnen zustimmen. Es gibt einige gute Ansätze, die auch in der Anfrage deutlich herauskommen, zum Beispiel die Beschlüsse und Empfehlungen der rotgrünen Bundesregierung, die Sie versuchen, hier in Hamburg umzusetzen. Das ist positiv. Sie hatten davon schon einige angesprochen, zum Beispiel die Allianz für Familien. Das ist ja kein Thema, das in Hamburg erfunden wurde, sondern das stammt von der Bundesregierung und soll in den Ländern umgesetzt werden. Ich finde es gut, dass Sie das Thema hier anheben. Das ist durchaus positiv.

Natürlich zählt auch der quantitative Ausbau der Kindertagesbetreuung dazu, der auch Grundlage der Gesetze der Bundesregierung ist. Das ist eine positive Errungenschaft. Ich will nicht über den qualitativen Verlust reden, den wir hier in Hamburg erleben müssen, aber – und damit komme ich auf das zurück, was Ihre Anfrage aussagt – ich sehe meine Rolle heute so, dass ich die Unwahrheiten Ihrer Fragen und Antworten aufzeige. Ich ziehe das zusammen, denn ich sehe es wie Frau Veit: Ich hatte auch das Gefühl, dass es hier zuerst die Antworten gab und dann passend die Fragen dahingeschustert wurden, nach dem Motto "Wir können einmal erwähnen, was wir alles machen".

B Der Rest Ihrer familienpolitischen Initiativen verliert sich nämlich in Projekten für schwangere Frauen und junge Familien. Nicht, dass Sie mich missverstehen: Das ist natürlich auch ein ganz wichtiges Thema. Aber Familienpolitik ist mehr als das Geschehen rund um die Geburt und vielleicht vier Wochen hinterher. Kinder werden größer, kommen in die Kita, in die Vorschule, in die Schule, wollen einen Beruf ergreifen, machen vielleicht auch manchmal Probleme und die Familien kommen nicht mehr allein zurecht. Genau da, liebe CDU-Fraktion, fängt Ihre Familienpolitik an, kümmerlich und unehrlich zu werden, denn Sie belasten Familien mit Kosten jeder Art. Ich will das jetzt gar nicht wieder lange aufführen, aber wir hatten die Debatte: vom Mittagessen in der Kita über Gebühren in der Vorschule bis hin zu den Kosten für Schulschwimmen und Schulbücher. Diese Debatte haben wir gehabt, ich führe es nicht weiter auf.

Lassen Sie mich deswegen auf die Große Anfrage zurückkommen, denn eigentlich steht diese ja im Zentrum unserer Debatte. Diese Anfrage erinnert mich an einen schönen Wetterbericht, der verlesen wird, obwohl es draußen hagelt und stürmt. Nackte Zahlen sollen uns davon überzeugen, dass es in Hamburg mit der Familienpolitik zum Besten stehe. Frau Koop hatte erwähnt, dass es ein wunderbares, ausreichendes Netz gebe, 26 Erziehungsberatungsstellen, 26 Abteilungen der Allgemeinen Sozialen Dienste, 23 Elternschulen. Ich will sie auch nicht weiter aufführen, Sie können sie nachlesen. Doch lassen Sie mich feststellen: Zahlen allein machen noch keine Familienpolitik aus, die Familien wirklich hilft. Mit der Realität haben diese Zahlen überhaupt nichts zu tun. Das ist nicht mehr als Familienlyrik. Was nützen denn den Hilfesuchenden die 26 Abteilungen der Allgemeinen Sozialen Dienste, wenn die personelle Situation

C dort so miserabel ist, dass Mitarbeiter kündigen – ich wiederhole: kündigen –, weil sie unter diesen Voraussetzungen die Verantwortung nicht mehr tragen können. Wo ist denn da die Unterstützung für die Familien?

(Beifall bei der GAL)

Ich möchte Ihnen das noch einmal etwas deutlicher machen und zitiere aus einem Kündigungsschreiben einer Diplom-Sozialpädagogin des Sozialen Dienstes in Harburg, folgendes Schreiben mit einem Satz:

"Meine Entscheidung aufzuhören liegt vorrangig darin begründet, dass unsere Arbeitssituation so extrem geworden ist, dass ich ein verantwortungsvolles Handeln unmöglich sehe. Eine Nichtbesetzung meiner vollen Planstelle ist meines Erachtens unverantwortlich und führt zu Risiken für Bürger und Kollegen."

Ein Einzelfall aus Harburg, sagen Sie? Mitnichten, meine Damen und Herren. In Bergedorf gestaltet sich die Situation noch extremer. Dort gibt es aber gleich eine so genannte kollektive Überlastungsanzeige an den Bürgermeister. Elf Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen haben sich über die Situation des Sozialen Dienstes so geäußert und bestätigt, dass eine Hilfeleistung unter diesen Voraussetzungen kaum noch möglich ist. Ich denke, das geht direkt an die Adresse von Frau Senatorin Schnieber-Jastram. So, verehrte CDU-Fraktion, sieht die Realität Ihrer Familienpolitik in Hamburg aus: Wer Hilfe braucht, kann kaum Hilfe bekommen, weil die zuständigen Behördenstellen völlig überlastet sind.

(Beifall bei der GAL und bei Gesine Dräger SPD)

D Daher lohnt sich ein Blick hinter die Kulissen Ihrer Anfrage, denn es ist wirklich nicht mehr als Familienlyrik, wenn der Senat schreibt, das bestehende Angebot werde an neu entstehende Bedarfe und Schwerpunktsetzungen angepasst.

Ich komme wieder auf Bergedorf zu sprechen, sehr geehrte Senatsvertreter. Bergedorf scheint nicht zu Ihren Schwerpunktgebieten zu gehören, denn dort wurde der Zuzug von 30 000 Menschen in Neu-Allermöhe mit einem Abbau von Stellen im Sozialen Dienst beantwortet.

Was bietet die Familienlyrik Ihrer Großen Anfrage noch? Sie bietet zum Beispiel 26 Erziehungsberatungsstellen und verschweigt dabei die von Ihnen durchgesetzte Schließung der einzigen kommunalen Erziehungsberatungsstelle im sozialen Brennpunkt Billstedt/Horn. Das ist ein Beispiel für Ihre reale Familienpolitik.

Die Große Anfrage offenbart uns einen Hinweis auf die Investitionen des Senats für Spielplätze, Grünanlagen und Radwege. All das wollen Sie tun, um das Umfeld von Familien attraktiv zu gestalten. Das ist wirklich ein Trauerspiel "hoch drei", denn, sehr verehrte Damen und Herren der CDU-Fraktion, Sie haben zugelassen, dass genau diese Gelder massiv reduziert worden sind. Das nur noch einmal zu Ihrer Erinnerung. Während der rotgrüne Senat 2001 noch 4,4 Millionen Euro für den Radverkehr ausgegeben hat, haben Sie diesen Ansatz 2005/2006 bis auf 200 000 Euro reduziert. Das gehört auch zur Familienpolitik, Frau Koop.

Sie, meine Damen und Herren der CDU-Fraktion, haben ebenfalls dafür gesorgt, dass in den Jahren 2001 bis 2005 jährlich 1,1 Millionen Euro für Spielplätze eingespart werden mussten und daher sogar Spielplätze geschlossen wurden. Nun bessern Sie mit den Investitionen nur

A das aus, was Sie vorher zerstört haben. Auch das ist Familienpolitik.

Das sind alles Seiten, die in Ihrer Anfrage nicht auftauchen und nach der Sie – mit gutem Grund – auch gar nicht fragen, denn dann müssten Sie sich ernsthaft und nicht nur in Form einer einfachen, lockeren Plauderstunde bei Frau Koop mit den Folgen Ihrer Familienpolitik auseinander setzen. Dann würden Sie feststellen, dass hier ein Lob auf die Familienpolitik der CDU absolut fehl am Platze ist.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Alles in allem ist die Familienpolitik des Senats, die von der CDU-Fraktion unterstützt wird, nur von Lippenbekenntnissen und schönen Worten geprägt. Unter Ihrer Regie verkümmert die Familienpolitik und beschränkt sich auf kosmetische Maßnahmen.

Ich kann wieder mein Lieblingsbeispiel, den Familienpass anführen. Der Familienpass ist Ihnen wichtiger als gebührenfreie Schulbücher. Zur Unterstützung von Familien im Alltag setzen Sie anstelle auf qualifizierte Mitarbeiter auf das Ehrenamt. Ihre Personalpolitik in den Allgemeinen Sozialen Diensten der Bezirksämter ist mehr als verantwortungslos und Sie werden die Folgen für diese fehlgesteuerte Familienpolitik tragen.

Erlauben Sie mir zum Abschluss ein paar Gedanken. Familie ist dort, wo Kinder sind, egal wie alt die Kinder sind und welche Herkunft sie haben, egal ob die Kinder Mutter und Vater haben, ob die Eltern in gleichgeschlechtlicher Ehe leben und die Kinder zwei Mütter oder zwei Väter oder nur ein Elternteil haben. Wenn wir wollen,

B dass sich mehr Menschen zu Kindern bekennen und den Mut haben, Kinder in diese Welt zu setzen, dann ist es Aufgabe der Politik, Lebensumstände zu schaffen, die dieses Vorhaben erleichtern, und vor allen Dingen Familien zu begleiten und sie nicht vier Wochen nach der Geburt irgendwann ins Trockene laufen zu lassen. Davon ist bei der Familienpolitik der CDU nichts, aber auch gar nichts zu spüren.

(Beifall bei der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Senatorin Schnieber-Jastram.

Zweite Bürgermeisterin Birgit Schnieber-Jastram: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es ist egal, welches Thema zur Diskussion sind, es sind immer die gleichen Rituale. Wie Rumpelstilzchen sitzt die Opposition da, meckert herum, bringt keinen konstruktiven Beitrag, sondern es geschieht ein Niedermachen in den einfachsten Bereichen, in denen man normal miteinander reden könnte.

(Beifall bei der CDU – *Christiane Blömeke GAL: Mit Ihnen kann man ja nicht reden!*)

Bei uns bestreitet niemand, dass auch für viele von Ihnen Familienpolitik einen hohen Stellenwert hat, dass vermutlich sogar viele von Ihnen mit dem, was an Ankündigungspolitik in Berlin passiert, gar nicht einverstanden sind, dass viele von Ihnen unglücklich sind, dass der Kinderfreibetrag für die allein Erziehenden gestrichen worden ist. Wir müssen uns doch nicht auf diese Art und Weise streiten. Ich glaube nicht, dass das wirklich viel bringt. Es hilft in der Sache überhaupt nicht weiter.

(Beifall bei der CDU)

C

Wir alle wissen, dass das Wort "Familie" über viele Jahre – ich habe das noch zu Beginn meiner Tätigkeit erlebt – bei vielen ein Unwort gewesen ist. Geben Sie das doch zu, es ist kein Geheimnis. Familie war nicht modern, Familie, so hieß es in den Debatten, sei etwas ganz Altmodisches; welches Familienbild ich denn habe, ob es etwa das alte, klassische sei von Vater, Mutter und Kindern, das sei unmöglich. Heute reden alle miteinander ganz anders. Warum? Weil man weiß, es ist notwendig, dass mehr Kinder geboren werden, Frau Veit. Das ist richtig. Das allerdings kann der Staat nicht bestellen, das muss jeder für sich in eigener Verantwortung entscheiden, so wie jede Familie in eigener Verantwortung für die Kinder sorgen muss und nicht der Staat.

(Beifall bei der CDU)

Eines möchte ich noch einmal deutlich machen: Eingeht in diesem Bereich haben Sie sozusagen gar nichts. Ich weiß, was ich in der Behörde vorgefunden habe. Das Thema Familie war so etwas wie ein weißer Fleck. Es hat Elternschulen gegeben, das bestreite ich nicht, die gibt es seit vielen, vielen Jahren, es hat auch einige wenige Mütterzentren in den Bezirken gegeben, es hat auch in den Bezirken einige Angebote gegeben, aber es hat in der Behörde in Wirklichkeit keine Stabstelle für Familienpolitik gegeben. Wir haben mit großer Mühe, mit wenig Mitteln eine Menge geleistet. Ich will das hier nicht ausführen, weil es aus der Großen Anfrage sehr deutlich hervorgeht.

(Beifall bei der CDU)

D

Ich wundere mich über keinen jungen Menschen, der angesichts einer hohen Arbeitslosigkeit Zweifel daran hat, ob es richtig ist, Kinder in die Welt zu setzen. Deswegen sollten wir alles dafür tun – neben den Rahmenbedingungen, die wir auch in Hamburg bestellen, neben der Frage der Kinderbetreuung und vielen Details –, dass die Rahmenbedingungen so gesetzt werden, dass möglichst viele Menschen wieder in Arbeit kommen. Dann werden wir auch Optimismus im Land haben und dann werden wir hoffentlich Kinder in größerer Anzahl haben, die "Leben in die Bude" bringen und die natürlich auch dafür sorgen, dass wir ausreichend Arbeitskräfte, ausreichend Konsum und Nachwuchs haben, der ein Stückchen der sozialen Sicherungssysteme finanziert. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stelle ich fest, dass die Große Anfrage, Drucksache 18/2165, besprochen worden ist.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 26, Antrag der CDU-Fraktion: Aus der Region – für die Region.

**[Antrag der Fraktion der CDU:
"Aus der Region – für die Region"
– Drucksache 18/2297 –]**

Wer wünscht das Wort? – Frau Ahrons, bitte.

Barbara Ahrons CDU: Frau Präsidentin, meine Damen, meine Herren! Hamburg ist national und international als Hafen- und Luftfahrt- und Dienstleistungsmetropole weit bekannt. Aber noch nicht einmal innerhalb der Stadt wis-

- A sen alle Menschen, dass Hamburg auch eine bedeutende Metropole für den Anbau von Obst, Gemüse und Zierpflanzen ist.

Rund ein Viertel der Fläche unserer Stadt wird als Kulturland genutzt und von rund 1400 Gartenbau- und Landwirtschaftsbetrieben mit circa 5000 Beschäftigten bewirtschaftet. Südlich der Elbe liegt das größte geschlossene Obstbaugebiet Nordeuropas. Allein auf Hamburger Stadtgebiet in und um Neuenfelde, Francop und Finkenwerder produzieren 140 hoch spezialisierte Obstbaubetriebe auf circa 1400 Hektar Obstbaufläche – weitestgehend im umweltschonenden integrierten Anbau – diverse Obstsorten.

Im Bezirk Bergedorf – genauer gesagt: in den Vier- und Marschlanden – befindet sich eines der größten deutschen Unter-Glas-Anbau-Gebiete für Gemüse, Blumen und Zierpflanzen. Auf circa 1100 Hektar Freiland und unter 180 Hektar Glasfläche erzeugen in dieser Region rund 800 Betriebe Gemüse, Schnitt- und Topfblumen, Beet-, Balkonpflanzen, Rosen, Kräuter und Stauden.

Eine wichtige Handelsplattform für die gärtnerischen und landwirtschaftlichen Erzeugnisse ist der Hamburger Großmarkt mit über 500 Erzeugern und Großhändlern, mit 2500 Beschäftigten und einem Jahresumsatz von 2 Milliarden Euro.

Insgesamt versorgt der Großmarkt rund 4700 Einzelhändler in und um Hamburg, die wiederum 15 Millionen Verbraucher erreichen. Nicht zu vergessen sind unsere 80 Hamburger Wochenmärkte, auf denen diese regionalen landwirtschaftlichen Erzeugnisse vertrieben werden.

- B Auch die Ernährungswirtschaft ist weit verzweigt, Lebensmittel- und Feinkosthersteller, Fischverarbeitung, und hinzu kommt unser Handwerk mit mehr als 200 Betrieben aus dem Fleischer-, Bäcker- und Konditorenhandwerk.

(Unruhe im Hause – Glocke)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Frau Ahrons, ich würde gern versuchen, für Sie etwas mehr Ruhe im Haus herzustellen. Wir haben noch drei Debatten vor uns und Sie wissen, das braucht alle Kraft. Deshalb sollten Sie die jetzt nicht in Gesprächen vergeuden. – Frau Ahrons, Sie haben das Wort.

Barbara Ahrons (fortfahrend): Regionale Produkte aber haben es immer schwerer, sich trotz ihrer exzellenten Qualität auf dem Markt durchzusetzen. Der Lebensmittelhandel wird immer stärker von größeren Konzernen dominiert, die über ihre zentralen Einkaufssysteme Lebensmittel oftmals aus weit entfernten Regionen in den Handel bringen und zudem auch noch den regionalen Einzelhandel verdrängen.

Erschwerend kommt auch ein verändertes Verbraucherverhalten hinzu: Verunsicherung durch die Lebensmittel-skandale und eine allgemeine konjunkturelle Konsumzurückhaltung haben hier zu erheblichen Absatzschwierigkeiten geführt.

Spargel und Erdbeeren aus heimischer Produktion sind derzeit der Renner, ein Beispiel dafür, wie heimische Produkte mit Erfolg vermarktet werden können, oder der Elbstint, einst verkannt und jetzt dank geschickter Vermarktung von Fischer Grube in aller Munde. Das Hamburger Bäckerhandwerk hat jüngst eine Qualitäts- und

Marketingoffensive gestartet und die Fleischer stehen ebenfalls schon in den Startlöchern. C

Die Nachfrage auf Verbraucherseite ist vom Grundsatz her da, wie die genannten Beispiele gezeigt haben. Daher sind wir überzeugt, dass eine Kampagne "Aus der Region – für die Region" erfolgreich sein wird. Ziel des Antrags ist es, die Aktivitäten zu bündeln und gemeinsam mit den Landkreisen der Metropolregion eine Kampagne zu starten. Wir sichern dadurch nicht nur die Absatzkanäle und die Existenz von Betrieben und Arbeitsplätzen in mehreren Branchen, sondern tragen auch zum Erhalt wichtiger und über viele Jahrzehnte, teilweise sogar über Jahrhunderte, gewachsener Kulturlandschaften bei. Wichtig ist aus unserer Sicht bei der Konzeption der Kampagne, dass die Kenntnisse der Kammern, Verbände, Innungen und der Verbraucherzentrale mit einbezogen werden. Die genannten Institutionen verfügen bereits über Erfahrungen und können hier ihr Know-how einbringen.

Wir sind optimistisch, die Landkreise der Metropolregion als Partner für das Projekt zu gewinnen; bereits in der Vergangenheit gab es mehrere Ansätze. Die südlich angrenzenden Landkreise dürften vor dem Hintergrund der Landesgartenschau in Winsen/Luhe im nächsten Jahr sicherlich ein großes Interesse an einer Kooperation haben, da das Thema Regionalvermarktung auch Thema der Landesgartenschau sein wird.

Stimmen Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, unserem Antrag zu, stimmen Sie für Landwirtschaft, Ernährungswirtschaft und Einzelhandel.

(Beifall bei der CDU)

D

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Rosenfeldt.

Jenspeter Rosenfeldt SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Das ist jetzt tatsächlich einer der Höhepunkte unserer diesjährigen Parlamentswoche. Was Frau Ahrons eben sauber vorgelesen hat, stimmt völlig. Wunderbar dabei ist, dass auch die CDU inzwischen gemerkt hat, dass die Verbraucherzentrale, die so etwas schon tut, fehlte. Das wird nachgetragen, das begrüße ich ausdrücklich.

(Beifall bei der SPD)

Das tolle an diesem Antrag ist – warum wir als Fraktion dem Antrag auch zustimmen werden –, dass er solide und seriös ist. Er greift das auf, was in dieser Stadt schon seit Jahren passiert

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

und sagt, das wollen wir weitermachen. Er sagt, Absatzförderung sei wichtig. Auch das haben wir in Hamburg schon länger betrieben und sollten wir weiter tun. Und jetzt wird eine Aktion der Verbraucherzentrale, die diese gerade zusammen mit anderen Verbänden macht, wo es um Treibstoff aus der Region geht, auch mit aufgegriffen. Ich glaube, das kann eine richtig runde Sache werden.

(Beifall bei der SPD)

Ein bisschen schade ist, dass es sich nur um ein Er suchen an den Senat handelt und kein Datum genannt wurde, damit wir als Parlament erfahren, ob das läuft und wie erfolgreich das ist. Außerdem wäre es wichtig, von dieser Regierung und der sie tragenden Fraktion zu er-

A fahren, was bereits in der Vergangenheit in dieser Angelegenheit gemacht worden ist. Oh doch, da ist etwas gemacht worden. Zum Beispiel sind die Förderungen für den ökologischen Landbau zusammengestrichen worden, die Umstellung auf umwelt- und ressourcenschonende Bewirtschaftung, die auch dem Alten Land sehr viel hilft, ist zusammengestrichen worden, die Vermarktung ökologischer Produkte ist zusammengestrichen worden, die Biotage in Hamburg haben nicht mehr stattgefunden. Wir haben uns also aus all diesen Sachen fein verabschiedet. Das ist real passiert und dazu steht kein Wort drin.

(Beifall bei *Gesine Dräger SPD und Christian Maaß GAL*)

Ich finde es auch ein bisschen bedauerlich, wenn hier der Blick nur verengt auf Absatz gerichtet wird. Die Verbraucherinnen und Verbraucher dieser Stadt, auch in der Metropolregion, achten nicht nur darauf, ob der Elbstadt wirklich aus der Elbe kommt, sondern wollen auch etwas über die Qualität der Produkte erfahren. Regionale Produkte haben große Vorteile für die Umwelt. Ich will das gar nicht alles aufzählen, ich will auch niemandem den Abend verlängern, die Sachen kennen Sie alle. Aber vielleicht ein paar Worte dazu, dass es hier auch um Verbraucher geht und nicht nur darum, den Absatz zu fördern, sondern um gesunde Produkte aus der Region,

(Beifall bei der SPD)

dass es darum geht, den Erzeugern zu helfen – auch zu ihrer eigenen Sicherheit –, weniger schädliche Stoffe einzusetzen und eine gute, sichere Vermarktung hinzubekommen, zum Beispiel Kindergärten-, Krankenhäuser- und Hotelaktionen zu machen. Das fehlt ein bisschen, aber ich denke, das können wir nacharbeiten.

B Einen Punkt sollte man vielleicht mit aufgreifen. Regionale Produkte haben nicht nur etwas mit Absatz und Gesundheit zu tun, sondern auch etwas mit Heimatverbundenheit, mit regionaler Verbundenheit. Und da stellt sich die Frage, wie können wir Schülern vermitteln, dass zum Beispiel alte Äpfel aus dieser Gegend auch eine Funktion haben, die über das reine Essen hinausgeht, die etwas mit Kultur zu tun hat. Auch das sollte mit aufgegriffen werden.

(Beifall bei der SPD)

Zu guter Letzt: Ich finde es eine gute Initiative und glaube, dass sie wirklich auf einer guten Grundlage steht, weil vieles von dem, was sie aufliest, ohnehin schon passiert. Ich wünsche dabei ein gutes Gelingen. Herr Giese, der Geschäftsführer des Verbands des Lebensmitteleinzelhandels, hat in der "Welt" schon darauf hingewiesen und gesagt, dass auch er sich über die Initiative freue. Er hat gesagt, in der Wirtschaftsbehörde gebe es seit einigen Jahren ein ähnliches Programm, aber das sei heiße Luft. Ich hoffe, dass es durch diese Initiative nicht bei der heißen Luft bleibt.

(Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Maaß.

Christian Maaß GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Rosenfeldt, das war eine sehr komplexe und sehr schöne Rede, ich kann es deswegen kurz machen. Im Wesentlichen ist das Leitmotiv, das vielleicht ungeschrieben über diesem Antrag steht, an ein umwelt-

C politisches Leitmotiv angelehnt, das Sie alle kennen, nämlich: Global denken, lokal handeln. Bezogen auf die Landwirtschaftspolitik und die Verbraucherpolitik möchte ich das abwandeln. Wir stehen für global denken und regional essen! Und das schmeckt, da sind wir uns einig.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Das Ziel des Antrags ist gut. Wir freuen uns, dass Sie in diese Richtung mitgehen. Es gibt zwei Mängel, Herr Rosenfeldt hat es schon angesprochen. Ein Problem ist – Sie haben es richtig beschrieben –, dass wir im Moment einen Preiskampf haben, dass wir Discounter haben, die einen sehr hohen Druck auf die Märkte ausüben und deswegen der Lebensmitteleinzelhandel und auch die regionalen Erzeuger unter einem ganz enormen Druck stehen. Wir müssen darauf mit Qualität antworten und Qualität heißt eben zweierlei. Das bedeutet eine regionale Produktion, aber eben auch eine saubere und verbrauchergerechte, eine gesunde Produktion und das ist die ökologische Produktionsweise. Es ist kein Zufall, dass Sie genau diesen Aspekt von Qualität in Ihrem Antrag leider nicht aufnehmen, denn Politik kann sicherlich dazu beitragen, gerade die ökologische Produktion zu fördern, auch in Richtung Vermarktung ökologisch-regional erzeugter Produkte, indem wir diese Spirale nach unten zulasten von Umwelt, auch zulasten von nachhaltiger Entwicklung und Qualität von Lebensmitteln beenden.

D Wenn Sie sich einmal das Beispiel des Biosiegels ansehen, das auch mit einer Kampagne verbunden war, werden Sie feststellen können, dass das tatsächlich beim Verbraucher wirkt. Das ist ein gutes Zeichen, denn überall gehen die Umsätze im Lebensmitteleinzelhandel außerhalb der Discounter zurück – es herrscht ja ein ganz großer Druck –, außer im ökologischen Lebensmitteleinzelhandel und bei den Ökowochenmärkten. Da gibt es ganz stabile Entwicklungen und sogar steigende Arbeitsplätze und diesen Punkt sollten Sie nicht vernachlässigen. Es werden Arbeitsplätze in der Region gehalten, es ist ein Beispiel für die Vereinbarkeit von Ökonomie und Ökologie und ist letztlich auch praktizierter Verbraucherschutz. Deswegen ist es etwas schade, dass Sie diesen Aspekt – in Anführungsstrichen – vergessen haben.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Der zweite Mangel ist letztlich das, was Herr Rosenfeldt gesagt hat. Eine Kampagne allein reicht eben nicht, sondern Sie müssen im Alltag, in Ihrem praktischen Regierungshandeln, in den Haushaltsplänen auch dafür sorgen, dass Sie eine Kontinuität hineinbekommen. Es geht eben nicht, die Wochenmärkte zusätzlich mit Gebühren erhöhungen zu belasten, Streichungen bei der ökologischen Lebensmittelproduktion und bei der Vermarktung vorzunehmen. Hamburg war einmal die Erfinderin der Biotage, die es mittlerweile in 15 Bundesländern gibt, und gerade hier wurden sie irgendwann wieder abgeschafft. All dies geht letztendlich in die falsche Richtung.

Aber wir freuen uns, dass Sie zumindest mit Ihrem Antrag wieder einen Schritt in die andere Richtung gehen. Wir würden uns freuen, wenn Sie noch zwei Schritte weiter mit uns gehen würden.

(Beifall bei der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur Abstimmung. Wer den CDU-Antrag aus der Drucksache

- A 18/2297 beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 27, dem Antrag der CDU-Fraktion: Familienfreundliches Wohnen für die Elbinseln – neue Chancen für eine positive Zukunft nutzen!

**[Antrag der Fraktion der CDU:
Familienfreundliches Wohnen für die Elbinseln –
neue Chancen für eine positive Zukunft nutzen!
– Drucksache 18/2298 –]**

Diese Drucksache möchte die SPD-Fraktion an den Stadtentwicklungsausschuss überweisen. Wer wünscht das Wort? Herr Finck, Sie bekommen es.

Henning Finck CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Mit unserem Antrag stellen wir die Weichen für ein familienfreundliches Wohnen auf den Elbinseln. Das entspricht unserem Kurs, der führt zu einem sozialen Ausgleich auf den Elbinseln, er ist wirtschaftsfreundlich und er ist olympiakompatibel.

Lassen Sie mich vorab einmal die Frage stellen, die in diesem Hause umstritten ist, auf welchen Elbinseln man überhaupt wohnen kann. Man kann auf der Veddel wohnen, man kann auf Wilhelmsburg wohnen.

(*Christian Maaß GAL: Hahnöfersand!*)

Aber was ist mit dem Kleinen Grasbrook?

- B Herr Egloff hatte für die SPD vor einigen Wochen aus unserer Sicht einen Kurswechsel für Wohnungsbau auf dem Kleinen Grasbrook eingeleitet. Er hatte dort im Rahmen der Debatte zum "Sprung über die Elbe gesagt", der Kleine Grasbrook solle nicht für Wohnungsbau genutzt werden, sondern Hafenentwicklungsgebiet bleiben.

(*Jan Quast SPD: Was sagen denn die CDU und der Senat dazu?*)

Wir dachten, das wäre ein Kurswechsel, weil Herr Quast gesagt hat, der "Sprung über die Elbe" ginge in die richtige Richtung, aber das sei nicht genug Wohnungsbau auf dem Kleinen Grasbrook.

(*Jan Quast SPD: Was sagt denn der Senat dazu?*)

Herr Neumann wollte dort immer wohnen. Aber nein, was müssen wir lesen – Frau Präsidentin, ich darf einmal die Presse zitieren –:

"Macht die SPD einen Rückzieher. Hickhack um den Wohnungsbau im Hafen. Finck: SPD ist beim Kleinen Grasbrook völlig unglaublich. Klaus Lübke, SPD: Wir bleiben beim Wohnungsbau."

Mit Ihrer Politik bleiben Sie eindeutig dabei, dass Sie gegen die Unternehmen sind, die auf dem Kleinen Grasbrook sind und sich nicht zwischen dem Fünfzigerschuppen und dem östlichen Teil befinden. Nur dort will die CDU für den Fall einer erfolglosen Olympia-Bewerbung ab 2020 Wohnungsbau einrichten. Sie wollen hingegen Wohnungsbau auf dem ganzen Kleinen Grasbrook.

Lassen Sie mich von zwei Gesprächen berichten, die ich dort mit zwei großen Unternehmen geführt habe.

C Die Firma C. Steinweg grenzt genau an. Die wollen Sie platt machen, da gefährden Sie 200 Arbeitsplätze. Gleich daneben liegt ein großes Industrieunternehmen, dort arbeiten 1000 Leute. Dort wollen Sie Wohnungsbau machen. Eine hervorragende Idee? Mit uns wird es das nicht geben.

(Beifall bei der CDU)

Herr Lieven, ich will Ihre Frage gern beantworten. Wir sprechen hier über familienfreundliches Wohnen auf den Elbinseln und die Bevölkerung beklagt sich immer darüber, dass es keine Unterschiede bei den Parteien gibt. Ich zeige sie hier auf.

Der Kleine Grasbrook ist abgearbeitet. Was wir auf der Veddel machen, sehen Sie. Dort gibt es positive Entwicklungen. Das Studentenprogramm läuft an. Man sieht die Veränderungen.

Auf Wilhelmsburg zeigt sich, was in den letzten 35 Jahren – hauptsächlich unter SPD-Verantwortung – falsch gemacht wurde. Sie haben eine falsche Belegungspolitik und eine falsche Baupolitik bei der Förderung gemacht. Nun sagen Sie nicht, dass das nicht zutrifft. Wenn Sie sich mit den Menschen in dem Stadtteil unterhalten, werden Sie erfahren, dass das ein Thema ist. Ich darf auch hier einmal wieder die Presse zitieren:

"Vertreiben Türken die Deutschen. Heißes Eisen. Beirat lädt zur Diskussion über Wohnungsbelegung. Aber bitte ohne Stammtischparolen."

Gerade der Nachsatz ist wichtig.

Ich würde mich freuen, wenn wir gleich eine sachliche Diskussion zu den Problemen, die es auf Wilhelmsburg gibt, führen könnten. Wir gehen dort einen neuen Weg, wir machen einen kompletten Kurswechsel. Künftig wird es auf Wilhelmsburg keinen klassischen sozialen Wohnungsbau im Neubau geben.

(*Doris Mandel SPD: Ihr baut ja gar keine!*)

D Wir wollen, dass es keine Förderung für Neubauten gibt, beispielsweise für Paragraph-5- oder für Dringlichkeitscheine. Das wird es mit uns nicht mehr geben. Eine Ausnahme wird es für geförderten Wohnungsbau für Altenheime geben. Das ist richtig und macht auch weiter Sinn.

(Beifall bei der CDU)

Mit unserem Antrag – damit kommen wir zu einem sehr wichtigen Punkt –, in dem es um familienfreundliches Wohnen geht, sagen wir, der Senat solle mehr Bauland für Einfamilienhäuser ausweisen. Das ist doch einmal etwas. Wir rücken ab vom Höchstbieterverfahren. Das Höchstbieterverfahren ist es doch, das es vielen jungen Familien nicht ermöglicht, Eigentum zu bilden. Dass wir auf Wilhelmsburg bereit sind, neue Wege zu gehen, ist ein guter Ansatz.

Lassen Sie mich auf einen Punkt eingehen, zu dem die GAL sicherlich gleich etwas sagen wird. Wir gehen auch ein schwieriges Thema an, nämlich die Frage, wie es in Kirchdorf-Süd weitergehen soll. Sie haben in einer Hamburger Tageszeitung die Überschrift gesehen:

"CDU schickt Abrissbagger nach Kirchdorf"

Wir schicken keine Abrissbagger, wir schicken den Vorsitzenden der SAGA und GWG, Herrn Basse, damit der – nun kommt der entscheidende Punkt – ge-

A meinsam mit den Bewohnerinnen und Bewohnern nach einer Lösung sucht, wie man vielleicht, wenn man sich einigt, einen Umbau machen kann.

Wir sind uns sicher alle in diesem Hause einig, dass Kirchdorf-Süd kein architektonisches Highlight ist und dass sich viele Probleme, die in diesen Siebzigerjahre-bauten entstanden sind, dort kumulieren. Wir glauben, dass die positiven Entwicklungen, die man beim Umbau solcher Siedlungen zum Beispiel in Berlin gesehen hat, auch in Hamburg im Rahmen der IBA geschehen könnten. Aber all das wird nur gemeinsam mit den Bewohnern erfolgen. Herr Lieven, Sie werden gleich noch etwas dazu sagen, Sie überzeichnen die Situation, wenn Sie sagen, wir schicken die Abrissbagger. Damit werden die Bewohner verunsichert. Wir wollen dort nicht weniger Wohnungen, sondern bessere Wohnungen. Darin sind wir uns alle einig.

(Beifall bei der CDU)

Lassen Sie mich zu einem letzten Punkt kommen, wie wir die Familienpolitik auf Wilhelmsburg besser auf den Weg bringen werden. Auf der Veddel haben wir gezeigt, dass durch das Pilotprojekt, dort Studenten anzusiedeln, innerhalb weniger Monate 200 Studenten in diesen Stadtteil gekommen sind. Der Senat hat – dafür noch einmal herzlichen Dank – das Projekt verdoppelt. Es kommen 400 Studenten auf die Veddel. Weil wir gesehen haben, dass man damit die Belegungspolitik in einem Stadtteil nachhaltig verändern kann, haben wir uns entschieden, dass ab 2007 das Studentenprojekt am Reiherstieg ausgeführt werden soll. Da wird es natürlich noch Infrastrukturmaßnahmen geben, aber auch das Reiherstiegviertel bietet aus unserer Sicht die Perspektiven, dort den Hebel anzusetzen.

B

All diese Maßnahmen werden natürlich nur funktionieren, wenn die Bildungspolitik auf Wilhelmsburg, auf den Elbinseln, also auch auf der Veddel besser wird. Daran arbeitet dieser Senat. Aber weil die Stunde fortgeschritten ist, werde ich dazu an dieser Stelle nichts mehr sagen.

Für Sie, meine Damen und Herren von der SPD, kommt es jetzt zum Schwur. Sie können sich jetzt überlegen, ob Sie das Weiter-so der letzten 35 Jahre – die Bevölkerungsstruktur, die Baupolitik, die Sie da zu verantworten haben – weitermachen wollen oder ob Sie unserem Antrag zustimmen und sagen: Ja, wir haben dort Fehler gemacht und es soll besser werden. Entscheiden Sie sich, Sie haben gleich die Gelegenheit, sich dazu zu äußern. Nutzen Sie die Chance.

(Beifall bei der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Marx.

Wolfgang Marx SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! In einem mag Herr Finck ein bisschen Recht haben: Die Elbinsel Wilhelmsburg hat natürlich auch das eine oder andere Problem. Aber so schlecht geht es der Elbinsel eigentlich noch nicht, dass Sie so schlechte Anträge verdient hätte.

(Beifall bei der SPD)

Ihr Antrag, sehr geehrter Herr Finck, ist ein etwas unbeholfener Versuch, alten Wein in neuen Schläuchen zu verpacken und ihn so an die geneigte Wählerin oder den geneigten Wähler zu bringen. Zu dieser vorgerückten

C Stunde will ich mich gleich mit den Einzelpunkten Ihres Antrags auseinander setzen.

Erstens: Sie wollen, dass das Sprachförderkonzept des Senats evaluiert werden soll. Diese Forderung scheint zunächst nicht falsch zu sein, aber diese Forderung ist völlig unnötig. Sie fordern etwas, was der Senat beziehungsweise die betreffenden Schulen ohnehin schon machen und machen müssen. Es ist traurig, dass Ihnen Ihr CDU-Senat noch nicht einmal etwas Neues zum Fordern übrig lässt, sondern Sie im Antrag immer nur das fordern dürfen, was ohnehin geschieht.

(Beifall bei der SPD)

Zweitens: Sie tun so, als ob die Freistellung von der Belegungsbinding auf der Elbinsel Wilhelmsburg etwas Neues wäre; das ist nichts Neues. Seit dem 1. Juli 1997, also seit fast acht Jahren, ist die Belegungsbinding für Sozialwohnungen in Wilhelmsburg aufgehoben. Das verdankt die Elbinsel Wilhelmsburg übrigens noch Senator Eugen Wagner; das sollte Ihnen vielleicht auch erinnerlich sein, Herr Finck. Dass manche Neubauten aus den Jahren 2002 bis heute wieder eine Belegungsbinding haben, ist wiederum ein Ergebnis des Versagens Ihrer Politik. Mit 44 Jahren SPD hat das herzlich wenig zu tun.

(Beifall bei der SPD)

Besonders absurd dabei ist, dass Sie das erfolgreiche Mieterzentrum auf der Elbinsel Wilhelmsburg zum 31. Dezember 2004 haben auslaufen lassen. Das Mieterzentrum unter der Leitung von Herrn Wehner hat sich sehr erfolgreich um die Bevölkerungsstruktur auf der Elbinsel gekümmert. Aber das ist nun weg und nun kommt dieser Antrag und soll uns glauben machen, dass die CDU die Elbinsel neu entdeckt hätte.

D

Drittens: Die Ausweitung des Ansiedlungsprogramms für Studierende hat die SPD-Ortsausschussfraktion schon vor einem Jahr gefordert. Ich begrüße sehr, Herr Finck, dass Sie sich dieser Forderung der SPD in Wilhelmsburg anschließen. Es wundert mich aber, dass Sie dieses nicht wussten, denn die wohl mittlerweile ehemalige Mitarbeiterin von Herrn Frommann hätte es Ihnen verraten können, denn sie ist Mitglied im Wilhelmsburger Ortsausschuss. Ich persönlich bin zumindest immer begeistert, wenn die CDU SPD-Forderungen aufnimmt, aber etwas Neues ist das wirklich nicht.

(Beifall bei der SPD)

Viertens: Beim Bauland für die Einfamilienhäuser können Sie sich einmal beim Kollegen Niedmers informieren. Der ist ja im Hauptberuf für das Eigenheimprogramm dieser Stadt zuständig und da durchaus erfolgreich. Im Gegensatz zu Ihnen hat er eine ganze Menge Fachkenntnis. Eine Auswahl von Eigenheimkäufern nach Haarfarbe wird es künftig hoffentlich auch weiterhin nicht geben.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie sich nur ein bisschen in Wilhelmsburg auskennen würden, dann wüssten Sie, dass die allermeisten Menschen, egal welche Haarfarbe sie haben, wenn sie sich dort ein Häuschen kaufen, den deutschen Pass besitzen.

Fünftens: Sie wollen in Kirchdorf-Süd ein bisschen Umbau oder ein bisschen Abriss. Der Antrag, wenn man ihn wortwörtlich im Vorspann liest, legt nahe, dass Sie Kirch-

A dorf-Süd verkleinern wollen ohne Abriss. Wie das gehen soll, bleibt mir schleierhaft. Soll es in den obersten Stockwerken Storchennistkästen geben oder was planen Sie dort eigentlich? Ihre Planung ist wirklich völlig absurd. Sie verunsichern die Bewohnerinnen und Bewohner. Man muss von Glück sagen, dass die "Welt", wo Ihre Geschichte groß verbreitet wurde, in Kirchdorf-Süd nicht so sehr gelesen wird. Aber die Frage bleibt trotzdem, was Sie eigentlich wollen, den Teilabriss oder ein bisschen dazu bauen. Die Kirchdorf-Südlerinnen und Kirchdorf-Südlern haben Planungssicherheit verdient anstatt Ihrer unseriösen Spekulationen.

(Beifall bei der SPD)

Zu guter Letzt will ich noch ein paar Worte über die Schul- und Bildungssituation in Wilhelmsburg sagen. Die Gnade der 44 Jahre können Sie in dieser Frage auch nicht mehr beanspruchen. Auch in Wilhelmsburg liegt die Sollfrequenz in den neuen ersten Klassen bei 27 Schülerrinnen und Schülern pro Klasse, obwohl unstrittig die Schülerinnen- und Schülerstruktur dort etwas anders aussieht als in den anderen Stadtteilen; eine Differenzierung erfolgt nicht mehr. Und die Krönung ist, dass der CDU-Senat unter Ole von Beust über 100 Lehrerstellen eingespart hat, die insbesondere für Sprachförderung zuständig waren. So etwas verschlechtert die Bildungs- und Entwicklungschancen ganz besonders in Wilhelmsburg und nicht in Nienstedten.

Besonders populistisch tut sich übrigens dabei immer wieder der Kollege Frommann hervor. So will er doch herausgefunden haben, dass an der Schule Buddesträße von den 81 neuen Erstklässlern im Sommer dieses Jahres keines deutsch sei. Erstens dachte ich bislang, dass man Deutscher durch Erwerb der Staatsbürgerschaft wird und zweitens hätte Herr Frommann sich ja einmal durch einen Besuch an der Schule informieren können, wie die Situation wirklich ist. Wilhelmsburg braucht weniger Politiker, die den Stadtteil in populistischer Weise schlechtreden, sondern es braucht konkrete Maßnahmen des Senats anstelle von Stellenstreichungen. Bei diesem Antrag habe ich ein bisschen den Eindruck, dass die CDU bald noch für sich reklamieren will, sie habe den tiefen Teller und das Rad erfunden; aber ganz so ist es dann doch nicht.

(Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Lieven.

Claudius Lieven GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Dieser Antrag ist wirklich ein Beispiel dafür, was die CDU unter familienfreundlicher Politik versteht, nämlich gar nichts.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Die ganzen Maßnahmen haben rein gar nichts mit familienfreundlicher Politik zu tun. Zum einzigen wichtigen Punkt, der Förderung der frühkindlichen Bildung in Wilhelmsburg, fordern Sie eine Evaluation und Dokumentation dessen, was der Senat sowieso dort vorhat. Das ist nichts Neues, das ist nichts Zusätzliches, das ist kein eigener Impuls.

Alle weiteren Punkte sind – Herr Marx hat es eben dargelegt – inhaltlich äußerst haarsträubend. Da war ich der "Welt" einmal ganz dankbar für ihre Schlagzeile "CDU

C schickt Abrissbagger nach Kirchdorf", denn das ist der Kern dessen, was dort wirklich von Bedeutung wäre, wenn Sie sich vorstellen, in welcher wohnungspolitischen Situation wir in Hamburg sind. Es gab kürzlich eine von der LBS veröffentlichte Studie, die deutlich macht, dass wir in drei bis vier Jahren in Hamburg einen Mangel an günstigem Wohnraum haben werden. Wir haben sowieso einen viel zu niedrigen Wohnungsbau in Hamburg. 5600 Wohnungen sind nötig, 3650 werden gebaut. Und in so einer Situation schlagen Sie ernsthaft den Abriss günstigen Wohnraums vor; das ist wirklich wahnsinnig.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Sie sagen, vorher hätte niemand den Mut gehabt, so eine Forderung zu formulieren. Ich glaube, vorher hatte niemand den Verstand, so eine Forderung zu formulieren,

(Beifall bei der GAL)

denn auch wirtschaftlich betrachtet ist das absoluter Wahnsinn. Sie müssten die Wohnungsunternehmen für den Wertverlust entschädigen. Sie müssten neue Wohnungen bauen für die Menschen, die aus diesen Wohnungen ausziehen müssen, Wohnungen, die funktionieren, die dort rentabel modernisiert stehen, und Sie müssten zusätzliches Geld ausgeben, um in der Bilanz keine neuen Wohnungen zu schaffen. Das ist unvorstellbar, das wird auch kein Stadtentwicklungssenator in Hamburg jemals mitmachen. Diese Forderung ist wirklich fernab jeglicher Realität.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

D Die Freistellungsverordnung, die Sie verlängern wollen, was Sie heute beantragen, gilt noch bis zum 31. Dezember 2008, also noch dreieinhalb Jahre. Jetzt deren Verlängerung zu fordern, ist wirklich eine revolutionäre Tat. Herr Marx hatte gesagt, sie gelte seit 1997, sie solle auch weiter gelten. Das ist richtig und wichtig und dagegen hat auch von uns niemand etwas. Aber stellen Sie sich nicht hin und erzählen uns, es wäre familienfreundliche Politik, jetzt die Verlängerung einer Verordnung zu fordern, die noch dreieinhalb Jahre läuft. Das ist verschossenes Pulver, das bringt überhaupt nichts.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Sie sagen, man möge auf das Höchstpreisverfahren bei der Vergabe städtischer Eigenheimgrundstücke verzichten. Das wird dort nicht angewandt, Sie müssten doch so viel Sachverstand haben zu wissen, dass das nach dem Punktesystem erfolgt. Und das hat nichts mit Höchstpreisen zu tun, sondern da sind Kriterien wie Familiengröße, Einkommen, Wohnsitz in Hamburg et cetera relevant. Danach werden Eigenheimplätze vergeben und nicht im Höchstgebotsverfahren. Von daher braucht man davon nicht abzurücken, weil es nicht angewendet wird.

Vierter Punkt, die Studentenwohnungen. Ich sehe das etwas kritischer als Herr Marx, denn damit verschärfen Sie die Konkurrenz um günstigen Wohnraum in Wilhelmsburg. Sie subventionieren das Wohnen für Studenten in Wilhelmsburg mit 186 Euro pro Wohnung. Das ist ein konkurrenzlos günstiger Preis. Damit kann man Studenten nach Wilhelmsburg ziehen, aber Sie verschärfen den Druck im unteren Segment des Wohnungsmarkts und da ist der Druck bereits jetzt hoch. Das sollten Sie nicht tun, Sie sollten Studentenwohnungen bauen. Dafür hat das Wohnungsbauprogramm des Senats auch ein Segment: 80 Wohnungen pro Jahr. Im Jahre 2004 wur-

A den null neuen Studentenwohnungen gebaut. Das kann so nicht sein, dass Sie den normalen Wohnraum verknappen, indem Sie Angebote für Studenten schaffen und keine neuen Studentenwohnungen bauen. Das ist eine wirklich fehlgeleitete Wohnungspolitik.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

In der Summe können wir diesen Antrag nur freudig ablehnen und Sie sollten ihn schleunigst vergessen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Schulz.

Rüdiger Schulz SPD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich will nur zwei kurze Punkte aufgreifen, einen eher formalen und einen inhaltlichen.

Um mit dem formalen Punkt anzufangen: Wenn Sie in Punkt sechs Ihres Antrags den Senat ersuchen, uns in Kenntnis zu setzen, und zwar ohne jeden Zeitraum zu nennen, bis zu dem der Senat berichten soll, dann können Sie auf diese Forderung auch gleich verzichten, denn wer keinen Zeitraum nennt, der verzichtet in Wirklichkeit auch auf das ob überhaupt. Also ein ganz klein bisschen mehr Mut, das tut im Übrigen auch gar nicht weh. Probieren Sie dem Senat gegenüber ein bisschen den aufrechten Gang und schreiben Sie in Zukunft in Ihre Anträge einen Zeitraum hinein oder lassen es völlig weg, dann wäre es ehrlicher.

(Beifall bei der SPD)

Zum Inhalt: Eigentlich müsste über all diesen Anträgen folgende Zeile stehen: An ihren Taten sollt ihr sie erkennen. Sonntagsreden sind wohlfeil, heute Nachmittag haben wir eine klassische gehört; Papier ist geduldig. Wenn man das, was Sie in Wilhelmsburg und auf der Veddel an konkreter Politik machen, einmal als Maßstab für den Begriff Familienfreundlichkeit nimmt, der in diesem Antrag benutzt wird, dann werden Sie ein Problem bekommen. Ein einziges Beispiel: Es gibt keinen Stadtteil in Hamburg, der in einem derart katastrophalen Ausmaß Betreuungskapazitäten im Bereich der Kindergärten und Kindertagesstätten verloren hat wie gerade die Veddel und Wilhelmsburg.

(Beifall bei der SPD)

Das ist kein Zufall, das ist nicht das ungewollte Ergebnis einer Politik, sondern das haben Sie sehenden Auges herbeigeführt. Sie wussten, dass bei Ihrer Politik dieses Ergebnis herauskommen würde. Sie sind von uns in diesem Haus x-mal gewarnt worden, dass das die Konsequenz Ihrer Politik sein würde. Sämtliche Fachleute haben Sie vorher darauf hingewiesen. Sie haben Fachleute in der eigenen Fraktion, die Ihnen das bestätigen konnten. Es ist wunderbar, Prioritäten für die Verbindung von Beruf und Familie zu schaffen, aber ohne gleichzeitig den nötigen Ausbau zu schaffen, war das die Katastrophe. Wer das macht, lässt die sozialen Bedarfe hinten herunterfallen und das ist für Wilhelmsburg und die Veddel eine einzige Katastrophe und Sie wissen das. Jedes Kindertagesheim in Wilhelmsburg bestätigt Ihnen, was es bedeutet, wenn die Kinder, die es am dringendsten nötig haben, in die Schule kommen und kein Deutsch oder nur ganz schlecht Deutsch sprechen können. Das sind genau die Kinder, die in acht oder zehn Jahren in

unserem System gescheitert sein werden, und die produzieren Sie seit drei Jahren in Wilhelmsburg und auf der Veddel. Das ist eine Katastrophe für diesen Stadtteil und in dem Zusammenhang dann von Familienfreundlichkeit zu sprechen, ist ein Zynismus, der nicht mehr fassbar ist.

(Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 18/2298 an den Stadtentwicklungsausschuss zu, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das Überweisungsbegehr ist abgelehnt.

Dann kommen wir in der Sache zur Abstimmung. Wer möchte den CDU-Antrag aus der Drucksache 18/2298 annehmen, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 19, Bericht des Rechtsausschusses zum Thema: Veränderungen im Bereich der sozialtherapeutischen Anstalten Altengamme, Bergedorf, Moritz-Liepmann-Haus.

[Bericht des Rechtsausschusses: Veränderungen im Bereich der sozialtherapeutischen Anstalten Altengamme, Bergedorf, Moritz-Liepmann-Haus (Selbstbefassungsangelegenheit) – Drucksache 18/2280 –]

Wer wünscht das Wort? – Herr Kloß, bitte.

Rolf-Dieter Kloß SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der Bericht des Rechtsausschusses, den wir jetzt noch zu später Stunde debattieren, zeigt einmal mehr, welchen Weg der Strafvollzug in Hamburg unter diesem Senat nehmen soll. Die Richtung ist klar, es geht weiter abwärts.

Wir haben uns in den letzten Wochen und Monaten ausgiebig mit den Haftanstalten befasst, in denen in Hamburg sozialtherapeutischer Vollzug geleistet wird.

(Unruhe im Hause – Glocke)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Herr Kloß, bitte entschuldigen Sie die Unterbrechung, aber, ich denke, wir alle sollten so kollegial sein, dass wir auch in der letzten Debatte noch mit Ruhe den Rednern zuhören.

Rolf-Dieter Kloß (fortfahrend): Dabei durften wir feststellen, dass der sozialtherapeutische Vollzug in Hamburg als Vorreiter und beispielhaft in den anderen Bundesländern gilt, ja, man kann ohne Übertreibung sagen, dass uns andere um diese Vollzugsmöglichkeiten beneiden.

(Viviane Spethmann CDU: Da haben Sie aber eine andere Wahrnehmung!)

Dieser Vollzug ist unter anderem deshalb so vorbildlich, weil er in kleinen Einheiten, also in sehr spezialisierten Anstalten, vollzogen wird. Nur hier ist die Möglichkeit einer Individualisierung gegeben, das heißt, den Insassen wirklich zu kennen und ihn so zu therapiieren. Dabei

A kommt es auch darauf an, dass die durchaus sehr heterogenen Tätergruppen getrennt untergebracht sind. Dies kann in einer einzelnen Großanstalt nicht geleistet werden, weil der Einfluss der leider vollzugstypischen Subkulturen störend wirkt.

Im Übrigen schreibt das Strafvollzugsgesetz vor, dass sozialtherapeutischer Vollzug vom normalen Vollzug getrennt durchgeführt werden soll. Daran wie auch an eine Vielzahl anderer Vorschriften und Maßgaben halten Sie sich aber wieder einmal nicht.

Ohne Not und ohne überzeugende Gründe wird diese funktionierende Vollzugsstruktur nun von Ihnen, Herr Senator Dr. Kusch, zerstört. Durch die Umsiedlung des sozialtherapeutischen Vollzugs in die Anstalt Fuhlsbüttel, bei gleichzeitiger Schließung des Moritz-Liebmann-Hauses und der Anstalt Altengamme setzen Sie sich über die Erkenntnisse und Ratschläge der Experten hinweg und etablieren eine neue Art des Vollzugs, den wir hier schon oftmals und nachdrücklich als "Verwahrvollzug" bezeichnet haben.

(Beifall bei der SPD)

Bezeichnend ist es da, dass Sie angekündigt haben, den sozialtherapeutischen Vollzug nun ausschließlich als geschlossenen Vollzug stattfinden lassen zu wollen.

Immerhin konnte gegen die Überzeugung des Justizsenators erreicht werden, den Strafvollzug auf dem Gelände der KZ Gedenkstätte Neuengamme zu beenden. Leider aber haben Sie unseren Argumenten für eine Aufrechterhaltung des sozialtherapeutischen Vollzugs in der bisherigen Form kein Gehör geschenkt und das, obwohl wir von allen Seiten in der öffentlichen Anhörung bestätigt worden sind.

(Beifall bei der SPD)

Die Einsparungen, die Sie durch die Schließungen erreichen wollten, werden ein Nichts sein im Vergleich zu dem Schaden, den Sie durch diese Maßnahmen anrichten werden.

(Beifall bei der SPD)

Es steht fest und soll hier ganz deutlich gesagt werden, dass die bisher so erfreulich niedrigen Rückfallquoten, die der Vollzug zum Beispiel in Altengamme erreicht, so nicht mehr gewährleistet sein werden. Die Rückfallquote ist aber der zentrale Sicherheitsindikator eines Strafvollzugskonzeptes. Sicherheit der Bevölkerung vor Straftätern wird vor allem dadurch erreicht, dass man eine Reintegration der Strafjährigen in die Gesellschaft erreicht. Nur ein hieran ausgerichteter Vollzug, also ein Vollzug, der sich die Resozialisierung auf die Fahne geschrieben hat, kann wirklich Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger schaffen.

(Beifall bei der SPD)

Alles andere, insbesondere ein Vollzug, der das bloße Wegsperren und Verwahren in den Mittelpunkt stellt, bedeutet, dass die Täter im Vollzug scharf gemacht werden.

Ein eklatantes Beispiel für misslungenen Vollzug haben wir jüngst zur Kenntnis nehmen müssen: Den Fall Christian L., der vor Jahren als Mörder des Lebensmittelhändlers Willy Dabelstein traurige Berühmtheit erlangte und nur wenige Tage nach seiner Haftentlassung im April

dieses Jahres erneut straffällig wurde, als er einen Jogger in Uhlenhorst überfiel.

Am schlimmsten wiegt bei dieser ganzen Sache, dass Sie die Schließungen und Umstrukturierungen vorantreiben, ohne dass Sie bis heute ein auch nur ansatzweise tragfähiges Konzept vorgelegt haben, wie sozialtherapeutischer Vollzug in Hamburg weiter stattfinden soll.

Bis heute ist nicht klar, wie Sie die Binnendifferenzierung in der Anstalt Fuhlsbüttel erreichen wollen, das heißt, wie Sie die notwendige Unterteilung nach einzelnen Tätergruppen gewährleisten wollen.

Auch die finanziellen Fragen sind bis heute nicht geklärt, genauso wenig haben wir ein Personalkonzept. Gerade deswegen herrscht eine große Verunsicherung unter den Bediensteten des Strafvollzugs, die – so steht zu befürchten – sich irgendwann negativ auf die Einstellung und damit auf die Qualität der Arbeit auswirken wird. Aber gerade im Strafvollzug steht und fällt die Güte der Arbeit mit der Motivation der Mitarbeiter. Dies hätten Sie, Herr Senator Dr. Kusch, bei all Ihren Hauruckaktionen bedenken müssen.

(Beifall bei der SPD)

Es bleibt dabei, mit den nun eingeleiteten Maßnahmen wird das funktionierende System des sozialtherapeutischen Vollzugs in Hamburg zerstört. Sehenden Auges werden Strukturen kaputt gemacht, die in der Vergangenheit für erfreulich niedrige Rückfallquoten und damit für ein erhöhtes Maß an Sicherheit für die ganze Bevölkerung gesorgt haben, und das alles für Einsparungen, deren Höhe mehr als zweifelhaft ist.

Der Stadt Hamburg haben Sie, Herr Senator, hiermit jedenfalls einen Bärenhieb erwiesen, dessen Folgen wir alsbald sehen werden, wenn Sie nicht umsteuern. Dafür ist es vielleicht noch nicht zu spät. Allerdings müssen Sie sich dann auf Kernaufgaben konzentrieren und nicht auf überflüssige Vorhaben, die keiner braucht – ich denke an die Notarverordnung – und mit Ausflügen in die Bundespolitik, die im politischen Abseits enden, ihre Zeit vertun. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Voet van Vormizeele.

Kai Voet van Vormizeele CDU: Das Schöne ist, wenn man in der letzten Debatte an einem solch langen Abend zum dritten Male über dasselbe Thema redet. Das hat für mich den Vorteil, dass ich zumindest kurz reden kann. Manche Kollegen, wie wir eben erlebt haben, können ihre Reden, die sie vor sechs Wochen gehalten haben, noch einmal vorlesen. Das werde ich jetzt nicht tun.

Wir haben dieses Thema sowohl im Rechtsausschuss als auch in der Bürgerschaft mehr als einmal ausgiebig debattiert und wir haben auch sehr deutlich gemacht, wo unsere Unterschiede liegen. Ich will die kurzen und knappen Kernpunkte für uns noch einmal zusammenfassen:

Erster und entscheidender Punkt ist: Sozialtherapie wird in Hamburg nicht abgeschafft, denn das ist das, was man nach dem Beitrag, den wir eben gehört haben, glauben könnte. Im Gegenteil. Wir werden die Platzzahlen im Bereich der Sozialtherapie erweitern. Wir haben jetzt eine Reihe von neuen Einrichtungen im Bereich der Sozial-

A therapie geplant. Ich nenne beispielhaft die Frauenplätze in Glasmoor und die Plätze für Jugendliche in Hahnöfersand. Wir werden die erfolgreiche Sozialtherapie weiterhin modernisieren. Das ist der entscheidende Punkt und der entscheidende Unterschied zwischen uns und dem, was die Kollegen der SPD und der GAL sagen. Die Sozialtherapie kann und darf nicht stehen bleiben auf dem Niveau der Siebzigerjahre, auch wir in Hamburg müssen uns fragen, ob die Entwicklungen, die andere Bundesländer mitgemacht haben – zum Teil schon vor Jahren – für uns nicht auch beispielgebend sind. Wir müssen nun einmal feststellen, dass in vielen Bundesländern Sozialtherapien gebildet worden sind, die etwas größer sind. Wir sprechen hier nicht über tausende von Plätzen, wir sprechen über Platzzahlen im Bereich von ungefähr 150 bis 190.

Der entscheidende Punkt wird für uns sein, dass das Verhältnis von Strafgefangenen und Sozialtherapie auf demselben Niveau bleibt. Noch einmal als Beispiel: Bundesweit kommen auf 1000 Strafgefangene 27 Plätze im Bereich der Sozialtherapie. In Hamburg haben wir in dem Bereich 67 Plätze. Das heißt, wir haben in Hamburg drei Mal so viel Plätze pro Strafgefangener wie in den anderen Bereichen. Das ist beispielhaft und das werden wir so halten, das werden wir ausbauen. Wir sind der Auffassung, dass der Senator mit diesem Konzept einen richtigen Weg beschritten hat. Wir werden ihn als Fraktion auf diesem schwierigen Weg auch in Diskussionen mit Mitarbeitern und Betroffenen unterstützen und wir sind der festen Überzeugung, dass wir in Hamburg eine moderne, eine gute und eine leistungsfähige und bedarfsgerechte Sozialtherapie schaffen werden.

B (Beifall bei der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort hat Herr Dr. Steffen.

Dr. Till Steffen GAL: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Es heißt heute, Abschied zu nehmen von einem sehr erfolgreichen Teil des Hamburger Strafvollzugs, der für viele andere Bundesländer und auch international vorbildlich war. Das heißt natürlich auch, hier zu konstatieren, dass die parlamentarische Debatte mit der heutigen Befassung an einem Endpunkt angekommen ist. Insoweit ist es gut, dass wir heute noch einmal über diese Frage sprechen.

Ich will nicht alle Argumente wiederholen, die wir hatten, auch wenn Herr Voet van Vormizeele selbst noch einmal die Argumente wiederholt hat, die er schon mehrfach gebracht hat. Es gibt zum Glück einige neue Aspekte, die die Beratungen im Rechtsausschuss hervorgebracht haben. Das ist einmal die Frage der Platzzahlen. Herr Voet van Vormizeele hat das angesprochen. Allerdings stimmt die Addition nicht ganz. Von der CDU-Fraktion ist immer wieder behauptet worden, es würde künftig sogar mehr Sozialtherapie geben als bislang. Ich will nicht die Gegenbehauptung aufstellen, dass das weniger sei, weil ein Platz weniger in der Tat nicht sehr viel ist. Aber selbst, wenn man die günstigste Berechnung zugrunde legt, werden wir künftig einen Platz weniger in der Sozialtherapie haben als wir es bisher hatten. Da ist aber wirklich noch die optimistischste Variante zugrunde gelegt nach den sehr vagen Prognosen für das Konzept. Um es deutlich zu sagen: Wir haben in Haus 4 in Fuhlsbüttel 177 Plätze. Dort sind bislang unterschiedliche Einrichtungen untergebracht, auch Langstrafige sind dort unterge-

bracht, die mit Sozialtherapie gar nichts zu tun haben. Die sollen dort wahrscheinlich auch künftig untergebracht sein. Die Beratung im Rechtsausschuss hat die Antwort gebracht, man könne Haus 4 in zwei Einheiten unterteilen, sodass die eine Einheit 100 Plätze und die andere Einheit 77 Plätze hat. Wenn man dann die größere dieser beiden Einheiten für die Sozialtherapie nehmen würde, hätte man dort 100 Plätze. Dem stehen 29 Plätze gegenüber, die bislang schon dort sind, und 45 Plätze im Moritz-Liebmann-Haus sowie 60 Plätze im Haus Alten-gamme, das geschlossen wird oder geschlossen worden ist. Dann haben wir die möglichen 20 Plätze in Glasmoor für die Frauen. Eine Steigerung kommt also nicht dabei heraus.

Der zweite Punkt: Es ist endlich deutlich geworden und auch deutlich gesagt worden – wir haben das immer unterstellt, es wurde aber immer von Senat und von der CDU-Fraktion bestritten –, dass an dem Konzept, das bislang in den sozialtherapeutischen Anstalten gefahren wurde, nicht festgehalten werden soll. Die CDU-Fraktion hat immer nur gesagt, es ist eine räumliche Verlagerung, aber es soll weiter an diesem erfolgreichen Konzept festgehalten werden. Wir wissen jetzt, das ist nicht der Fall. Das Konzept, das bislang gefahren wurde, basierte auf der stufenweisen Gewöhnung an die Freiheit, auf der stufenweisen Lockerung. Es war natürlich sehr genau abgestuft, was mit dem einzelnen Gefangen überhaupt möglich war und welche Lockerungen und wie viel Freiheit in dem Fall möglich war. Das ist jeweils ausprobiert worden. Darauf wurde dann die Therapie abgestimmt. Das wird es künftig im überwiegenden Teil der Sozialtherapie nicht mehr geben, denn es ist ganz deutlich gesagt worden, dass die Gefangenen, die in Haus 4 in Fuhlsbüttel Sozialtherapie haben, keine Lockerungen bekommen werden. Es wird also für sie keine gestufte Gewöhnung an die Freiheit geben, das heißt, eine Abkehr von dem absolut zentralen Punkt des bisherigen Konzepts. Man kann das bisherige Konzept nicht umsetzen ohne stufenweise Gewöhnung an die Freiheit und ohne Lockerungen wie Freigang und so weiter.

Schließlich dritter Punkt: Ich habe zwischenzeitlich auch noch einmal das Gespräch mit der Gewerkschaft der Vollzugsbediensteten gesucht. Es ist in der Tat so, dass die Stimmung dort noch weiter gesunken ist und dass diese Frustration zu großer Verunsicherung bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern geführt hat nach dem Hü und Hott bei der Einsetzung von Projektgruppen, die Ergebnisse abliefern dürfen und die dann wieder vom Tisch gewischt werden. Es ist eine reife Leistung eines CDU-Senators, die Bediensteten im Strafvollzug geschlossen gegen sich aufzubringen.

(Beifall bei der GAL)

Die Sicherheit der Bevölkerung wird durch diese Maßnahme gefährdet. Eine erfolgreiche Arbeit in diesen Anstalten wird beendet, die Mitarbeiter sind frustriert. Herr Kusch, Sie haben ganze Arbeit geleistet.

(Beifall bei der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stelle ich fest, dass die Bürgerschaft von der Drucksache 18/2280 Kenntnis genommen hat.

C

D

- A Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 16, den Drucksachen 18/2120 sowie 18/2285 bis 18/2287, Berichte des Eingabenausschusses.

**[Bericht des Eingabenausschusses:
Eingaben – Drucksache 18/2120 –]**

**[Bericht des Eingabenausschusses:
Eingaben – Drucksache 18/2285 –]**

**[Bericht des Eingabenausschusses:
Eingaben – Drucksache 18/2286 –]**

**[Bericht des Eingabenausschusses:
Eingaben – Drucksache 18/2287 –]**

Zunächst zum Bericht 18/2120. Wer der Empfehlung folgen möchte, die der Eingabenausschuss zu der Eingabe 206/05 abgegeben hat, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit bei einigen Gegenstimmen angenommen worden.

Wer schließt sich der Empfehlung zur Eingabe 224/05 an, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist das mit Mehrheit bei einigen Enthaltungen angenommen.

Wer schließt den Empfehlungen zu den übrigen Eingaben an, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig angenommen.

Wir kommen zum Bericht 18/2285, zunächst zur Ziffer 1. Wer möchte den Empfehlungen folgen, die der Eingabenausschuss zu den Eingaben 1052/04 und 1063/04 abgegeben hat, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit angenommen.

Wer möchte zur Eingabe 1101/04 der Ausschussempfehlung folgen, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit angenommen.

Wer schließt sich der Empfehlung zur Eingabe 1119/04 an, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit angenommen.

Wer folgt der Empfehlung zur Eingabe 18/05, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit angenommen.

Wer stimmt den Ausschussempfehlungen zu den übrigen Eingaben zu, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das war einstimmig.

Wer möchte das Ersuchen in Ziffer 2 beschließen, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Auch das ist einstimmig.

In Ziffer 3 werden Kenntnisnahmen empfohlen. Diese sind erfolgt.

Wir kommen zum Bericht 18/2286. Hierin sind nur einstimmige Empfehlungen enthalten. Wer möchte diesen folgen, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist auch hier einstimmig so angenommen.

Schließlich kommen wir zum Bericht 18/2287, zuerst zu Ziffer 1. Wer möchte der Empfehlung folgen, die der Eingabenausschuss zu der Eingabe 104/05 abgegeben hat, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit angenommen.

Wer schließt sich der Empfehlung zur Eingabe 73/05 an, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist bei einer Zahl von Enthaltungen mit Mehrheit angenommen.

Wer schließt sich den Empfehlungen zu den übrigen Eingaben an, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig angenommen.

In Ziffer 2 wird eine Kenntnisnahme empfohlen. Diese ist erfolgt.

Die in der Geschäftsordnung für bestimmte Punkte der Tagesordnung vorgesehene

Sammelübersicht *

haben Sie erhalten.

Ich stelle fest, dass die Bürgerschaft die unter A aufgeführten Drucksachen zur Kenntnis genommen hat.

Wer stimmt dem Überweisungsbegehr unter B zu, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig angenommen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 7, Große Anfrage der GAL-Fraktion: Hamburger Öffentliche Bücherhallen: Bleibt das Tor zu Kultur und Bildung offen?

**[Große Anfrage der Fraktion der GAL:
Hamburger Öffentliche Bücherhallen: Bleibt das Tor
zu Kultur und Bildung offen? – Drucksache 18/1990 –]**

Diese Drucksache möchte die GAL-Fraktion an den Kulturausschuss überweisen. Wer stimmt dem zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Die Mehrheit ist gegen die Überweisung.

Dann stelle ich fest, dass die Bürgerschaft die Große Anfrage, Drucksache 18/1990, ohne Besprechung zur Kenntnis genommen hat.

Tagesordnungspunkt 15, Senatsmitteilung zum Thema: Regelmäßige Unterrichtung der Bürgerschaft über die Polizeiliche Kriminalstatistik.

**[Senatsmitteilung:
Stellungnahme des Senats zu dem Ersuchen der
Bürgerschaft vom 15./16./17. April 2002
Drucksache 17/654 (Ursprungsantrag Drucksache
17/317) und Plenarprotokoll 17/14 – Regelmäßige
Unterrichtung der Bürgerschaft über die Polizeiliche
Kriminalstatistik – Drucksache 18/2300 –]**

Diese Drucksache möchte die GAL-Fraktion an den Innenausschuss überweisen. Wer stimmt dem zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann stelle ich fest, dass das Überweisungsbegehr angenommen worden ist.

Tagesordnungspunkt 21, Bericht des Innenausschusses zum Thema Härtefallregelung für afghanische Flüchtlinge.

A **[Bericht des Innenausschusses über die Drucksachen 18/239: Härtefallregelung für afghanische Flüchtlinge (SPD-Antrag)
18/213: Härtefallregelung für afghanische Flüchtlinge (GAL-Antrag) – Drucksache 18/2289 –]**

Zunächst zu Ziffer 1 der Ausschussempfehlung. Wer schließt sich der Empfehlung zu Drucksache 18/239 an, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit angenommen.

Wer möchte der Empfehlung zu Drucksache 18/312 in Ziffer 2 der Ausschussempfehlung folgen, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit angenommen.

In Ziffern 3 und 4 der Ausschussempfehlung werden Kenntnisnahmen empfohlen. Diese sind erfolgt.

Tagesordnungspunkt 22, Bericht des Wissenschaftsausschusses zum Thema: Gründung einer Theaterakademie an der Hochschule für Musik und Theater.

[Bericht des Wissenschaftsausschusses über die Drucksache 18/1979: Gründung einer Theaterakademie an der Hochschule für Musik und Theater (HfMT) (Senatsantrag) – Drucksache 18/2299 –]

Wer schließt sich der Ausschussempfehlung an, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig so passiert.

Im Hinblick auf Ziffer 2 des Petitions aus dem Senatsantrag, Drucksache 18/1979, bedarf es einer zweiten Lesung.

Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

– Das ist der Fall. Gibt es Widerspruch aus dem Hause?
– Den sehe ich nicht.

Wer möchte den soeben in erster Lesung gefassten Beschluss in zweiter Lesung fassen, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig angenommen. Das ist dann auch in zweiter Lesung und somit endgültig beschlossen worden.

Tagesordnungspunkt 29, Antrag der SPD-Fraktion: Gedächtnis der Stadt erhalten – Bestände des ehemaligen Landesmedienzentrums sichern

**[Antrag der Fraktion der SPD:
Gedächtnis der Stadt erhalten – Bestände des ehemaligen Landesmedienzentrums sichern
– Drucksache 18/2312 –]**

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 18/2397 ein Antrag der CDU-Fraktion vor.

**[Antrag der Fraktion der CDU:
Gedächtnis der Stadt erhalten – Bestände des ehemaligen Landesmedienzentrums sichern
– Drucksache 18/2397 –]**

Beide Drucksachen möchte die SPD-Fraktion an den Kulturausschuss überweisen. Wer stimmt dem zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das Überweisungsbegehr ist abgelehnt.

Dann lasse ich in der Sache abstimmen. Zunächst zum CDU-Antrag aus der Drucksache 18/2397. C

Wer möchte diesen annehmen, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Einstimmig angenommen.

Wer möchte den SPD-Antrag aus der Drucksache 18/2312 beschließen, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit abgelehnt.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 33, dem gemeinsam Antrag aller drei Fraktionen zur Bezirksverwaltungsreform.

**[Interfraktioneller Antrag:
Bezirksverwaltungsreform – Drucksache 18/2319 –]**

Wer möchte den Antrag annehmen, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig angenommen.

Sie mögen es bedauern, aber die Tagesordnung ist abgearbeitet. Wir sind am Ende. Ich wünsche Ihnen einen guten Heimweg.

Schluss: 21.23 Uhr

_____ D
Hinweis: Die mit * gekennzeichneten Redebeiträge wurden in der von der Rednerin beziehungsweise vom Redner nicht korrigierten Fassung aufgenommen.

_____ In dieser Sitzung waren nicht anwesend: die Abgeordneten Thomas Böwer, Marita Meyer-Kainer, Dr. Heike Opitz und Frank-Thorsten Schira

Anlage 1**Zu Punkt 20**

(siehe Seite 1684 A)

Namentliche Abstimmung

über den Bericht des Innenausschusses gemeinsam mit dem mitberatenden Rechtsausschuss über die Drucksache 18/1487: Entwurf eines Gesetzes zur Erhöhung der öffentlichen Sicherheit in Hamburg (Senatsvorlage)
 – Drucksache 18/2288 –

Name	Abstimmungsergebnis	Name	Abstimmungsergebnis
Ahlhaus, Christoph	Ja	Goetsch, Christa	Nein
Ahrons, Barbara	Ja	Goldberg, Thies	Ja
Bestmann, Tanja	Nein	Grapengeter, Jens	Ja
Beuß, Wolfgang	Ja	Gregersen, Martina	Nein
Blömeke, Christiane	Nein	Grund, Uwe	Nein
Boeddinghaus, Sabine	Nein	Güclü, Nebahat	Nein
Böttcher, Niels	Ja	Hamann, Jörg	Ja
Böttger, Olaf	Ja	Harlinghausen, Rolf	Ja
Brinkmann, Petra	Nein	Hecht, Heiko	Ja
Brüning, Dr. Barbara	Nein	Heinemann, Robert	Ja
Buss, Wilfried	Nein	Heintze, Roland	Ja
Claußen, Bruno	Ja	Hesse, Klaus-Peter	Ja
Cords, Ingrid	Nein	Hilgers, Dr. Andrea	Nein
Dees, Hans-Christoff	Nein	Hochheim, Dr. Natalie	Ja
Dietrich, Lars	Ja	Hoth, Dietrich	Ja
Dobritz, Werner	Nein	Husen, Katja	Nein
Dräger, Gesine	Nein	Jäger, Dr. Manfred	Ja
Dressel, Dr. Andreas	Nein	Jensen, Hans Heinrich	Ja
Duden, Barbara	Nein	Kerstan, Jens	Nein
Eggers, Karin	Ja	Kienscherf, Dirk	Nein
Egloff, Ingo	Nein	Kleibauer, Thilo	Ja
Ehlers, Inge	Ja	Klooß, Rolf-Dieter	Nein
Engels, Hartmut	Ja	Köncke, Gudrun	Nein
Ernst, Andreas	Ja	Koop, Karen	Ja
Ernst, Britta	Nein	Kraxner, Stefan	Ja
Fiedler, Luisa	Nein	Krüger, Harald	Ja
Finck, Henning	Ja	Kruse, Rüdiger	Ja
Fischer, Lydia	Ja	Lafrenz, Hans	Ja
Frank, Günter	Nein	Langhein, Dr. A. W. Heinrich	Ja
Frankenberg, Egbert von	Ja	Lappe, Dr. Verena	Nein
Freistedt, Marino	Ja	Lein, Gerhard	Nein
Frommann, Jörn	Ja	Lemke, Dittmar	Ja
Fuchs, Michael	Ja	Lieven, Claudius	Nein
Gienow, Hanna	Ja	Lühmann, Jörg	Nein

Name	Abstimmungsergebnis	Name	Abstimmungsergebnis
Maaß, Christian	Nein	Wersich, Ekkehart	Ja
Machaczek, Bettina	Ja	Zuckerer, Walter	Nein
Maier, Dr. Willfried	Nein		
Martens, Brigitta	Ja		
Marx, Wolfgang	Nein		
Mattner, Dr. Andreas	Ja		
Möller, Antje	Nein		
Müller, Farid	Nein		
Müller-Kallweit, Wolfgang	Ja		
Neumann, Michael	Nein		
Niedmers, Ralf	Ja		
Ohlsen, Olaf	Ja		
Özoguz, Aydan	Nein		
Ploog, Wolfhard	Ja		
Quast, Jan	Nein		
Reinert, Bernd	Ja		
Riecken, Jan Peter	Nein		
Röder, Berndt	Ja		
Rogalski-Beeck, Karin	Nein		
Roock, Hans-Detlef	Ja		
Rosenfeldt, Jenspeter	Nein		
Rusche, Dietrich	Ja		
Sardina, Alexander-Martin	Ja		
Sarrazin, Manuel	Nein		
Schaal, Dr. Monika	Nein		
Schäfer, Dr. Martin	Nein		
Schmidt, Jürgen	Nein		
Schulz, Rüdiger	Nein		
Spethmann, Viviane	Ja		
Stapelfeldt, Dr. Dorothee	Nein		
Steffen, Dr. Till	Nein		
Stehr, Dr. Diethelm	Ja		
Strasburger, Stefanie	Ja		
Thomas, Elke	Ja		
Timmermann, Karin	Nein		
Trepoll, André	Ja		
Veit, Carola	Nein		
Voet van Vormizeele, Kai	Ja		
Vogt-Deppe, Silke	Nein		
Wankum, Andreas C.	Ja		
Warnholz, Karl-Heinz	Ja		
Weinberg, Marcus	Ja		

Anlage 2

(Siehe Seite 1719 C)

**Sammelübersicht gemäß § 26 Absatz 5 GO
für die Sitzung der Bürgerschaft
am 8. Juni 2005**

A. Kenntnisnahmen

TOP	Drs-Nr.	Gegenstand
14	18/2265	Jahresbericht der Kommission für Bodenordnung für das Jahr 2004
18	18/2279	Bericht des Rechtsausschusses
23	18/2314	Bericht des Sozialausschusses

B. Einvernehmliche Ausschussüberweisungen

TOP	Drs-Nr.	Gegenstand	Überweisungs- antrag von	Überweisung an
8	18/1995	Wohnungsbauförderung in Hamburg	SPD	Stadtentwicklungs- ausschuss
30	18/2313	Kampf dem Herztod – Notfallversorgung bei plötz- lichem Herztod in Hamburg	GAL	Gesundheits- ausschuss